

Parteitagder Christlich-Sozialen Unionam Samstag, 14. Dezember 1968, 9.30 Uhr, in München, Bayernhalle1. PlenarsitzungDen Vorsitz führt: Landtagspräsident Rudolf HanauerTagesordnung:

Seite

Begrüßungsworte des landesvorsitzenden, Bundesminister Dr. h. c. Franz Josef Strauß	1 - 3
Wahl eines Parteitagepräsidentiums	3
Bildung einer Kommission zur Feststellung der Stimmberechtigung	3 - 4
Begrüßung der Delegierten und Gäste	4 - 7
Referat von Ministerpräsident Dr. h. c. A. Goppel	
Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs MdL Max Streibl	8 - 16
Landesschiedsordnung - Zurückstellung der Beratung und Verabschiedung	17
Rechnungsprüfung - Änderung der Satzung: Herübernahme von §22 Abs. 2 Buchst. e in § 21 Abs. 2 als Buchst. d unter Änderung der Buchstaben d und e in Buchst. g und f	18 - 19
Beratung und Verabschiedung des CSU-Partei- programms	20 - 91

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Eröffnung: 9-40 Uhr

Landesvorsitzender Bundesminister Dr.h.c. Franz Josef Strauß:
 Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen und mir für eine kurze Übergangsfrist das Wort zu ~~erteilen~~ überlassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
 Ich darf Sie zunächst recht herzlich begrüßen und Ihnen danken, daß Sie die Mühe nicht gescheut haben, in vorweihnachtlicher Zeit als Delegierte, als Gäste, als Mitarbeiter an der zweiten Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in diesem Jahr, die wir aufgrund des Parteiengesetzes, der Verabschiedung des ^{Satzung} Grundsatzprogramms abhalten müssen, teilzunehmen, um ein wichtiges Programm durchzuführen.

Ich darf zum Ablauf - ohne dem Tagungspräsidium vorgreifen zu wollen - nur ganz wenige Bemerkungen machen. Erstens möchte ich Sie um Verständnis bitten, daß wir die Tagesordnung in dieser Reihenfolge festgelegt haben, nämlich: zunächst Verabschiedung des Programms und dann parteinterne Wahlen. Wir müssen beide Programmpunkte erledigen. Langjährige Kenntnis der geistigen Soziologie von Parteien erlaubt mir die unangemessene Bemerkung, daß die Umkehrung der Tagesordnung die Gefahr enthalten würde, daß wir nicht mehr in der Lage wären, unser Programm mit beschlußfähiger Mehrheit zu verabschieden. Ich bitte Sie also, bis zum Ende - von dem ich nicht sagen möchte, es sei ein bitteres Ende - auszuhalten. Wir wollen nach dem Referat des bayerischen Ministerpräsidenten unser Programm diskutieren, das ja auch eine lange Anlaufzeit, eine reichliche Periode der Vorbereitung aufzuweisen hat, um dann ohne eine formelle Mittagspause - ich kann es leider nicht anders halten, wenn wir nicht in den Sonntag hineinkommen wollen - was weder Sie noch wir wollen - die parteiinternen Wahlen durchzuführen.

Etwas Zweites! Wir sind zwar eine Partei der Diskussion, aber ich bitte für folgendes um Verständnis - Vorstand und

Ergestellt im Archiv für Christlich-Sozialen Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weiterbenutzung, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Parteiausschuß haben diesen Vorschlag gebilligt, ich bitte Sie auch um Billigung -: daß nach der Wahl des ersten Landesvorsitzenden, der drei Stellvertreter und der sonstigen Funktionen und Personen keine Diskussion über Pro-Kontra stattfindet.

(Beifall)

Damit ist nicht das Recht abgeschnitten, auch Vorschläge zu machen. Jeder kann seinen Vorschlag machen und ihn begründen. Aber eine Diskussion über die gemachten Vorschläge bitte ich aus Gründen der Zeitersparnis, aber auch aufgrund der Einsicht in die Nutzlosigkeit einer solchen Diskussion zu unterlassen. Jeder von uns weiß, wer die zu wählenden Personen seiner Sympathie oder seines Vertrauens sind, und wir brauchen nicht eine Diskussion durchzuführen. Es handelt sich einfach um eine demokratische Entscheidung darüber, welcher Kandidat welche Mehrheit bekommt. Ich glaube, daß, nachdem der Vorstand und der Parteausschuß gestern diesen Vorschlag gebilligt haben, der Parteitag das gleiche tun wird.

(Zuruf)

Herr Oberbürgermeister! Herr Bezirksvorsitzender!

Bezirksvorsitzender Dr. Lages: Ich bitte, nur darauf hinweisen zu dürfen ...

Sie werden mit Sicherheit ein Wort über die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden sprechen müssen. Das wird nicht zu umgehen sein.

Landesvorsitzender: Dann werde ich das Parteitagepräsidium bitten, diese Frage in dem Sinn zu lösen, daß eine Entscheidung des Parteitages herbeigeführt wird. Ich weiß nur aus langjähriger Erfahrung, daß Personen-Diskussionen wenig Sinn haben, zu keiner Änderung des Ergebnisses führen, aber manchmal geeignet sind, bei aller christlichen Liebedoch gewisse Spuren zu hinterlassen. Ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken.

(Beifall)

- 3 -

Nun darf ich Ihnen ein

Partei^{tags}präsidium

vorschlagen und als föderalistischer Bundespolitiker als
Präsidenten dieses Parteitage eben den Präsidenten des Bayeri-
schen Landtags, Herrn Rudolf Hanauer vorzuschlagen,

(Beifall)

damit die richtige Reihenfolge und das Vorgesetzten-~~Verhältnis~~^{Untertanen}
Verhältnis in der Frage Bund und Land herausgestellt wird
und damit der Bayerische Landtag eine seiner kommenden Diskus-
sionen bestreiten kann,

dann als Nummer zwei den Vizepräsidenten Dr. Richard
Jäger,

(Beifall)

dann die Vorsitzende der Frauen-Union, Frau Zita Zehner,

(Beifall)

den Landesvorsitzenden der Jungen Union Dr. Alfred Böswald,

(Beifall)

dann Staatsminister a.D. Hans Schütz,

(Beifall)

dann Frau Ingeborg Geisenhörfer, Bundestagsabgeordnete,

(Beifall)

dann Prinz Konstantin von Bayern,

(Beifall)

den ich selbstverständlich auch nennen würde, wenn er nicht im
Bundestag wäre,

und den Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes,
Freiherrn Otto von Feury.

(Beifall)

Außerdem haben wir diesmal zum ersten Mal Veranlassung,
eine genauere

Feststellung der Stimmberechtigung

vorzunehmen, weil wir als erste demokratische Partei dieses
Jahrhunderts - im letzten Jahrhundert war es noch nicht möglich -,
die Auszählung der Stimmen mit dem Computer vornehmen müssen.
Ich bitte die beiden Schriftführer und die beiden Schatzmeister,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

die Freunde Feury, Dr. Richard Jäger, Werner Müller und Dr. Pohle mit dem Mandat zu beauftragen, die Stimmberechtigung der Delegierten festzustellen, damit wir in der Lage sind, Anfechtungen zu vermeiden. Das Verfahren wird noch im einzelnen erläutert werden. Mit dem Projektor werden alle Kandidaten, die in den Vorstand zu wählen sind, mit einer Nummer versehen. Das heißt nicht, daß wir die Menschen in Zukunft als Nummer betrachten, sondern das geschieht nur wegen der Programmierung und dient dem Ziel, daß Sie eher nach Hause fahren können. Sie müssen die Damen und Herren Ihres Vertrauens mit einer Nummer für den Projektor festlegen und dann entsprechend ankreuzen. Wir können dann die Wahl trotz der vom Parteiengesetz vorgeschriebenen Kompliziertheit in relativ kurzer Zeit durchführen.

Jetzt darf ich das Präsidium bitten, hier Platz zu nehmen und seines Amtes zu walten, nämlich diesem Parteitag vorzusitzen.

Damit darf ich mir erlauben, meinen weiteren Beitrag zur Diskussion des Grundsatzprogramms zurückzustellen.

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Herr Landesvorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde! Im Namen des Tagungspräsidium, das Sie eben mit Ihrem Beifall aufgestellt und dem Sie Ihr Vertrauen ausgesprochen haben, darf ich mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

Der Herr Landesvorsitzende hat in seinen kurzen Eingangsworten auf die Bedeutung dieses Parteitags hingewiesen, dem kraft Bundesgesetz und kraft Satzung drei in sich verschiedene Aufgaben gestellt sind: Einmal ist nach dem Parteiengesetz ein Rechenschaftsbericht zu geben, der teils vormittags, teils nachmittags erstattet wird und zur Entlastung führen muß; wir müssen das Grundsatzprogramm diskutieren und darüber bestimmen und wir müssen parteiinterne Wahlen durchführen. Ich darf in Ergänzung dessen, was Herr Strauß sagte, bitten: Verlieren Sie

Ihre Abstimmungskarte nicht und knicken Sie sie nicht, damit sie nicht ungültig wird. Sie verlieren dadurch Ihr Stimmrecht. Das ist die Herrschaft der Technik über den Menschen, und der müssen wir uns heute wenigstens zeitweise beugen.

Meine Damen und Herren, ich habe auf die gedrängten Probleme des Parteitags hingewiesen, um bei Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, die Sie der Einladung gefolgt sind oder als Gäste unter uns weilen, Verständnis dafür zu finden, daß dieser Parteitag nicht nur unter dem Druck der Zeiten steht, wobei ich nicht nur an den letzten Mittwoch denken, sondern mehr unter Zeitdruck steht. Wir wollen heute noch vor Mitternacht fertig werden, um nicht, wie im Programm leicht angekündigt, den Sonntag verwenden, müssen. Ich um Verständnis, wenn ich die Begrüßung sehr kurz mache und gleichzeitig um Nachsicht bitte, wenn ich einen der sehr bekannten Gäste übersehen sollte.

Ich begrüße als Vertreter der Evangelischen Kirche Herrn Oberkirchenrat Karg.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter des Konsularischen Korps, an ihrer Spitze den Doyen Generalkonsul Dr. Klein

(Beifall)

sowie die Herrn Generalkonsulen aus Großbritannien, Frankreich, Jugoslawien und der Schweiz,

(Beifall)

von den Bundesbehörden stellvertretend den Herrn Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge, Herrn Stingl,

(Beifall)

den Repräsentanten unseres heimlichen Regierungsbezirke, Herrn Regierungspräsidenten Dr. Deinlein,

(Beifall)

vom Bundesgrenzschutz Herrn

den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung Herrn

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

- 6 -

Neben den Herrn der Wirtschaft und Industrie, der konfessionellen und interkonfessionellen Verbände begrüße ich mit besonderer Herzlichkeit die Vertreter der Gewerkschaften, der IAG und des DGB.

(Beifall)

Einen besonderen Gruß mit dem Dank für objektive und umfassende Berichterstattung entbiete ich im Namen des Parteitags dem Intendanten des ZDF, Herrn Professor Holzamer.

(Beifall)

Ich begrüße die Herren Chefredakteure und Verlagsdirektoren, vor allem Herrn Dr. Dürrmeier, in unserer Mitte.

(Beifall)

Von den ausländischen Gästen, die uns die Ehre ihres Besuches gegeben haben, darf ich besonders herzlich begrüßen als Vertreter der ÖVP den Herrn Landtagsabgeordneten Wienershammer aus Linz, von der Südtiroler Volkspartei in Bozen die Herren Abs und Dr. Karl Mitterhofer als Abgeordnete des Parlaments in Rom.

(Beifall)

Ich darf mit besonderer Herzlichkeit die Freunde der CDU begrüßen und mit verehrungsvoller Dankbarkeit die Frau unseres ehemaligen, allzufrüh verstorbenen Landesvorsitzenden Dr. Ilse Seidel begrüßen.

(Lebhafter Beifall)

Aus der Fülle der ^{zu-} uns gegangenen Grußbotschaften darf ich Ihnen im Kurzstil bekanntgeben zunächst den Gruß des Herrn Bundeskanzlers, der dem Parteitag einen glücklichen Verlauf wünscht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß er die bewährte Tradition der CSU bestätige und ihr den Weg zu einer erfolgreichen Zukunft weise. Den Teilnehmern des Parteitags entsendet er seine herzlichen Grüße.

Wir erhielten ein Telegramm vom Bundesminister für Verteidigung Dr. Gerhard Schröder,

ein Telegramm des Ministerpräsidenten des Nachbarlandes Baden-Württemberg, des Herrn Dr. Pilbinger, sowie ein Telegramm des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Vorsitzenden der CDU Dr. Lembke, ein Telegramm des niedersächsischen Ministerpräsidenten a.D. Dr. Hellwege, ein umfangreiches Telegramm des VdK, ein Telegramm des Deutschen Wehrverbandes vom Bundesvorsitzenden Roland sowie ein Telegramm von Herrn Klepsch, dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union.

Meine Sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung sieht an diesem Punkt Grußworte vor. Ich darf mich bei allen denjenigen Gästen, die uns ein Grußwort zugebracht haben, aber wegen des Zeitdrucks auf dieses verzichten wollen, sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Aber einer guten demokratischen Regel folgend, möchte ich die Frage stellen, ob darüber hinaus noch das Wort zu einem Grußwort gewünscht wird. - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall. Auch dafür darf ich mich sehr herzlich bedanken. Ich bedanke mich vor allem deshalb, weil wir die Zeit, die wir durch den etwas späteren Beginn und durch die Eingangsworte von Herrn Strauß versäumt haben, in Eile wieder einholen muß müssen.

Ich darf zum Schluß der Hoffnung Ausdruck geben, daß trotz der verständlichen gespannten Erwartung über den Ausgang eines hoffentlich guten Endes, Herr Dr. Strauß, und trotz der sehr spannenden Erregung die Situation der Zeit, die man in unserem Land schlechthin die stillen Wochen nennt, nicht ganz aus diesem Saal weichen möge und wir in einer guten, harmonischen, kollegialen und freundschaftlichen Art und Weise dieses lange und wichtige Programm abwickeln können. Dazu, meine Damen und Herren Delegierte, brauche ich Ihre volle Unterstützung, Ihre volle Mitwirkung, und darf ich Sie im Namen des Tagungspräsidiums recht herzlich bitten.

Ich darf nunmehr das Wort erteilen dem Herrn bayrischen Ministerpräsidenten, Herr Dr.h.c. Alfons Goppel.

(Folgt Referat von Ministerpräsident D.h.c. Alfons Goppel, das vorliegt.)

Vorsitzender Hanauer: Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen im Namen des Parteitage sehr herzlich danken, danken nicht nur für Ihre konstruktiven und grundlegenden Ausführungen, sondern auch für die Arbeit, die Sie in diesen Jahren gerade in diesen schwierigen Fragen des Landes Bayern geleistet haben.

(Beifall)

Ich darf nun das Wort zum

Rechenschaftsbericht

erteilen dem Generalsekretär der CSU, Landtagsabgeordneten Max Streibl.

Bis er das Podium erreicht, darf ich davon Kenntnis geben, daß zwischenzeitlich weitere Grußtelegramme eingetroffen sind von Dr. Bruno Heck, der mich bittet, die Delegierten des Parteitage aus landsmannschaftlicher Verbundenheit herzlich zu grüßen und vom Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU/Saar, Herrn Dr. Röcker.

Herr Generalsekretär, Sie haben das Wort.

Generalsekretär MdL Streibl: Herr Präsident, liebe Parteifreunde! Ich werde hier nicht den langen vorgesehenen Rechenschaftsbericht geben - der wird Ihnen im Moment verteilt -, sondern ich werde aus Zeitgründen die wichtigsten Probleme dieses Rechenschaftsberichts herausgreifen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde! Unsere Partei war in den 1 1/2 Jahren, seitdem ich durch Ihr Vertrauen das Amt des Generalsekretärs übernommen habe, ständig in Bewegung. Man hat gespürt, daß durch unsere Partei ein Ruck gegangen ist, daß unsere Partei wieder Tritt gefaßt hat. Die Unruhe, die überhaupt in unserer Bevölkerung vorhanden war, war eine innere Unruhe, die auch in unserer Partei zum Ausdruck gekommen ist, in diesem verstärkten

Zusammenhalt, in der verstärkten Diskussionsfreudigkeit. Den neuen Zielsetzungen unserer Partei für die nächste Zukunft muß auch eine Form der äußeren Organisation entsprechen, die diesen Zielsetzungen Rechnung trägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Umstrukturierung unserer Partei begann in der Landesleitung. Hier wurde eine Umorganisation der Referate vorgenommen, klare Bereiche geschaffen, der Apparat abgebaut und die Arbeitskraft erhöht. Ziel der ganzen Organisation war es - und ich hoffe, Sie haben es draußen verspüren können -, daß die Mitglieder bei der immer härter werdenden Arbeit wirksam unterstützt werden.

Die Wirtschafts- und Finanzlage unserer Partei ist geordnet. Dem Vorstand wurde die geprüfte Bilanz vorgetragen. Die Einnahmenrechnung dieses Jahres wird entsprechend dem Parteiengesetz nach Jahresabschluß dem Bundestagspräsidenten zur Prüfung und Veröffentlichung vorgelegt. Wir haben in unserer Partei seit fast einem Jahr eine Treuhandgesellschaft, die uns bei der Aufgabe zur Hand ging, das völlig neue System der Rechnungslegung zu entwickeln, und die uns half, einen Haushaltsplan aufzustellen, der nach Referaten und Zwischenstufen gegliedert war. Trotz einer Senkung der Kosten konnte so eine Steigerung der Aktivität herbeigeführt werden. Auch die Finanzplanung für die nächsten Jahre hat sich bereits ausgezeichnet bewährt.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Finanzlage unseren beiden Schatzmeistern, die hier die Partei in selbstloser Weise unterstützt haben, nämlich Herrn Dr. Pohle und auch unserem Werner Müller herzlich danken.

(Beifall)

Über die äußerst erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise brauche ich Ihnen hier nichts vorzutragen. Sie ersehen sie aus dem Anhang des Rechenschaftsberichts. Wenn ich Ihnen sage, daß die CSU in über 400 Kongressen, Tagungen und Seminaren im ganzen Land in dieser Zeit vertreten war und dies publizistisch gut ausgewertet wurde, so

können wir, glaube ich, mit der Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaften zufrieden sein.

Ein besonderes Augenmerk hatten wir auf die Arbeit im Bereich der Arbeiter und Angestellten gelegt, Das neu eingerichtete Referat Betriebsarbeit hat gute Arbeit im ganzen Land geleistet und in geeigneten Betrieben den Aufbau von Zellen und Stützpunkten in Angriff genommen.

Lassen Sie mich ein Wort des Dankes an die Hanns-Seidel-Stiftung sagen, die in der Grundlagenarbeit Ausgezeichnetes geleistet hat.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich gibt es in unserer Partei noch viel zu tun. So sind wir natürlich noch nicht völlig mit den modernen Organisationseinrichtungen ausgestattet, die eine Partei braucht. Wir haben heute hier zwar erstmals einen Computer, der uns hilft, die Abstimmungsergebnisse schnell zu ermitteln, aber wir haben solche Anlagen nicht in unserer Partei. Solche Anschaffungen würden sich natürlich ^{ruhiger} denn damit kann man mehr in die einzelnen Schichten unserer Bevölkerung eindringen und schneller, billiger und gezielter die verschiedenen Bevölkerungsschichten ansprechen. Ich hoffe, daß es uns mit der Sanierung der Finanzen auch gelingt, unsere Partei modern auszustatten.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mitgeholfen haben, das neue Rechnungswesen in unserer Partei einzuführen und durchzusetzen und auch noch die Zahlungen - das ist gar nicht so einfach, ich weiß es - hereinzubringen. Ich weiß selber, wie schwer es ist, den Mitgliedern klarzumachen, daß sie nicht nur die Arbeit leisten sollen, sondern dafür auch zahlen müssen. Meine Damen und Herren, der Gedanke daran, daß es immerhin unsere Partei mit war, die unserem Land den Frieden gesichert und die Ordnung gewahrt hat und klare Ziele für die Zukunft aufzeigt, wird es doch manchem erleichtern, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Ich glaube, mit unserem neuen Rechnungswesen können wir ruhig den Prüfungen entgegensehen, die das Parteien-gesetz auf unsere Kreis-, Bezirksverbände und den Landesverband ausdehnt.

Meine Damen und Herren! Einen Mitgliederzuwachs gegenüber den früher angegebenen Zahlen kann ich Ihnen hier nicht melden; obwohl objektiv ein solcher vorhanden ist, so hat doch die neue Betragsregelung gezeigt, daß in den Karteien schon lange eine Reihe ausgeschiedener Leute mitgeschleppt wurde. Die heutige Zahl von 107 000 Mitgliedern einschließlich der Mitarbeiter in den Arbeitsgemeinschaften ist zwar niedriger als die früheren Zahlen, aber es handelt sich dabei um wirkliche Mitglieder, die sich zur Partei bekennen und für die Partei stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn mehr von den Mitgliedern verlangt wird, muß die Partei auch mehr bieten, einmal an Information, zum anderen aber auch bessere Möglichkeiten, die Politik in Bund, Land und Gemeinden aktiv mitzuvollziehen. In der Information haben wir uns bemüht, von der Lazarettstraße her das zu tun, was uns möglich war. Wir konnten die zentrale Information verstärken durch den "Union-Kurier", durch das Informationsblatt "Aktuelle Politik", das nicht nur aktuelle Informationen bringt, sondern vor allem die Hintergründe und Zusammenhänge der einzelnen politischen Probleme darlegt. Leider ist es noch nicht möglich, jedem Mitglied diesen Dienst in die Hand zu drücken. Aber ich hoffe, daß wir in absehbarer Zeit so weit gekommen. Bisher geht dieser Dienst an alle unsere Mandatsträger bis zum Ortsvorsitzenden. Daneben erscheint natürlich der Pressedienst in der Dreiteilung: CSU-Information, CSU-Kommentar, CSU-Telegramm. Es erscheint eine Wandzeitung und es erscheint das ständige Informationsblatt "Argumente". Ich darf Ihnen auch sagen, daß wir gerade in der Vorbereitung auf die Bundestagswahl schon ziemlich weit voran sind, so daß Sie bald mit dem Rednerdienst rechnen können.

Ich meine, die Kommunikation zwischen der Lazarettstraße und unseren Mitgliedern draußen hat sich doch verbessert, und dazu ^{hat} neben der Pressestelle nicht zuletzt das Referat ^{der} Organisation mit beigetragen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort des Dankes an alle Mitarbeiter unserer Partei

sagen. Ich darf Ihnen versichern, es wird hier nicht gebummelt, sondern es wird wirklich gearbeitet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich mit der neuen Satzung als Mitglieder selbst mehr Rechte eingeräumt, und es war durchaus schon zu verspüren, daß die Mandatsträger durch diese neue Satzung angehalten sind, engeren Kontakt mit den Mitgliedern zu halten. Das läßt hoffen, daß auch in unserem Land unsere Mitglieder jetzt mehr informiert und noch mehr an den politischen Entscheidungen beteiligt werden als bisher. Die rege Diskussion, die sich im Zusammenhang mit der Satzung und jetzt bei der Beratung des Parteiprogramme ergeben hat, zeigt, daß unsere Mitglieder auch gewillt sind ihre Rechte wahrzunehmen. Wir haben allein zur Satzung über 800 Anträge gehabt und wir haben zum Grundsatzprogramm über 700 Anträge. Ich glaube, das zeigt, daß unsere Partei wach ist, diskussionsfreudig und bereit, den Weg in die Zukunft selbst zu bestimmen. So glaube ich, daß - mit dem Satz ist mir ernst - an der Spitze des Grundsatzprogramms stehen soll, daß die Mitglieder die Ziele unserer Partei setzen und deren Verwirklichung kontrollieren.

Meine Damen und Herren, ich sagte eingangs, die Partei war in ständiger Bewegung. Selbstverständlich war eine Aktion, die uns ein Jahr lang ebenfalls die Hände gebunden hat, möchte ich sagen, das Volksbegehren. Ich möchte Ihnen herzlich danken, daß Sie zur Sache gestanden, zur Partei gestanden haben und sich in schlechtester Ausgangsposition, in schlechtester Zeit damals in den Ferien an die Arbeit gemacht haben und das Volksbegehren und den Volksentscheid mit einem so großartigen Erfolg krönen konnten. Dieses Volksbegehren schuf dann die Voraussetzung für einen Parteienkompromiß, in dem unsere wesentlichen Vorstellungen in allen Punkten beinhaltet sind. Ich weiß, daß in diesem Jahr viel von Ihnen verlangt wird. Es hört sich einfach an: die Durchführung des Volksbegehrens, die Einführung eines neuen Rechnungswesens, die

Diskussion und Verabschiedung der Satzung, die Durchführung und Diskussion des Programms, die Durchführung der Neuwahlen in der gesamten Partei und nebenbei oft noch regionale und örtliche Wahlen, ganz abgesehen von der Routinearbeit. Das ist schnell und leicht gesagt, und ich weiß, wieviel Einsatz und Arbeit dahinter steckt. Ich weiß es und will mich dafür bedanken. Diese Aktionen haben gezeigt, daß die CSU eine junge, einsatzfähige und schlagkräftige Partei ist, die sich vor keinem Gegner zu fürchten braucht. Sie haben gezeigt, daß es in unserer Partei Leute gibt, die sich einzusetzen bereit sind, sie zu kämpfen bereit sind. Wir konnten auch feststellen, daß unsere Partei einig und geschlossen wie kaum eine andere Partei im Bundesgebiet ist.

Lassen Sie mich hier abschließend bemerken, daß alle diese Leistungen jedoch nicht möglich gewesen wären, wenn nicht der Fleiß, die Umsicht, die Tatkraft und der Mut eines Mannes vorhanden gewesen wäre, nämlich unseres Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß, dem ich hier in Ihrer aller Namen danken möchte.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde! Wir können nicht ausruhen. Die Hauptarbeit liegt jetzt vor uns, der kommende Wahlkampf, der uns wiederum fordern wird wie nie zuvor. Wir stehen vor der härtesten Auseinandersetzung, vor allem mit den Sozialisten. Thuschen wir uns nicht über das Bild der Zerrissenheit, das diese Partei im Moment bietet! Im Wahlkampf werden sich die zersplitterten Gruppen der Linksinтеллекuellen, der Linksgewerkschaftler, wieder vereinen. Wir werden wieder einer geschlossenen Front gegenüberstehen. Meine Damen und Herren, auch wir schlafen nicht. Die Wahlkampf vorbereitungen laufen auf vollen Touren. Der Wahlkampf ist organisatorisch bereits durchgeplant. Mehrere Meinungsumfragen geben uns Aufschluß über die Ansicht und Stellung der Wähler zu den verschiedenen Parteien, und wir wissen, wie viel Arbeit hier noch vor uns liegt. Aber trotz aller zentralen Wahlkampf vorbereitungen können

die Wahlen nur dann erfolgreich bestanden werden, wenn, wie in der vergangenen Zeit unsere Partei wie ein Mann steht und sich mit allen Kräften einsetzt, arbeitet und kämpft. Ich glaube, wir sollten nicht aus falsch verstandener Rücksicht auf die Große Koalition ständig in der Defensive bleiben, sondern den Wahlkampf offensiv führen -

(Beifall)

wir sollten vor allem nicht für unqualifizierte Angriffe der SPD noch sogar den Kopf hinhalten -, sondern wir müssen selbst unsere Ziele aufgreifen und der Bevölkerung klar sagen, wie der Weg in die Zukunft ohne die Bremse der SPD nach unserer Ansicht gehen muß. Wir werden die Unterschiede zwischen den Parteien klar herausstellen und der Bevölkerung klarmachen, daß wir eine realistische, tragfähige Politik für die Zukunft wollen, nicht wie die SPD, die manchmal glaubt, mit Wunschträumen Politik machen zu können. Schauen wir heute auf die Außenpolitik! Wir sind im Grundsatz hinter der Außenpolitik des Bundeskanzlers, aber wir wissen, daß wir hier keine Wunschträume gegen können. Noch nie war die militärische Bedrohung so tödlich und stark. Trotz der Vorgänge in der CSSR tun jedoch SPD und FDP heute noch so, als sei weiter nichts geschehen, und brüten über ein sog. Arrangement mit Pankow. Man will es in diesen Parteien nicht glauben, daß Moskau über die Herauslösung Pankows oder irgendeines anderen Ostblockstaates aus seinem Herrschaftsbereich nicht mit sich reden lassen wird. Man sieht nicht, daß sich das sog. Arrangement mit Pankow gegen uns selbst richtet, und man sieht nicht, daß das Abgehen von der Verteidigungspolitik des Westens, der Abschreckungsstrategie, die Gefahr eines deutschen Vietnam heraufbeschwört. Hier ist ein klares Wort notwendig und es wird wie so ~~fort~~ von der CSU gesprochen.

Die nächsten Bundestagswahlen entscheiden über den Weg, den Deutschland in der Zukunft geht. Es ist entweder ein Weg, der über den Sozialismus geht, oder ein Weg, der weiter über die soziale Marktwirtschaft Eigentum, Wohlstand und Sicherheit bietet. Ein Teil der Sozialisten ist der Meinung,

daß man sich in der Mitte treffen könnte, wenn sich der freie Teil Deutschlands mehr sozialisieren und der Osten ~~re-~~liberalisieren würde. Wir halten diesen Weg nicht für gangbar. Gerade unser Programm zeigt in diesen Punkten, wie wir die Zukunft verstehen.

Wir werden in die kommende Wahlauseinandersetzung mit einem neuen Grundsatzprogramm gehen. Eine neue Organisation unserer Partei ist erfolgt. Ich glaube, wir werden auch nach diesem Parteitag wieder gestärkt, mit der ganzen Partei geschlossen, Hand in Hand in die Zukunft gehen und den Kampf aufnehmen. Lassen Sie mich für ihre Arbeit danken und lassen Sie mich Ihnen heute schon sagen, daß noch viel Arbeit auf uns wartet und wir Mut, gegenseitiges Verständnis, gegenseitiges Zueinanderstehen brauchen, um diese Zukunft zu meistern.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Wort von Hanns Seidel, der ausgeführt hat:

"Vor uns liegt eine Zeit der Bewährung, die uns zu weiterem Aufstieg und Erfolg führen soll. Wiederum glauben wir, daß uns die Bevölkerung versieht. Sie spürt es, daß die CDU klare Vorstellungen und einen festen Willen hat. Darüber hinaus sieht sie in ihr die große Volkspartei, die auf den Ausgleich der Interessen bedacht sein muß. Sie erkennt, daß wir nicht den Ehrgeiz einer fragwürdigen Ideologie am Bein hängen haben, der uns am Ausschreiten hindert. Sie merkt, daß uns unsere christliche Weltanschauung, die Freiheit läßt, die gesellschaftliche, staatliche und wirtschaftliche Wirklichkeit mit offenen Augen und wachem Sinn zu betrachten und uns undogmatisch und unkompliziert in ihr zu bewegen. Vor allem: Sie sieht, daß wir im Bund und im Land eine konsequente, einsichtige, vernünftige und erfolgreiche Politik zu machen vermögen. Sie wird uns das honorieren. Das ist meine feste Überzeugung."

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Ich danke in Ihrer aller Namen dem Herrn Generalsekretär zunächst für sein Referat. Ich darf ihm weiterhin danken, daß er es in einer Form gekürzt und gestrafft hat, daß es uns möglich wurde, wieder den Anschluß an die in unserer Tagesordnung im Programm vorgesehene Zeitfolge zu finden. Ich darf ihm dafür danken, daß er uns den größeren Teil seines Programms schriftlich in die Hand gegeben hat, und ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren Delegierten, dies nicht nur an sich zu nehmen, sondern zu sich zu nehmen und in sich aufzunehmen und daraus die notwendigen Nutzungen zu ziehen. Schließlich darf ich Ihnen, Herr Generalsekretär Max Streibl, herzlich danken für die Arbeit, die Sie in der Parteiorganisation leisten, der Sie Ihren jugendlichen Eifer ganz deutlich mitgeben und damit mit diesen Erfolgswerten aufwarten konnten.

(Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Georg-Siftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt der Tagesordnung der vollbeschäftigten 1. Plenarsitzung sieht vor

Beratung und Verabschiedung der Landesschiedsordnung

Nach § 52 Abs. 3 unserer Satzung ist es gemäß den materiellen Grundlagen, die dort festgelegt sind, notwendig, dem Landesschiedsgericht eine Verfahrensordnung, eine Landesschiedsordnung zu geben. Die Satzungskommission hat sich mit der Vorbereitung befaßt und ist zum Ergebnis gekommen, daß es notwendig erscheint, noch einige Änderungen zu überlegen. Sie ist weiterhin der Auffassung, daß es keine dringliche Notwendigkeit sei, diese Verfahrensordnung schon heute dem Parteitag vorzulegen. Sie wird daher dem nächsten Parteitag vorgelegt werden. Ich bin daher in der Lage, diesen Punkt der Tagesordnung abzusetzen. - Sie sind damit einverstanden.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Sieder-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorsitzender Hanauer: Ich darf den nächsten Punkt aufrufen:

Bericht über die Rechnungsprüfung

Hier ist folgendes passiert: Bei der Beschlußfassung über die Satzung der CSU wurde zu den Aufgaben des Parteiausschusses in § 22 Abs. 2 Buchst. e aufgeführt die Wahl des Revisors und der zwei Kassenprüfer. Das ist zweifelsohne ein Gesetzesverstoß; denn § 9 Abs. 5 des Bundesparteiengesetzes lautet:

"Der Parteitag nimmt mindestens alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht des Vorstands entgegen und faßt über ihn Beschluß. Der finanzielle Teil des Berichts ist vor der Berichterstattung durch Rechnungsprüfer, die von dem Parteitag gewählt werden, zu überprüfen."

Dieser eingeschobene Hauptsatz am Ende des langen Paragraphen wurde offenbar bei der Stellungnahme des Satzungsentwurfs überlesen, was auch bei den bedeutendsten Juristen manchmal, aber ganz selten vorzukommen pflegt. Ich darf Sie daher bitten, folgendem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben:

§ 22 Abs. 2 Buchst. e wo als Aufgabe des Parteiausschusses die Wahl eines Revisors und von zwei Kassenprüfern aufgeführt wird, in

§ 21 Abs. 2 als zu den Aufgaben des Parteitags gehörend zu nehmen, und zwar hier einzuschieben unter Buchst. d und die Buchst. d und e zu g und f zu machen.

Ich glaube, die Bestellung des Revisors und der Kassenprüfer gehört an diese Stelle, so daß anschließend in Buchst. g die Entgegennahme des Rechenschaftsberichts und die Entlastung des Landesvorstands kommt. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

- 19 -

Darf ich Sie bitten, in einem einfachen Verfahren durch Erheben der Karte die Zustimmung zu bekunden. - Das ist eindeutig die Mehrheit. Ich danke schön. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimmen? - Beides ist nicht der Fall. Einstimmig so beschlossen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorsitzender Hanauer: Meine Damen und Herren! Ich bin, wenn Sie nicht wegen Verstoßes gegen die Zeitfolge Widerspruch erheben, in der Lage den nächsten und sehr bedeutungsvollen Punkt der Tagesordnung aufzurufen:

Beratung und Verabschiedung des CSU-Parteiprogramms

Ich darf einige Vorbemerkungen machen, die dem Ziele dienen sollen, daß wir uns über eine gemeinschaftliche Modalität vorher verständigen können. Dabei finde ich außerordentlich betrüblich, Herr Intendant, daß mir Ihr Palisadenzaun von Kameragestängen sie sind nicht alle von Ihnen - den Blick auf die Delegierten wenigstens teilweise nimmt, Auch das ist ein Wunder der Technik, die moderne Informationsvermittlung.

Ich darf zunächst feststellen, daß nach § 43 der Satzung der Parteitag stimmberichtig ist, wenn mindestens die Hälfte der Delegierten anwesend sind. Bereits vor einer Stunde wurde mir die Anwesenheit schon von 402 Delegierten genannt. Angesichts der Delegiertenzahl von etwa 600 ist mehr als das notwendige Forum gegeben. Wir sind also beschlußfähig.

Ich darf weiter generell darum bitten, sich bei allen Diskussionsbeiträgen und Änderungswünschen ^{zum} des Grundsatzprogramms darüber klar zu sein, daß es sich um kein Aktionsprogramm handelt - wie Sie aus dem Munde des Herrn Generalsekretärs hörten, wird dieses zu Beginn des nächsten Jahres aufgestellt und beschlossen werden -, sondern ein Programm, das Grundsätze enthalten soll.

Grundlage unserer Erörterung und unserer Beschlußfassung, meine Damen und Herren, ist der Entwurf Nr. 1. Damit wir auch den gleichen Text haben: Es steht oben links "2. Entwurf". Ich darf kurz bemerken, es kam ein 1. Entwurf, der aufgrund der Vorarbeiten der Grundsatzkommission sehr eingehend erörtert und auch in der öffentlichen Kritik als sehr gut bezeichnet wurde. Es war dann eine lebhaft Diskussions in den Kreisverbänden, in den Bezirksverbänden und bei den verschiedenen Unterorganisationen

der Partei. Die über 700 Anträge liegen Ihnen gesammelt vor. Diese wurden von der Kommission erneut geprüft und zum Teil schon in den 2. Entwurf eingearbeitet. Dieser 2. Entwurf war gestern Nachmittag Grundlage einer eingehenden Diskussion in einer sehr zahlreich besuchten Sitzung des Arbeitskreises Grundsatzprogramm mit vielen Wortmeldungen. Aufgrund der dort vorgetragenen Änderungswünsche, soweit sie mit Mehrheit angenommen wurden, wurde dieser Entwurf gefertigt. Ich darf zur Klarheit feststellen, daß die fast an tausend gehenden Anträge heute nicht mehr zur Entscheidung stehen, Anträge, die sich vielfach widersprechen und ins Gegenteil verkehren würden.

Ich werde den Ihnen vorliegenden Entwurf nach Abschnitten und in den Abschnitten nach Ziffern aufrufen, also entweder Präambel oder Ziffer 1 bis 5 oder 17 oder 9. Wenn keine Wortmeldungen zu dem aufgerufenen Titel vorliegen, unterstelle ich die Zustimmung. Die Abstimmungen werden wir am Schluß über das ganze Grundsatzprogramm durchführen. - Auch damit besteht Einverständnis.

Sofern Änderungen, Wortmeldungen gewünscht werden, darf ich Sie bitten, ^{sie} unter Benützung des Ihnen bei der Unterlagenmappe vorzufindenden Wortmeldungszettels selbst hier vorn abzugeben und dabei beim Begriff "Thema" nur ganz kurz zu vermerken entweder I bis V oder Seite 2, Grundsatz, oder jeweils nur das erste Wort der Überschrift: Frieden, Gesellschaft, Bildung oder Arbeit, und dann jeweils die Nummer hinzuzufügen, also 1 bis 5 bei Frieden, 1 bis 17 bei Gesellschaft, 1 bis 7 bei Bildung und 1 bis 9 bei Arbeit und Wirtschaft.

Soweit Änderungsvorschläge gebracht werden, bitte ich, diese schriftlich mit dem Notizzettel abzugeben. Wenn dazu, wie ich für den Regelfall annehme, gesprochen werden soll, bitte ich, den schriftlichen Änderungsvorschlag mit der Wortmeldung abzugeben, damit sie jeweils beim aufgerufenen Punkt berücksichtigt werden. Wenn eine Wortmeldung im Erfolg ist, selbstverständlich jeder berechtigt und bekommt die Möglichkeit, sich zu äußern. Die Wortmeldungen, die im Anschluß an

- 22 -

eine bereits ausgelöste Diskussion erfolgen, bitte ich in der Weise durchzuführen, daß Sie eines der 5 Saalmikrophone, bezeichnet mit 1 bis 5, besetzen und dann in der Reihenfolge dieses Besatzes von mir aufgerufen werden können. Im Übrigen darf ich Sie bitten, jeweils, wenn eine Änderung beantragt und diskutiert wird, über diese abstimmen zu dürfen, bevor wir uns über den nächsten Punkt unterhalten.

Haben Sie dazu noch Wünsche, Wortmeldungen, Anregungen? - Wenn das nicht der Fall ist, wollen wir beginnen.

Ich rufe auf die Überschrift:

Programm der Christlich-Sozialen Union

Ich mache es jetzt bewusst verzögernd, langsam, damit Wortmeldungen, sofern sie zur ersten Seite abgegeben werden, noch hier einlangen können. Es soll jeder, der da will, sich zu Worte melden können. Zur Überschrift keine Wortmeldungen.

Ich rufe auf den Abschnitt 1. - Dazu keine Wortmeldung.

Ich rufe auf den Abschnitt 2. - Keine Wortmeldung.

Ich rufe auf, immer noch auf Seite 1, bei den grundsätzlichen Vorbemerkungen, den Abschnitt 3. - Dazu keine Wortmeldung.

Ich rufe auf den Abschnitt 4. - Auch dazu keine Wortmeldung.

Ich rufe auf den letzten Abschnitt, 5, der gestern aufgrund eines von vielen Teilnehmern eingebrachten Wunsches noch eine Änderung erfahren hat. - Dazu ist eine Wortmeldung da; sie ist noch unterwegs. Ich bitte die Damen und Herren, die schon wissen, daß sie sich zu späteren Abschnitten zum Wort melden wollen, das jetzt zu tun. Das Wort hat Herr Lachenmeyer von Nördlingen/Stadt.

Lachenmeyer, Nördlingen/Stadt: Ich darf den Antrag stellen, das Wort "Bundesrepublik" zu streichen und nur "Deutschland" zu schreiben, damit wir hier offen bleiben, genau so wie wir beim Begriff "Europa" offen sind, wo wir auch nicht näher begrenzt sind. Wir sollten das gerade im Hinblick auf die Ostzone bzw. die

Wiedervereinigung tun. Wir sollten uns nicht dem Verdacht aussetzen, daß wir evtl. die Wiedervereinigung bereits abgeschlossen hätten.

Vorsitzender Hanauer: Die ursprüngliche Formulierung lautet "Bundesrepublik" und es wurde gestern "Deutschland" hinzugefügt. Jetzt wird die Fassung vorgeschlagen "... ihren politischen Auftrag in Bayern, in Deutschland und in Europa". Wird dazu das Wort für eine Gegenstimme gewünscht? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich über diesen Abänderungsantrag auf Streichung des Wortes "Bundesrepublik" in Satz 2 abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsvorschlag? - Danke schön. Das scheint die Mehrheit zu sein. Wer stimmt dagegen? - Einige wenigen Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ich sehe eine Stimmenthaltung. Dann ist das angenommen.

Meine Herren von der Helferorganisation, ich möchte Sie bitten, mir da vorn eine Augenverlängerung zu bieten und auf die Damen und Herren zu achten, die den durch Körper - bisher waren es Statuen, jetzt sind es sogar lebende Menschen, die da oben herumturnen - behinderten Sichtscheiben gegenüber sitzen.

Damit ist der Antrag, das Wort "Bundesrepublik" in Abschnitt 3 zu streichen, angenommen und die erste Seite abschließend behandelt.

Ich rufe auf

Grundsätze der Politik für morgen

Auf der zweiten Seite, zur Überschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Absatz 1, bestehend aus drei Zeilen. - Keine Wortmeldung.

Absatz 2, bestehend aus 5 Zeilen. Gestern wurden Änderungen vorgenommen. Keine Wortmeldung.

Absatz 3 mit Wissenschaft und Technik. - Auch dazu keine Wortmeldungen.

Ich rufe auf den Absatz 4, den vorletzten Absatz der Grundsätze. Hierzu habe ich eine Reihe von Wortmeldungen. Zunächst der Vorsitzende der Programmkommission, Herr Wachter!

Wachter MdL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern über die Hereinnahme des Wortes "konservativ", wie schon früher sehr häufig, im Arbeitskreis sehr ausführlich diskutiert, und mit einer, wenn auch ganz geringen Mehrheit wurde beschlossen, das Wort "konservativ" zu streichen. In dem dritten Ihnen vorliegenden Entwurf ist das Wort "konservativ" wieder aufgenommen. Die Kommission, ergänzt durch das Redaktionskomitee, hat sich - ich muß das B bemerken - einstimmig für diese Aufnahme ausgesprochen. Ich darf dazu für die Programmkommission Stellung nehmen. Die Programmkommission schlägt Ihnen vor, es bei der Ihnen vorliegenden Formulierung zu belassen. Wir kennen Ihre Bedenken. Man vermeint, konservativ wäre Rückschritt, restaurativ, überaltert, überholt. Ich darf Sie bitten, auf Grund des Ihnen vorliegenden Entwurfs nochmals zu überdenken, wie "konservativ" verstanden werden kann, ja verstanden werden muß.

Ich glaube, es gibt keinen Streit darüber, daß dieses Programm im ganzen gesehen sehr fortschrittlich und zukunftsweisend ist, und es wird fast auf jeder Seite deutlich, daß es sich dem Neuen nicht nur nicht verschließt, sondern daß es dieses Neue geradezu herausfordert. Aber Neues ist für uns in der CSU nicht schon eine Offenbarung, weil es neu ist. (Beifall) Wir in der CSU schauen uns das Neue, wenn wir uns ihm zuwenden wollen, zweimal an. Wir fühlen uns der Geschichte und der Erbe des Volkes und Europas verbunden. Das haben Sie bereits beschlossen. Wir fangen eben in der CSU - und das war immer unsere Auffassung - nicht immer wieder beim Nullpunkt an, sondern gehen vom Bisherigen aus. Das verstehen wir unter "konservativ". In der Aussprache ist gestern gesagt worden - ich darf das so formulieren -: Wir sind zwar alle konservativ, aber wir sagen es besser nicht. Meine Damen und Herren, das ist nicht die Art der CSU, Politik zu machen. (Beifall) Wir sind in der vorher ausgeführten Art und

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergeben und Verbreiten ist nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

in der vorher ausgeführten Art konservativ, und deshalb sollen wir das auch sagen. (Beifall) Ich darf Sie deshalb Namens der Kommission um Annahme bitten.

Vorsitzender Hanauer: Ich habe die Wortmeldung Grasser. Sollte sie sich auf den bereits erledigten Absatz 2 beziehen, rufe ich sie erst im Anschluß an die eben begonnene Diskussion zum Absatz 4 bzw. zum Begriff "konservative Kraft" auf. Das Wort hat Herr Lemmrich aus Donauwörth zu diesem Problem.

Lemmrich: In Ziffer 2 auf Seite 1 heißt es:

"Die CSU ist eine politische Aktionsgemeinschaft, die auf der Grundlage der christlichen Bestimmung und Deutung des Menschen und der Welt steht. Diese allen Christen gemeinsame Grundlage bestimmt ihr politisches Handeln."

Meine lieben Freunde! Diese christliche Motivation unseres politischen Handelns überbrückt die Problematik zwischen progressiv, liberal und konservativ. Diese Motivation ist auch das starke Band, das die große Spannweite unserer Partei überbrückt. Die Verwendung des Begriffs "konservativ" stellt daher eine beträchtliche Einengung dieser bewährten Spannweite dar. (Beifall), die in unserem Parteinamen "christlich" und "Union" zum Ausdruck kommt.

Aus dieser Überlegung heraus bitte ich, die Worte "als konservative Kraft" in Absatz 4 zu streichen. (Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Dann die nächste Wortmeldung zu dem gleichen Problem, Herr Abgeordneter Dr. Althammer.

Dr. Althammer, MdB: Herr Präsident, liebe Parteifreunde! Wir haben uns gestern abend im Arbeitskreis bereits über dieses Thema ausführlich unterhalten, und es hat eine Abstimmung stattgefunden, bei der die Mehrheit der dort Anwesenden für Streichung des Begriffs "konservativ" war. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Diskussion, die wir jetzt hier wiederholen, zu dem Er-

gebnis führen würde, daß gefolgert wird, es gebe in der CSU keinen Gegensatz zwischen Leuten, die sich als konservativ bezeichnen, und solchen, die sich nicht als konservativ bezeichnen. Ich möchte dem, was der Leiter der Programmkommission, der Herr Staatssekretär Wachter, vorhin gesagt hat, im Verhältnis zu der Bewertung des früheren vorgelegten Entwurfs zustimmen, und trotzdem habe ich jetzt meinen Streichungsantrag wiederholt. Ich darf ihn hier vortragen. Er geht etwas weiter als das, was der Kollege Lemmrich eben vorgetragen hat. Mein Antrag, er liegt dem Herrn Präsidenten schriftlich vor, auf dem Notizzettel mit Überreicht, so wie es gefordert worden ist. (Vorsitzender Henauer: Dann ist er verlorengegangen!) - Ich kann ihn wiederholen. Mein Antrag lautet dahin,

die Worte: "Wenn die CSU als konservative Kraft diesen Weg beschreitet, so heißt dies, daß sie" zu streichen.

In der bisherigen Formulierung des Absatzes 4 zeigt sich doch eine gewisse Geschraubtheit des Ausdrucks, wenn es heißt:

"Wenn die CSU als konservative Kraft diesen Weg beschreitet, so heißt dies, daß sie gewillt ist, die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten ..."

Mein Vorschlag lautet auf folgende Fassung:

"Die CSU ist gewillt, die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten ...".

(Beifall) Sie sehen aus dieser Formulierung bereits, daß der Hinweis auf die Lebendigkeit europäischer Tradition enthalten ist. Wenn meine Freunde und ich uns dafür ausgesprochen haben, das Wort "konservativ" herauszunehmen, dann nicht etwa deswegen, weil wir sagen würden, wir fühlen uns zwar als Konservative, wir wollen das aber aus taktischen Gründen nicht sagen, sondern deswegen, weil unseres Erachtens der Begriff "konservativ" eine ganz bestimmte Geschichte in der europäischen und deutschen Geistes- und Parteiengeschichte hat. Es gab eine konservative Be-

wegung in Deutschland, es gab bis 1933 ganz profilierte konservative Gruppen; und es ist bezeichnend, daß schon bei den Vorbereitungen immer wieder Anträge aus den verschiedenen Kreisverbänden gekommen sind, zu sagen "konservativ und fortschrittlich". Das geschah deshalb, weil man offenbar das Bedürfnis hatte, zu dem Wort "konservativ" gleich hinzusetzen, daß damit natürlich nicht gemeint ist konservativ in dem Sinn, wie das Wort in der Geistesgeschichte Deutschlands einfach verstanden wird. Und weil wir wissen, daß dieses Wort "konservativ" in der Auffassung Deutschlands auch heute noch so geprägt ist, darum meinen wir, wir sollten hier ein Mißverständnis vermeiden, nämlich das Mißverständnis, daß wir uns hier in einer Form festlegen, wie das nicht gewollt ist. Wir wollen in der Sache das Gute bewahren. Was wir zu bewahren haben, ist schon ausgeführt worden. Wir finden, daß das im Parteiprogramm im übrigen in ausgezeichneter Weise zum Ausdruck gekommen ist. Ich bitte aber sehr herzlich darum, daß Sie Verständnis dafür haben, daß es in der CSU eine ganze Reihe von Menschen gibt, die sich mit diesem festgelegten Wort nicht abstempeln lassen wollen, und deshalb bitten wir darum, die vorgeschlagene Umformulierung vorzunehmen, die die Sache als solche erhält, die aber ein festgeprägtes Wort vermeidet.

Vorsitzender Hanauer: Danke, Herr Dr. Althammer. Ich habe gerade festgestellt, daß man die Formulierung, die Sie gegeben haben, als eine Wortmeldung Dr. Glück bezeichnet hat. Hat Dr. Glück die gleiche Formulierung vorgeschlagen und ist Ihr Antrag mit Ihrem Zettel herrissen worden? - Das ist Ihr Antrag. Dann habe ich ihn vorliegen.

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Maiberger zum gleichen Thema.

Maiberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ich habe an sich die erste Wortmeldung zu diesem Thema abgegeben. Es ist manches vorweggenommen. Ich darf es nur kurz noch einmal nennen. Ich bin mit Dr. Althammer für die Streichung des Be-

griffs "konservativ" und für die Fassung, die er vorgeschlagen hat. Ich begründe sie:

Ein Begriff, den wir sofort mit einer angehängten Interpretation versehen müssen, damit er nicht mißverstanden werden kann, ist schlecht brauchbar. Ich habe gehört, daß es ein Wunsch des Herrn Landesvorsitzenden sei, gerade diesen Begriff wieder aufzunehmen. Ich darf ^{Sie} als Philologen daran erinnern, daß wir über die Sprache nicht verfügen können, daß wir über die Sprache nicht beschließen können. Der Deutsche Bundestag hat einmal die Instinktilosigkeit besessen, die Handwerksbezeichnungen festzulegen und uns z.B. zu zwingen, daß wir "Fleischer" statt "Metzger" sagen. Die Wirklichkeit ist anders. Die Sprache entwickelt sich und die Sprache zeigt einen Bedeutungswandel. Und heute bedeutet "konservativ" nicht das, was wir gern sagen möchten. Wenn ich sage, die Christlich-Soziale Union ist eine konservative Kraft, dann muß ich ergänzend dazu sagen, die Christlich-Soziale Union ist auch eine fortschrittliche Kraft. In dem Wort "christlich" steckt nicht nur drin, daß wir bewahren, in dem Wort "christlich" steckt drin, daß wir unerhört revolutionär sind. In dem Wort "sozial" steckt drin, daß wir nicht nur bewahren, sondern daß wir sozial fortschreiten. Wenn es also sinnvoll ist, zu sagen "konservativ", dann ist es ebenso sinnvoll, zu sagen "fortschrittlich". Im allgemeinen Verständnis des Begriffs aber schließen sich die beiden Dinge aus. Das hebt sich auf. Lassen wir uns nicht einseitig anhängen, daß wir nur konservativ seien und nicht fortschrittlich. Ich empfehle Ihnen aber die Streichung und eine noch einfachere Formel. Warum sagen wir eigentlich "gewillt"? Warum sagen wir nicht:

"Die CSU will die Lebendigkeit europäischer Tradition voll entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft erschließen."

(Beifall)

Vorsitzender Hansauer: War das ein Formulierungsantrag? -

Darf ich an die Fülle der noch gemeldeten Diskussionsredner die Bitte richten, nach Möglichkeit bereits Gesagtes nicht wieder zu sagen oder doch sich mit einem Hinweis "ich stimme ⁱⁿ ^{finne} ~~sich~~ mit dem/bereits ^{bereits} denken Karl Schön und Minister Höcherl, da sie ihre Wortmeldung zurückgezogen haben. Ich habe weiterhin noch die Wortmeldung des Herrn Dr. Glück, der in seiner Antragsformulierung die gleiche Formulierung wählt wie Herr Dr. Althammer. Herr Dr. Glück, Sie haben das Wort.

Dr. Glück: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich darf es kurz machen. Ich sehe einen Widerspruch zwischen der Fortschrittlichkeit des Programms und dem Ausdruck "konservative Kraft". Ich sehe ferner einen Widerspruch zwischen der Fortschrittlichkeit der Politik der CSU und dem Ausdruck "konservative Kraft". Ich möchte auch den Herrn Landesvorsitzenden zitieren, der gestern im ersten Fernsehen von einem sehr modernen Entwurf gesprochen hat. Das alles reimt sich nicht zusammen. Das Wort "konservativ" trifft für bestimmte Teilbereiche unserer Politik zu, kann aber nicht als Aushängeschild für die ganze Partei genommen werden.

Schließlich möchte ich sagen, daß das Wort "konservativ", das nicht uns in der Gänze trifft, von den Gegnern der CSU als propagandistisch verwertbares Schlagwort verwendet werden kann und verwendet werden wird.

Ich möchte darum ersuchen, daß entsprechend der Empfehlung des Arbeitskreises das Wort "konservativ" gestrichen wird. In der Formulierung möchte ich mich dem Vorschlag von Herrn Althammer anschließen.

Vorsitzender Hanauer: Danke schön! Ich habe hier einen Geschäftsordnungsantrag, den ich wohl als Selbstverständlichkeit mit der Bitte, ihn zu berücksichtigen, zur Kenntnis bringen darf - ich kann leider die Unterschrift nicht lesen -! Alle Diskussionsredner mögen aus Zeitersparnisgründen alle Anreden unterlassen. Ich darf um das gleiche bitten.

Nächste Wortmeldung Herr Dr. Roß, Nürnberg/Fürth:

Dr. Roß: Ich darf zunächst eine Verwunderung anbringen, wir haben gestern, wenn auch mit knapper Mehrheit, wie festgestellt wurde, im Arbeitskreis den Antrag angenommen, daß das Wort "konservativ" gestrichen wird. Ich wundere mich, daß im dritten Entwurf alle anderen Änderungsanträge von gestern übernommen wurden, aber hier dem Willen einer Mehrheit nicht entsprochen wurde.

Vorsitzender Hanauer: Darf ich unterbrechend feststellen: Herr Wachter hat das eingangs erklärt. Sie wissen genau, daß die es bei der Situation der Abstimmung - ich habe etwas mitgeholfen - sehr schwer war, zu entscheiden, ob es auf der einen oder auf der anderen Seite mehr waren. Deshalb sollte die Diskussion nochmals eröffnet werden.

Dr. Roß: Ich übernehme diese Formulierung auch nicht gern. Ich habe nur festgestellt, was der Vorsitzende festgestellt hat.

Das, worum es geht, ist deutlich gesagt worden. Ich habe gestern den gleichen Antrag gestellt, den Althammer heute formuliert hat. Ich möchte nur feststellen: Warum geht es und warum geht es nicht? Es geht darum, ob wir, die wir heute hier anwesend sind und unsere Parteimitglieder die Frage stellen, ob wir eine konservative Kraft darstellen oder nicht, sondern es geht vielmehr darum, ob wir den Begriff "konservativ" in dieser Formulierung in ein Grundsatzprogramm übernehmen wollen. Ich möchte wie gestern daran erinnern, daß manche Begriffe, die nun einmal in den deutschen Sprachschatz übernommen worden sind, sich inhaltlich erheblich gewandelt haben. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß "links" und "rechts", "konservativ", "liberal" und "sozial" ihren Inhalt geändert haben. Und ein Grundsatzprogramm ist doch darauf abgestellt - was der Herr Generalsekretär in seiner vorzüglichen Zusammenstellung zum Ausdruck gebracht hat -, zugleich eine Aussage der CSU in unsere Wählerschichten hinein vorzunehmen, mit anderen Worten, ohne

eine Interpretation von Worten wie etwa "konservativ" ganz klar zu sagen, was wir meinen, was wir tun wollen. Dazu ist nach meiner Meinung der Begriff "konservativ" eher mißverständlich und bietet Gegnern der CSU einen Ansatzpunkt, Angriffe auf die CSU zu starten. Ich habe daher heute dem Herrn Präsidenten einen Alternativantrag überreicht. Wenn heute die Mehrheit dafür sein sollte, daß der Begriff "konservativ" im Programm belassen wird, dann stelle ich dazu alternativ entsprechend dem Wort des Generalsekretärs, daß wir nicht in der Defensive, sondern in der Offensive sein sollten, den Antrag, daß wir uns auch bekennen zu dem Revolutionärsten, was es in der Parteiengeschichte gegeben hat, nämlich der Bildung einer Union und infolgedessen in unser Grundsatzzprogramm hineinnehmen: eine konservative und eine liberale Kraft, weil wir damit, wie ich meine, aus der Defensive herausgehen und in die Offensive übertreten können.

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat der Herr Landesvorsitzende Bundesminister Franz Josef Strauß.

Landesvorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Da ich obendrein noch angesprochen worden bin, möchte ich mich nicht der Diskussion verweigern. Das Eigenartige, um nicht zu sagen Gespenstische an dieser Diskussion ist, daß wir in der Sache das gleiche wollen, auch das gleiche denken, daß es hier nicht den geringsten Unterschied gibt, daß wir aber Angst vor der magischen Weiterwirkung von Begriffen der Vergangenheit haben, denn wir glauben keine moderne Sinnkraft geben zu können. Das heißt, wir kapitulieren vor uns selber. Wir sollen in einer Satzung nicht Philologie haben, aber wir sollen auch nicht den Aberglauben kultivieren, daß eine Partei wegen einer Formulierung in der Satzung auch nur einen einzigen Wähler gewinnen oder abstoßen könnte! (Beifall) es sei denn, daß man in der Satzung unsinnige oder echt der Ablehnung verfallende Dinge formulieren würde. Wir glauben - und das muß ich meinen Freund Althammer entgegen-

halten, den ich ja immer für einen Erzkonservativen gehalten habe, für viel konservativer, als ich bin (Heiterkeit) -, daß heute noch die Menschen an die Belastungen von Begriffen der Vergangenheit denken: Das sind die Konservativen, das sind die Erzreaktionäre, das sind die Restaurativen, das sind die Traditionalisten, das sind die, die ein Brett vor dem Hintern haben, die borniert sind, die für die Zukunft verschlossen sind, die über den Marsch in das 19. Jahrhundert zurück antreten würden. Ich glaube, daß wir selber uns gar nicht mehr zu entschuldigen brauchen, und ich gehe viel weiter, Freund Althammer: Wenn wir, die Christlich-Soziale Union, als eine politische Partei uns expressis verbis dazu bekennen, wissenschaftliche Erkenntnisse in pragmatisches Handeln umzusetzen, dann haben wir auch die Kraft, dem Begriff "konservativ" eine neue Deutung zu geben. (Beifall) Es geht wirklich nicht darum - das haben wir alle gemeinsam gesagt -, daß der eine konservativ und der andere antikonservativ ist, daß der eine liberal und der andere antiliberal ist. Ich muß umgekehrt sagen, ich würde gern der Formulierung von Kollegen Roß zustimmen, wenn der Begriff "liberal" nicht so mißbraucht und zum Teil verbraucht wäre. (Beifall) Ich möchte von mir persönlich behaupten, daß ich konservativ und liberal bin. Wir sollen aber in Zukunft den Begriff "konservativ" so denken, formulieren und anwenden, daß konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, daß konservativ heißt, das, was am überkommenen Erbe erhaltenswert und gut ist, zu erhalten, (Beifall) daß konservativ aber auch heißt, ständig neue Werte zu schaffen, die der Konservierung wert sind, und damit die Kontinuität zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schaffen.

Ich habe eine andere Sorge: daß dann, wenn hier aus dieser Diskussion heraus das Wort "konservativ" gestrichen wird, falsche Deutungen über Inhalt, den Begriff und die Intention der Politik der CSU daraus erwachsen können. Wir bekennen uns zu den großen gestaltenden Kräften der Europäischen Geschichte, zu den guten Werten unserer Vergangenheit, nicht zu allen

Wertkategorien unserer Vergangenheit, aber zu den guten Werten unserer Vergangenheit, und wir gehören nicht zu den Neuerern um ihrer selbst willen. Ich halte allerdings die Formulierung der ersten Zeile des 4. Absatzes auch für eine programmatische Aussage nicht richtig, nämlich "Wenn die CSU als konservative Kraft diesen Weg beschreitet, so heißt dies ...". Da ist etwas zu viel Umschreibung darin; denn man glaubt den Begriff deuten zu müssen. Dann würde ich mir selbst untreu werden. Ich würde für eine Formulierung plädieren, die heißt:

"Die CSU ist auch eine konservative Kraft und gerade deshalb entschlossen, die Lebendigkeit der europäischen Tradition voll zu entfalten."

(Beifall). Die CSU ist nicht nur eine konservative Kraft - darin sind wir völlig einig -, aber sie ist auch eine positive Kraft. Dazu bekenne ich mich persönlich, und ich habe in der Partei von meinen Eldesten, beinahe hätte ich gesagt, Kindes- tagen an, nie zu denen gehört, die man als erzkonservativ, als erzreaktionär oder ähnlich bezeichnet hat. Im Gegenteil, wir waren - und ich schließe sogar Richard Jaeger ein - etwas die Stürmer und Dränger in der Partei und wir waren beinahe in der Gefahr, so lange als jung zu gelten, daß wir für jedes Amt zu alt geworden wären. Auch das gibt es in der Politik, daß man die Mittelgeneration überspringt.

Aber ich bekenne mich nach diesen humorvollen Worten dazu, daß ich auch konservativ bin und mit "konservativ" andeute, daß es Werte der Vergangenheit gibt, die der Erhaltung wert und der Weiterentwicklung würdig sind. Aber ich bin nicht nur konservativ, und deshalb möchte ich auch gar keine Begründung, Umschreibung, Rechtfertigung oder Erläuterung haben, sondern sagen: Die CSU ist auch eine konservative Kraft und gerade deshalb - ich sage nicht "gewillt"; "gewillt" ist ein bißchen eine kastrierte Kraft - entschlossen, die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten. Wenn wir diese Formulierung wählen würden, können wir keiner Mißdeutung Raum geben, daß wir nach rückwärts gerichtete, bornierte, mit verschlossenen Augen stur durch die Landschaft der Gegenwart in

die Zukunft wandelnde Gestalten sind, sondern daß wir auch konservativ sind im Hinblick auf das, was an Vergangenem erhaltenswert ist, und das gibt es auch. Gerade jetzt, wo alles umfunktioniert wird, wo von Repression, Oppression und Suppression, und was die neuen deutschen Ausdrücke sind, die ganze Bewußtseinswelt der Gegenwart allmählich vergiftet wird, haben wir in der CSU den Auftrag, eine ganz klare Position einzunehmen und uns zu gewissen Werten der Vergangenheit zu bekennen. Ich für meine Person - ich habe es immer getan - bin gewillt, das auch in Zukunft zu tun, aber nicht mich als eine rein konservative Kraft, die sogar auf untergehendem Schiffe kämpfend nur um die Erhaltung vergangener Tradition sich bemüht, so nein! Wir geben dem Begriff "konservativ" eine neue Sinndeutung und verquicken damit die Geschichte, von der Althammer hier mit recht gesprochen hat. Und deshalb, Herr Präsident, darf ich noch einmal die vorgeschlagene Formulierung in aller Ruhe sagen:

"Die CSU ist auch eine konservative Kraft und gerade deshalb entschlossen, ..."

Vorsitzender Hanauer: Danke schön.

Herr Ziehler, Regensburg, hat seine Wortmeldung wegen Übereinstimmung mit den Ausführungen des Landesvorsitzenden zurückgezogen. Ich darf ihm dafür danken. Ich darf weiterhin darauf hinweisen, daß ich jeweils die Übernächsten Redner melde, damit sie sich gleich in Bewegung setzen können, um die Zwischenpause etwas zu verkürzen.

Als nächster Rednerin darf ich Frau Centa Haas, anschließend dann Herrn Dr. Büswald das Wort erteilen.

Frau Haas: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schließe mich voll und ganz den Ausführungen des Herrn Landesvorsitzenden an. Ich darf aber daran erinnern, daß ich gestern schon um eine vereinfachte Formulierung dieses Satzes gebeten habe, weil aus der Kompliziertheit dieses Satzes die Unsicherheit des Begriffs "konservativ" doch irgendwie spürbar wurde. Meine vorgeschlagene Formulierung ziehe ich

- 35 -

zurück, weil ich finde, daß die Formulierung, die von Herrn Dr. Strauß gegeben wurde, noch wesentlich besser ist. Danke schön!

Vorsitzender Hanauer: Danke schön. Damit ist dieser Antrag zurückgezogen, das heißt, zur Unterstützung des Antrags Strauß umformuliert. Herr Böswald!

Dr. Böswald: Meine lieben Parteifreunde! Es wird Ihnen gestern aufgefallen sein, daß bei der Abstimmung im Arbeitskreis gerade die jüngeren Delegierten für die Beibehaltung des Wortes "konservativ" gestimmt haben. Was mag diese jüngeren Delegierten dazu bewogen haben? Ich glaube, daß die Verkennung und Mißdeutung der Begriffe der Vergangenheit, die eben angedeutet worden ist, uns jungen Menschen nicht mehr anhaftet, sondern daß wir den Begriff "konservativ" mit neuem Leben erfüllen, weil wir wissen, daß "konservativ" bereits offensiv und nicht mehr defensiv ist. Ich bin überzeugt, daß heute jeder dem technischen Fortschritt nachjagt und vor der Gefahr kapituliert, er könnte vom letzten Wesen her als Konservativer bezeichnet werden. Es muß uns doch in der Partei gelingen, den Begriff "konservativ" zum offensiven Begriff zu machen, nämlich daß wir ihn von Restaurativen und Reaktionären absichern, zum Teil säubern und daran gehen, die Vorstellung zu vertiefen, daß Voraussetzungen für das Zusammenleben der Menschen nötig sind, daß diese Voraussetzungen auch ständig daraufhin überprüft werden müssen, ob sie den neuen Forderungen noch entsprechen, so daß konservativ die Lebensform ist, die jeder jungen Generation als Aufgabe zugetragen wird, das, was gut ist, zu übernehmen, das Neue auf dem, was gut ist, aufzubauen und deshalb die Zukunft zu meistern. Deshalb ist gerade die junge Generation dafür, daß der Begriff "konservativ" in einem Programm der CSU vorkommt. (Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Ich darf zunächst feststellen, daß Herr Lemmich erklärt hat, daß er seinen Streichungsantrag so weit zurückzieht, als er sich dem Formulierungsantrag Dr. Althammer, den auch Dr. Glück gestellt hat, anschließt.

Bühl: Um es nochmals zu präzisieren, meine Damen und Herren: Der Streit geht an sich nur darum, ob der Begriff "konservativ" mit neuem Leben erfüllbar ist oder nicht. Die einen meinen, das gelinge, die anderen meinen, das könne nicht gelingen. Wenn man sich aber dafür entscheidet, das Wort "konservativ" aus einem gewissen Optimismus heraus im Parteiprogramm stehen zu lassen, darf man es keinesfalls in der Weise tun, wie es im 3. Entwurf der Fall ist: daß man erst wart, das Wort "konservativ" in einer dreifachen Verschachtelung auszusprechen. Deshalb bin ich dem Landesvorsitzenden sehr dankbar, daß er einen anderen Formulierungsvorschlag gebracht hat. Ich meine allerdings - und hier teile ich die Bedenken des Herrn Landesvorsitzenden -, daß es in der jetzigen Situation auch für diejenigen, die hinsichtlich der neuen Auslegung des Wortes "konservativ" etwas pessimistisch sind, gefährlich wäre es in diesem Stadium der Diskussion aus dem Programm zu streichen, weil damit etwas anderes zum Ausdruck käme, als wir eigentlich sagen wollten. Deshalb sollten wir es, meine ich, beim Begriff der "konservativen Kraft" belassen.

Was den Formulierungsvorschlag des Herrn Landesvorsitzenden anlangt, so bin ich im materiellen Inhalt damit einig. Ich meine allerdings, daß von der Formulierung her das Wort "auch" deshalb nicht hundertprozentig an die Stelle paßt, weil nicht vorangeht oder nachfolgt, was die CSU noch ist. Es stünde dann nach meiner Meinung etwas zusammenhanglos da, was die CSU auch sei, deshalb werde ich mir erlauben, vorzuschlagen, so zu formulieren:

"Die CSU ist insofern eine konservative Kraft, als sie die Lebendigkeit europäischer Tradition voll entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft erschließen will."

Soll ich das noch schriftlich heraufgeben?

Vorsitzender Hanauer: Ich bitte, es schriftlich herszugeben. Durch die vorgeschlagene Formulierung ergibt sich aber eine Umstellung der Gedanken von Dr. Strauß, die nicht ganz seinen Vorstellungen entspricht. Ich sehe es ihm an seinen Mitgenossen an. Dr. Althammer hat gebeten, ihm nochmals das Wort zu erteilen.

Dr. Althammer: Nachdem ~~der Punkt~~ ^{ich} vom Parteivorsitzenden angesprochen worden ~~ist~~ ^{bin}, möchte ich nochmals kurz dazu Stellung nehmen.

Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, daß unsere Bedenken insoweit auch vom Herrn Landesvorsitzenden anerkannt worden sind, als er das Wort "auch" einfügen will. Ich muß aber gestehen, daß meine Bedenken in der Sache trotzdem nicht ausgeräumt sind. Der Herr Landesvorsitzende hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Wort "liberal", so gern man es gelegentlich auch für seine Einstellung in einem guten Sinn verwenden möchte, deshalb nicht brauchbar ist, weil es in einer bestimmten Weise festgelegt ist und betrachtet wird. Ich möchte behaupten, daß für das Wort "konservativ" das gleiche gilt.

(Beifall)

Sie haben es meines Erachtens auch daraus ersehen, daß immer wieder versucht worden ist, zu interpretieren, in welcher Weise man konservativ ist und wie progressiv man dieses Wort verstehen möchte. Ich darf Sie bitten, dafür Verständnis zu haben, daß wir uns, da wir ein Parteiprogramm für lange Jahre machen, ^{nicht} mit einem Wort - und es geht nur um ein Wort in diesem Fall - behaupten wollen, daß in wenigen Jahren in der Tat gegen uns verwendet werden wird. Daß wir in der Sache einzig sind in allem, was unser Parteivorsitzender gesagt hat, ist klar. Darum darf ich nochmals darauf hinweisen: Wenn Sie das Wort "konservativ" herauslassen und ~~mit~~ einem Antrag folgen, dann haben Sie sofort in der zweiten Zeile den Hinweis auf die Lebendigkeit der europäischen Tradition. Wenn das der Fall ist, habe ich beileibe keine Sorge, daß, wie Kollege Bühl eben ge-

- 40 -

meint hat, irgend jemand in Deutschland ~~aus~~ etwa als nicht diesen Grundsätzen verpflichtet ansehen wird. Ich glaube, darüber brauchen wir uns keine Gedanken zu machen, daß wir immer als diejenige Partei gelten werden, die das Gute, Traditionelle sich bewahren will, auch wenn wir das Wort "konservativ" nicht im Programm haben.

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Ich habe noch eine Reihe von Wortmeldungen. Ich darf mir die Anregung erlauben, die Diskussion über diesen speziellen Punkt als zu Ende geführt zu betrachten.

(Beifall)

Ist jemand dagegen, daß die Rednerliste damit geschlossen wird? — Ich habe noch einige ~~W~~Äußerungen. Dann hat das Wort Herr Weinzierl.

Weinzierl: Ich möchte mich dem Antrag von Dr. Althammer anschließen. Außerdem halte ich es für gut, daß man statt "gewillt" "will" schreibt. Ich möchte aber noch beantragen, vor dem Wort "entfalten" das Wort "bewahren" einzufügen, weil mit "bewahren" der Begriff "konservativ" besonders herausgestellt ist. Mein Formulierungsvorschlag lautet also:

"Die CSU will die Lebendigkeit europäischer Tradition voll bewahren und entfalten"

Vorsitzender Hanauer: Das ist ein Änderungsantrag, zu den Anträgen Dr. Glück und Dr. Althammer.

Nächster Redner Minister Dollinger, anschließend Dr. Jäger.

Stellv. Landesvorsitzender Dr. Dollinger: Liebe Parteifreunde! Ich habe den Eindruck, daß wir wirklich sehr konservativ

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

sind, und zwar deshalb, weil wir uns offenbar nicht zugetrauen, das Wort "konservativ" mit einem neuen Sinn zu erfüllen. Das, was unser Parteivorsitzender als Kompromiß vorgeschlagen hat: "auch konservativ", können wir, glaube ich, ohne Bedenken annehmen; denn unsere Partei ist, wie ich mit Nachdruck sagen möchte, vom Ursprung und von den ersten Kräften her einfach konservativ gewesen und ist auch heute noch konservativ. Wir wollen das Alte bewahren und mit Hilfe des Alten das Neue gestalten. Wenn wir sagen, wir sind Konservative, auch Konservative, dann geben wir damit auch einen Kontrast gegenüber den üblichen Söhnereien, daß man nur noch fortschrittlich sein sollte. Ich meine also, über den Vorschlag Strauß könnte man sich im Interesse der Sache verständigen.

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat Dr. Jäger.

Dr. Jäger: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe den Eindruck, daß diejenigen, die das Wort "konservativ" streichen wollen, nicht gegen den Inhalt dessen sind, was damit gesagt wird, sondern daß sie aus taktischen Gründen meinen, es wäre im Wahlkampf nachteilig, wenn man sich im Grundsatzzprogramm als konservativ bezeichnet. Aber Sie mögen es drehen und wenden, wie Sie wollen, wir werden in einer politischen Ordnung, wie sie die Bundesrepublik und das Land Bayern darstellt, immer nicht als konservativ, sondern sogar als rückschrittlich oder reaktionär verschrien werden. Und dagegen werden wir uns in der Zukunft nur durch unsere Tat verteidigen können, wie wir es in der Vergangenheit getan haben. Außerdem habe ich den Eindruck, wir stehen doch in einer Entwicklung, in der die CSU nicht sehr befürchten muß, Wähler an die Sozialdemokraten zu verlieren, sondern Wähler an die SPD zu verlieren. Aus diesem Gesichtspunkt heraus erscheint es mir sogar taktisch zweckmäßig, das Wort "konservativ" in unserem Programm an einer entscheidenden Stelle zu haben. Im Übrigen

aber glaube ich, daß es hier gar nicht um Taktik geht; denn ein Grundsatzprogramm soll nicht taktisch sein - das ist vielleicht ein Aktionsprogramm -, sondern ein Grundsatzprogramm soll das Selbstverständnis der Christlich-Sozialen Union ausdrücken.

Wir können dann allerdings das Wort "liberal" trotz der Meinung unseres Freundes Roß hier nicht verwenden, schon deswegen nicht, weil es die totale Vernebelung der politischen Szene mit sich bringen würde; denn als "liberal" bezeichnen sich die Freien Demokraten, als "liberal" bezeichnen sich zum Teil die Sozialdemokraten. Ich muß dann schon fragen: Wie sollten wir uns unterscheiden? Das Gemeinsame der 4 Parteien in der Bundesrepublik ist das Bekenntnis zur Demokratie. Andere mögen liberal sein, wir können uns schon deswegen nicht als "liberal" bezeichnen, weil in Europa, in Deutschland, in Italien mit "liberal" diejenigen bezeichnet werden, die ein antikirchliches Ressentiment haben und außerdem den Einheitsstaat vertreten. Und beides ist bei uns nicht der Fall. Ich glaube sogar, daß man von uns sagt, daß das Konservative in der gesunden Mitte zwischen den Reaktionären und den Liberalen liegt. Die Reaktionären sind diejenigen, die sich an das Gestern binden, die Konservativen sind diejenigen, die an das Ewige gebunden sind. Und deshalb, weil es unabänderliche Grundsätze gibt, an die wir uns gebunden fühlen, sind wir als christliche Partei auch eine konservative Kraft. Wir halten nicht wie die Reaktionären das Alte für gut, weil es alt ist, und nicht wie die Liberalen das Neue für gut, weil es neu ist, sondern wir fühlen uns an unabänderliche Grundsätze gebunden, wo wir uns für das Alte entscheiden, wo wir uns für das Neue entscheiden, oder wo wir eine mittlere Linie finden. Die Ideen ewiger, unveränderlicher Art, an die wir uns gebunden fühlen, sind in der Politik vor allem das Recht - das Recht, in dem die Freiheit enthalten ist -, aber auch der Staat, der eine gewisse Autorität braucht, und deshalb der Rechtsstaat. Die Idee, an die wir uns gebunden fühlen, ist auch und nicht zuletzt der Föderalismus, und ich meine, meine Freunde - die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

deutsche Geschichte weist es aus -, der soziale Gedanke ist von den Liberalen weder erfunden noch durchgeführt, sondern bekämpft worden, aber die Konservativen haben den sozialen Gedanken seit Bischof Ketteler und den evangelischen Sozialtheologen des 19. Jahrhunderts auf die Fahne geschrieben. Und konservativ sind wir auch, weil wir glauben, daß wir in der Politik nicht am Punkt Null anzufangen haben, sondern uns zur Geschichte bekennen, zur bayerischen Geschichte, an der wir wenig zu korrigieren haben, und zur deutschen Geschichte, an der manches korrigiert werden muß. Aber wir behaupten nicht, daß alles neu anfängt, sondern wir nehmen die Segnungen und den Fluch der Vergangenheit als Aufgabe, die wir mit uns tragen. Und da soll mir keiner mit dem Nationalsozialismus kommen. In der deutschen Geschichte hat es keine Bewegung gegeben, die so sehr den konservativen Gedanken entgegengesetzt war wie der Nationalsozialismus, der den Menschen zertreten hat, wie das totalitäre System überhaupt, ob es der Totalitarismus von links oder rechts ist, gerade das Gegenteil einer Bewegung ist, die sich an unveränderliche Prinzipien gebunden fühlt.

Letzthin darf ich folgendes sagen: Wir sind als Christen der Überzeugung, daß das Bleibende und Unvergängliche im Menschen stärker ist als das, was modern ist. Wir sind auch deshalb eine konservative Kraft, weil wir den Menschen als Ebenbild Gottes und in seinem Kern unveränderlich sehen. Aber wir halten uns auch an den Schöpfungsauftrag, daß sich der Mensch die Erde untertan machen soll, und darum ist in dem konservativen Gedanken der gesunde Fortschritt bereits enthalten.

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Mit diesem Beitrag wird kein Antrag gestellt, sondern er bedeutet eine Unterstützung des Änderungsantrags des Landesvorsitzenden Dr. Strauß.

Das Wort hat als letzter Redner zu diesem Punkt Herr Dr. Dirkl.

Staatsminister Dr. Pirkl: Worum geht es in der Politik von heute. Es geht in der Politik von heute sicher zuerst einmal um die Bewältigung unseres gegenwärtigen Zeitalters, das ein Zeitalter des Fortschritts und der Bewegung ist. Das ist sicher die erste und schwierigste Aufgabe, die die Politik heute zu leisten hat. Welches ist die größte Gefährdung dieser Aufgabe in der Politik von heute? Ich meine, das Zerfließen aller die menschliche Gesellschaft in Ordnung haltenden Formen. Wenn wir diese menschliche Gesellschaft einigermaßen in Ordnung halten wollen, dann brauchen wir dazu, so meine ich, gerade auch das Zurückgreifen auf jene Werte, die unsere europäische Geschichte, sowohl die politische als auch die Geistesgeschichte, einhält, als tragende Werte auch für unser gesellschaftliches Leben in einem Zeitalter des Fortschritts bereitstellen muß, damit unsere Gesellschaft in einer vernünftigen Form und Ordnung weiterleben und diesen Fortschritt auch bewältigen kann.

Wenn ich von diesen zwei Voraussetzungen ausgehe, meine lieben Parteifreunde, dann ist die Verwendung des Wortes "konservativ" in einem Programm der Christlich-Sozialen Union, so meine ich, gerade ein Zeichen dafür, daß wir die Zeichen der Stunde und der Zeit begriffen haben, weil wir uns nicht der Lehre hingeben, daß wir nur mit den Formen des Fortschritts, nur mit den Formen unseres Tages unsere Gesellschaft und unsere Welt von heute bewältigen könnten. Aus dem Grund, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, meine lieben Parteifreunde, sollten wir, so meine ich, um uns vor jedem Verdacht zu beschützen, etwa als restaurativ, als traditionalistisch, als reaktionär abgestempelt zu werden, uns diesem Wort "konservativ" bekennen, mit dem wir ausdrücken, was wir tatsächlich meinen, nicht einen Konservatismus der Formen - den müßte man ja einen Traditionalismus nennen -, sondern einen echten Konservatismus, d.h. ein Bewahren der Werte der Vergangenheit für die Bewältigung der Tage der Gegenwart und der Zukunft. Wenn wir das tun, meine lieben Freunde, so meine ich, haben wir auch gezeigt, daß wir Mut haben, zu unseren

eigenen Anliegen zu stehen, und das auszudrücken, was wir meinen. Damit gehen wir gerade den Weg, mit dem bisher die Christlich-Soziale Union immer noch am besten gefahren ist: daß sie die Dinge beim Namen ^{ge-}nannt hat, daß sie gesagt hat, was sie tatsächlich will. Aus dem Grund, so meine ich, sollten wir bei der Formulierung unseres Landesvorsitzenden, die Ausgewogenheit nach allen Seiten hat, bleiben.

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Meine Damen und Herren! Damit darf ich die sehr ausführliche und eingehende Diskussion zu diesem Punkt abschließen und versuchen, zu einem Abschluß zu kommen. Ich darf zunächst feststellen, ich habe einen Formulierungsantrag des Landesvorsitzenden Strauß, der da lautet:

"Die CSU ist auch eine konservative Kraft und gerade deshalb entschlossen ..."

Dazu hat Bühl eine Korrektur oder einen Änderungsvorschlag gebracht:

"Die CSU ist insofern eine politische Kraft, als sie ..."

Ich habe in der Zwischenzeit festgestellt, daß Strauß diese Formulierung für sich nicht annimmt, so daß ich sie anschließend eigene zur Abstimmung stellen muß.

Ich habe den Formulierungsvorschlag Lemmrich, Althammer, Glück und Maiberger, den auch der Antrag Weinzierl mit übernehmen will, den ich noch bekanntgeben werde.

Ich habe einen Antrag Dr. Roß, der zunächst ein bedingter Antrag war.

Erster Antrag zurückgezogen. Zweiter Formulierungsvorschlag zurückgezogen. Ich habe 4 Anträge herbekommen. Die sind alle erledigt.

Dann muß ich mich über den Modus der Abstimmung schlüssig werden. Ich möchte nun einer in der Diskussion gemachten Anregung Rechnung tragend den, wenn auch mit etwas knapper Mehrheit gefaßten Beschluß zugrundelegen, das Wort "konservativ" zu

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung Weierßenbicht gestanet Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

- 46 -

streichen, so daß jetzt ein Abänderungsantrag auf Wiedereinführung als weitergehende Formulierung angesehen werden muß, und zunächst über den Antrag des Landesvorsitzenden abstimmen lassen. Wenn dem nicht Rechnung getragen wird, dann kommt die Formulierung mit der Streichung des Wortes "konservativ", die ich in zweiter Linie habe.

(Zuruf)

- Moment! Es geht genau. Haben Sie keine Sorge! Die Zeit werden wir uns nehmen, daß so ruhig zu machen, daß jeder folgen kann.

Ich darf also davon ausgehen, daß gestern das Wort von der "konservativen Kraft" gestrichen wurde. Es wird jetzt vom Landesvorsitzenden mit Unterstützung einiger Redner - auch mit Umformulierung, nicht ganz, aber zum Teil, durch Herrn Bühl - folgende Formulierung vorgeschlagen:

"Die CSU ist sich eine konservative Kraft und gerade deshalb entschlossen, die Lebendigkeit europäischer Tradition ..."

Habe ich, Herr Minister, es richtig formuliert?

(Landesvorsitzender: Ja!)

Ich habe nun von der Antragsgruppe Althammer, Glück, Lemmrich, Maiberger den Antrag, den ich dann zur Abstimmung stelle -, daß "konservative Kraft" gestrichen bleibt. Die Formulierung soll dann unter Einbeziehung des Antrags Weinsierl lauten:

"Die CSU will die Lebendigkeit europäischer Tradition bewahren und voll entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes ..."

Das sind die beiden Anträge, die ich, nachdem alle anderen Anträge zurückgezogen oder umformuliert zu einer Antragsgruppe zusammengestellt worden sind, zur Abstimmung stelle.

Nun Herr Lemmrich zur Geschäftsordnung!

Lemmerich: Meine lieben Freunde! Der Beratung liegt der 3. Entwurf zugrunde. Es ist auch über ihn abzustimmen. Angesichts dieser Tatsache kann ich mich der Auslegung des Präsidenten nicht anschließen, sondern wegen dieser Tatsache, daß wir den 3. Entwurf diskutieren, ist der Antrag Dr. Althammer der Weitergehende, und es müßte über ihn zuerst abgestimmt werden.

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Es ist immer die angenehme Aufgabe eines in einer Versammlung eine Abstimmung Leitenden, darunter leiden zu müssen, daß er festzustellen hat, was nun weiter geht. Man könnte genau so gut sagen: Wer so konservativ ist, daß er so weit zurückgeht, geht viel weiter als der, der mit dem Fortschritt geht. Bitte nehmen Sie das nicht wörtlich. Wir wollen die Dinge so fröhlich wie irgend möglich behandeln. Aber ich gebe dem Herrn Lemmerich absolut recht, daß dann, wenn man von der Formulierung des 3. Entwurfs ausgeht, der Antrag Strauß eine Umformulierung bedeutet, während er aufgrund des gestern Beschlossenen eine Korrektur vornehmen würde.

Wir sollten uns nicht über Geschäftsordnungsfragen streiten. Ist jemand dagegen, daß ich den Antrag Althammer und Genossen vorweg zur Abstimmung bringe mit der klaren Bemerkung, daß dann, wenn der Antrag Althammer-Maiburger die Worte "konservative Kraft" zu streichen, angenommen ist, der Antrag Strauß und andere und die übrigen Anträge als erledigt zu betrachten sind? Ist jemand dagegen, daß ich diesen Antrag aufgrund der geschäftsmäßigen Einwendung - ich möchte vor Weihnachten keinen Streit beginnen - vorweg erledige? Ich bitte diejenigen um ein Handzeichen, die dagegen sind. - Das sind nur wenige. Dann werde ich so abstimmen lassen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Minister!

- 48 -

Landesvorsitzender: Ich gebe Kollege Lemmrich insoweit recht, als dieser Antrag der weitergehende ist. Aber ich bitte, sehr zu bedenken, daß die Formulierung des Präsidenten, damit ist der Antrag schon erledigt, natürlich richtig ist. Wenn dem so ist, hätte eine Mehrheit dieses Kreises verneint, daß die CSU auch eine konservative Kraft ist, und das bitte ich zu bedenken.

(Beifall)

Ich habe bewußt das Wort "auch eine konservative Kraft" formuliert. Ich habe deshalb auch an den Beratungen des Satzungsausschusses nicht teilgenommen, um mir mein eigenes Urteil zu erhalten. Es hat keinen Sinn, durch philologische Erklärungen, die mit entsprechender Phonestärke vorgetragen sind, zu leugnen, daß die Ablehnung meiner Formulierung, ganz gleich, wie diese Ablehnung erfolgt, auch eine Ablehnung der Deklaration ist, daß die CSU auch eine konservative Kraft ist.

Vorsitzender Hanauer: Herr Bundesminister, ich bitte, Ihre Wortmeldung darauf zu beschränken, wosu sie erteilt wurde, nämlich nur zur Abstimmung. Aber es ist klar - Sie unterstreichen nochmals meine Auffassung -, daß mit der Annahme des Änderungsantrags der andere Antrag erledigt ist. Dabei darf ich noch Dr. Rosß fragen, ob sein Antrag mit der Annahme des Antrags auf Streichung des Begriffs "konservativ" auch als erledigt zu betrachten ist. -

Ich stelle also jetzt, um es völlig klar zu machen, noch einmal formulierend zur Abstimmung: Die Grundsätze auf Seite 2 werden in Absatz 4 unter Abänderung des vorliegenden Entwurfs 3 in den Eingangsworten wie folgt formuliert:

"Die CSU will die Lebendigkeit europäischer Tradition bewahren und voll entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft erschließen."

Wer für die Annahme dieses Abänderungsantrags ist, der bitte ich um ein Handzeichen. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Letzteres ist deutlich die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

(Beifall)

Stimmenthaltung? - Keine Stimmenthaltungen.

Dann komme ich zu der Formulierung des Landesvorsitzenden. Demnach soll eine Umformulierung der gleichen Stelle erfolgen:

"Die CSU ist auch eine konservative Kraft und gerade deshalb entschlossen, die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft zu erschließen." Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Das ist die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? - Einige wenige. Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen. Mit deutlicher Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Ich darf mich dafür bedanken und feststellen, daß alle sonstigen Anträge damit erledigt sind. - Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist der Parteitag mit dieser Interpretation einverstanden.

Ich muß noch aufrufen den 5. und 6. Absatz. Ich habe keine Wortmeldung.

Wir kommen zum ersten Abschnitt:

Friede und Sicherheit

Präambel. Zur Präambel die Wortmeldung Dr. Walter, Fürstentfeldbruck!

Dr. Walter: Ich stelle den Antrag, hinter dem Wort "Freiheit" die Worte "und Selbstbestimmung" einzuschalten, weil wir der Auffassung sind, daß die Selbstbestimmung mit zu den Konsensus gehört, die für die CSU nicht nur selbstverständlich sein sollen, sondern die sie auch in ihrem Grundsatzprogramm erwähnen sollte. Die Präambel beginnt dann:

"Für das deutsche Volk Freiheit und Selbstbestimmung zu erreichen ..."

und es geht dann weiter im Text wie bisher.

Ich stelle dann den ergänzenden Antrag, statt "Außenpolitik" zu schreiben "Politik", weil diese Belange nicht nur eine Aufgabe der Außenpolitik, sondern eine Aufgabe der gesamten deutschen Politik sind.

Vorsitzender Hanauer: Der Antrag wurde verstanden. Wird das das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Es liegt also kein Antrag vor, die Präambel folgendermaßen zu beginnen:

"Für das ganze deutsche Volk Freiheit und Selbstbestimmung zu erringen ..."

Ich darf den Antrag von Herrn Dr. Walter in zwei Teile aufteilen. Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Ersteres war eindeutig die überwältigende Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist die Formulierung angenommen:

"Für das ganze deutsche Volk Freiheit und Selbstbestimmung zu erringen ..."

Es ist weiter von Dr. Walter beantragt, in der letzten Zeile der Präambel das letzte Wort "Außenpolitik" durch "Politik" zu ersetzen, also den Wortteil "Außen" zu streichen. Wer für die Streichung dieses Wortteils ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist offensichtlich die Mehrheit. Wer ist dagegen? - Darf ich die Damen und Herren des Präsidiums herzlich bitten, mir beim Blick um die Ecke guttun zu helfen und sich nach Möglichkeit an der verantwortungsvollen Tätigkeit des Tagungspräsidiums zu beteiligen. Ich danke im voraus herzlich. - Wer enthält sich der Stimme? - Einige Stimmenthaltungen. Damit ist auch diese Anregung von Dr. Walter angenommen. Der Wortteil "Außen" bei "Außenpolitik" ist gestrichen.

Ich rufe auf Ziff. 1. Keine Wortmeldung.

Ziff. 2. Ich habe die Wortmeldung von Herrn Grassler, Höchststadt.

Grasser: Ich schlage für Abs. 2 folgende Formulierung vor:

"Nur ein vereintes Europa wird die Weltgeltung der europäischen Völker in Zukunft erhalten und festigen. Alle Kräfte sind darauf zu konzentrieren, den Ansatz dazu herbeizuführen und die Entwicklung zu den vereinigten europäischen Staaten pragmatisch zu fördern."

Ich habe den Begriff "Vereinigte Staaten von Europa" für problematisch in vielerlei Hinsicht. Wenn man den Begriff nicht nur philologisch, sondern politisch deutet, steht er als Denkmodell für eine endgültige Lösung ohne Bezug auf zu einem Staat. Er ist andererseits durch die tagespolitische Auseinandersetzung der letzten drei Jahre belastet. Dieser Begriff ist das Etikett einer politischen Strömung, die den letzten Schritt vor dem ersten tun wollte. Er ist belastet durch die Aufteilung zwischen angeblichen Gaullisten und Atlantikern und er ist belastet durch die Diskussion um die zentripetale und die zentrifugale Lösung. In dieser Hinsicht kann er nicht die Position der CSU in den letzten drei Jahren treffen; denn die CSU hat in der Auseinandersetzung immer den pragmatischen Weg verfolgt. Die Position, die hinter dem Begriff "Vereinigte Staaten von Europa" steht, hat diesen Begriff so verwendet, daß kein Mittelweg und kein Ausweg an dieser totalen Lösung von Anfang an vorbeiführt. Ich bitte, wegen dieser möglichen Mißverständlichkeit den Begriff zu streichen, aber ihn in meiner Formulierung beizubehalten.

Vorsitzender Hanauer: Wie formulieren Sie?

Grasser: Wie ich vorgelesen habe.

Vorsitzender Hanauer: Ich habe nichts Schriftliches vorliegen. Ich darf nochmals daran erinnern - wie schwer es ist, haben Sie vorhin gemerkt -, daß Anträge schriftlich abzugeben sind; sonst muß ich permanent selber mitstenographieren und dann einen Vergleich anstellen. Ich bitte, den Antrag schriftlich nachzureichen.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Wachser.

Wachser MdL: Sehr verehrte Herren! Ich habe gestern sehr ausführlich dargelegt - und ich kann heute darauf verzichten, das näher auszuführen -, daß wir davon ausgehen müssen, daß wir ein Grundsatzprogramm auf lange Sicht machen. Es wäre deshalb verfehlt, vom tatsächlichen heutigen Stand auszugehen und alles so zu berücksichtigen, wie wir es heute sehen. Die CSU wird nicht bestreiten können, daß ihr Ziel ist, die Vereinigten Staaten von Europa zu bilden, von denen wir sicher noch nicht wissen, wie sie aussehen können und wie sie aussehen werden. Es wäre verfehlt, in diesem Grundsatzprogramm einen pragmatischen Standpunkt zu vertreten. Ich darf deshalb namens der Kommission sehr bitten, an der Ihnen vorliegenden Formulierung festzuhalten.

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat der Herr Landesvorsitzende.

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Ich würde meiner Überzeugung untreu werden, wenn ich nicht eine Ergänzung in Gestalt eines Verbands vorschlagen würde, nämlich zu sagen:

"Nur ein vereintes Europa kann die Weltgeltung der europäischen Völker wieder herstellen, erhalten und ausbauen."

Ich habe in unzähligen Reden gesagt, daß die europäischen Völker ihre Weltgeltung verloren haben. Das ist durch den Rückzug der Briten aus dem Bereich east of Suez in einer für die Welt geradezu manifesten Weise unangenehm deutlich geworden. Wir haben keine Weltgeltung mehr - wir haben vielleicht eine bestimmte wirtschaftliche Kraft, aber keine Weltgeltung -, weil wir in dem Meer, das ein Schicksalsmeer für uns ist, heute amerikanische

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

und russische Flotten konfrontiert sehen, aber als Europäer dort weder eine gemeinsame Stimme noch den geringsten Einfluß haben, wenn vor unserer Haustür ein Krieg ausbricht. Daher sage ich: "wieder herstellen, erhalten und ausbauen".

(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist Herr Hoher. Ich bitte, zu berücksichtigen, daß ich auch in der Blenwirkung stehe, nicht vom Glanz der Delegierten, sondern vom Glanz der Scheinwerfer.

Wacher: Ich möchte anknüpfend an die Ausführungen des Vorletzten Diskussionsredners über die Prinzipien der CSU und überhaupt sagen, zum Kerngedanken der bayerischen Philosophie gehört das Grundprinzip, daß das staatliche Leben nicht zentralistisch, sondern dezentralisiert, d.h. föderalistisch aufgebaut sein soll. Ich meine die Mittlerstellung der CSU und Bayerns kommt gerade darin zum Ausdruck, daß dieser Gedanke zwischenstaatlich eine unerhörte wichtige und aktuelle Bedeutung hat. Wenn wir gerade die Vorgänge der letzten Wochen und Monate in Mittel- und Osteuropa, in der Tschechoslowakei, beobachten, dann wissen wir, daß dort der Trend zur Föderalisierung ein Zeichen der Demokratisierung war. Ich würde daher bedauern, wenn wir in diesem Kapitel diesen Kerngedanken nicht aussprechen und ihn lediglich im Kapitel "Gesellschaft und Staat" ansprechen. Ich schlage daher vor in Abs. 2 der Ziff. 2 zu sagen:

"Ein in föderalistischem Geiste integriertes Europa, auf Freiheit, Recht und Selbstbestimmung gegründet, steht auch osteuropäischen Ländern offen."

Das würde der aktuellen Problematik entsprechen. Man könnte auch sagen "in föderalistischer Ordnung". Ich würde sagen, daß der Begriff hier verankert werden müßte, weil er weitgehend für uns und über Bayern hinaus ist. In Abs. 2 soll es also heißen:

"Ein in föderalistischer Ordnung integriertes Europa .."

Vorsitzender Hanauer: Danke schön. Die Kommission Grund-
satzprogramm stimmt der Formulierung zu.

Ich darf dann zur Abstimmung kommen. Ich habe den Wort-
laut des Antrags Grasser zu Ziff. 2 Satz 2:

"Alle Kräfte sind darauf zu richten, den Ansatz dazu
herbeizuführen und die Entwicklung zur Vereinigung
der europäischen Staaten pragmatisch zu fördern."

Wer mit dem Änderungsantrag einverstanden ist, den ich eben
verlesen habe, den bitte ich um ein Handzeichen. - 5 sind
dafür. Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit. Enthält sich
jemand der Stimme? - Ich sehe niemanden. Dann ist der Antrag
abgelehnt.

Dann darf ich zum Antrag Strauß zur Abstimmung
stellen, in dem ersten Absatz der Ziff. 2 hinter dem Wort
"Zukunft" einzufügen "wieder herstellen". Wer für die Annahme
dieses Zusatzes ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke.
Das ist eindeutig die Mehrheit.

Als weiteren Zusatz will Herr Wacher, unterstützt von
der Grundsatzkommission, in Abs. 2 Ziff 2 einführen:

"Ein in föderalistischer Ordnung integriertes Europa .."

- Ein in föderalistischer Ordnung vereintes Europa?

(Wacher: "vereintes" ist deutscher)

- "Integriert" ist nicht unbedingt "vereint". Gut: "Ein in
föderalistischer Ordnung vereintes Europa .." Wer für diesen
Zusatz ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die
Mehrheit.

Darf ich mit diesen beiden Änderungen über die gesamte
Ziff. 2 abstimmen lassen? Wer ist mit diesen Abänderungen für
die Ziff. 2? - Das ist die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? -
Ich sehe niemanden. Stimmenthaltungen? - Ich sehe ebenfalls
niemanden.

Ich rufe auf Ziff. 3. Keine Wortmeldung.

Ziff. 4. Keine Wortmeldung.

Ziff. 5. Bitte, Herr Staatssekretär Lauerbach!

Staatssekretär Lauerbach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Abschnitt 5 gemeldet, weil dieser Abschnitt von dem Problem der Sicherheit nach außen spricht, weil er die Forderung nach einem wirksamen Verteidigungsbündnis enthält und weil er über die Bundeswehr als jene Säule in unserem Staat Auskunft gibt, die für die Sicherheit die entsprechenden Maßnahmen zu treffen hat. Ich glaube, man muß gerade in diesem Abschnitt noch eine Erklärung mit aufnehmen, die von der Sicherheit im Inneren ^{unseres} Volkes spricht. Deshalb möchte ich den Vorschlag bringen, nach Abs. 2 in Ziff. 5 folgende Formulierung mit einzusetzen:

"Der Sicherheit gegen alle Gefahren von außen muß die entschlossene Abwehr zerstörerischer Versuche radikaler und subversiver Kräfte im Inneren entsprechen."

(Beifall)

Vorsitzender Hansuer: Das hat das Wort Herr Abgeordneter Wachter.

Wachter: Herr Kollege Lauerbach! Wir haben gestern über dieses Problem sehr ausführlich gesprochen, und ich war der Auffassung, daß eine Aussage über die Frage der inneren Sicherheit, die im Entwurf 2 nicht angesprochen war, aufgenommen werden soll. Wir haben sie auf Seite 5, Kapitel "Gesellschaft und Staat" bei Abs. 2 ~~xxx~~ angefügt. Dort heißt es nämlich:

"Die CSU wendet der inneren Sicherheit besondere Aufmerksamkeit zu."

Ich bitte, mit mir der Auffassung zu sein, daß die Auf-
führung hier in Verbindung mit dem Satz, der im Abs. 2 voran-
geht, ~~erst~~ systematischer und besser angebracht ist. Dem An-
liegen selbst ist Rechnung getragen.

Vorsitzender Hanauer: Darf ich an Herrn Staatssekretär die Frage stellen, ob er aufgrund dieses Hinweises seinen Antrag zurückzieht oder modifiziert?

Staatssekretär Lauerbach: Nein. Man sollte aufgrund der Deutlichkeit der Forderung, die an uns gestellt ist, die von mir als weiterer Absatz in Ziff. 5 vorgeschlagene Formulierung doch beibehalten.

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat Frau Dr. Weichner.

Frau Dr. Weichner: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben zwar in der Vorrede das Wort "Außenpolitik" in "Politik" umgewandelt. Das kann aber doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Kapitel "Friede und Freiheit" im wesentlichen unsere außenpolitischen Gesichtspunkte zusammengefaßt sind und die Frage der inneren Ordnung im Kapitel "Gesellschaft und Staat" geregelt ist. Ich bin daher der Meinung, daß die innere Ordnung dort ihren Platz hat und daß es geradezu ungeschickt und mißverständlich wäre, die Frage der inneren Sicherheit mit dem Abschnitt zu verbinden, der sich mit der Bundeswehr befaßt. Ich darf nur auf die Notstandsdebatte und auf die nicht zutreffenden Argumente, die von Links und Rechts dagegen kamen, hinweisen. Ich glaube nicht, daß wir der Bundeswehr einen Dienst tun, wenn wir die innere Sicherheit im Zusammenhang mit der Bundeswehr anführen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Nr. 2 des Kapitels "Gesellschaft und Staat" steht:

"Die CSU verteidigt entschieden diese selbstgewählte Ordnung gegen alle Zerstörungsversuche von rechts und links. Sie wendet der inneren Sicherheit besondere Aufmerksamkeit zu."

Damit ist dem Anliegen Rechnung getragen, und zwar an einer Stelle, wo es hingehört.

Vorsitzender Hanauer: Herr Staatssekretär, ich darf noch darauf hinweisen, daß die einschlägige Formulierung in

nächsten Abschnitt fast den gleichen Wortlaut wie die vorgeschlagene Ergänzung hat. Man müßte die Aussage über die innere Sicherheit der Gesellschaft aus dem Kapitel "Gesellschaft und Staat" herausnehmen und zur äußeren Sicherheit mit hereinnehmen. Das ist eine reine Frage der Systematik unseres Grundsatprogramms.

Stabssekretär Lauerbach: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Vorsitzender Hanauer: Gut, dann ist dieser Abschnitt endgültig erledigt.

Ich darf dann aufrufen das Kapitel:

Gesellschaft und Staat

Präambel. Keine Wortmeldung.

Ziffer 1. Keine Wortmeldung.

Ziffer 2. Keine Wortmeldung.

Ziffer 3. Keine Wortmeldung.

Ziffer 4. Keine Wortmeldung.

Ziffer 5. Keine Wortmeldung.

Ziffer 6. Keine Wortmeldung.

Ziffer 7. Keine Wortmeldung.

Ziffer 8. Keine Wortmeldung.

Ziffer 9. Keine Wortmeldung.

Ziffer 10. Keine Wortmeldung.

Ziffer 11. Keine Wortmeldung.

Ziffer 12. Keine Wortmeldung.

Ziffer 13. Dazu liegt eine Wortmeldung von Richard Rieger, Schwabach-Stadt, vor.

Eduard Krieger

Rieger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde gestern schon in der Programmkommission darüber gesprochen. Ich möchte auf diese Diskussion zurückgreifen um einiges bemerken: Warum soll man das, was man vor hat, nämlich den

Familienausgleich, immer noch umschreiben und nicht klar mit dem Namen bezeichnen. Ich finde, ein klarer Ausdruck hilft immer weiter. Wir haben es ebenso beim Begriff "konservativ" praktiziert. Wenn erwidert wurde, das sei Verbandsdenken, muß ich sagen, ich gehöre nicht dem Familienverband an. Ich möchte nur für die sprechen, die keinen Befürworter haben. Ich glaube, der Familienlastenausgleich ist ein Kernstück christlich-sozialer Politik, gerade ein solches, wodurch wir uns von den Sozialisten und ihrem sozialistischen Programm unterscheiden können.

Wenn gesagt wurde, das gehört in ein Aktionsprogramm, bin ich der Meinung, in ein Aktionsprogramm gehören die einzelnen Maßnahmen, Steuererleichterungen, Familienerholung usw. Aber der Grundsatz gehört in ein Grundsatzprogramm aufgenommen.

Ich schlage Ihnen vor, bei Ziff. 13 Satz 2 nicht zu sagen: "Die CSU fördert eine Politik ..." - damit ist die Politik noch nicht umschrieben -, sondern zu sagen:

"Die CSU will es durch einen spürbaren Familienlastenausgleich den Familien - auch den unvollständigen Familien - ermöglichen ..."

Damit bekennen wir uns zu einem in der Sozialpolitik gängigen Begriff.

(Beifall)

Vorsitzender xxxxxxxxHanauer: Das soll beim 2. Satz eingesetzt werden.

Herr Wachter!

Wachter: Herr Rieger, es ist gar keine Frage, daß der Familienlastenausgleich ein wesentlicher oder, wenn Sie wollen, der Bestandteil der Familienpolitik ist. Aber die grundsätzliche Haltung der CSU zu diesen Fragen findet in Punkt 15 Ausdruck und, wie ich mir von mehreren Seiten, von entscheidenden Seiten habe sagen lassen, genügend Ausdruck. Daraus geht klipp und klar hervor, daß die große Familie ohne Nach-

teile durchkommen muß. Ich wiederhole das, was ich gestern gesagt habe, mit einem Satz: Der Familienlastenausgleich wird sicher in dem in der ersten Hälfte des Jahres 1969 zu erstellenden Aktionsprogramms Aufnahme finden. Dorthin gehört er sicher. Ich beziehe, daß er im Grundsatzprogramm stehen muß.

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat der Landesvorsitzende.

Landesvorsitzender: Ich schlage vor, es bei der Formulierung der Kommission zu belassen; denn das Wort Familienlastenausgleich ein politisches Ziel, das ich bejahe - wird weitgehend im einschränkenden Sinn ~~de~~ als Kindergeld verstanden, und das allein ist nicht. Wir stehen vor der Aufgabe, bei der großen Steuerreform ein Verbundsystem zwischen Einkommensübertragung - das ist Kindergeld für diejenigen, bei denen eine steuerliche Entlastung nicht möglich ist - und Kinderfreibeträgen zu schaffen. Was man darüber hinaus tun kann - was ich sehr bejahe, was nach meiner Auffassung sogar Priorität hat vor einer Anhebung des Kindergeldes -, ist eine umfassende Ausbildungsförderung, und zwar damit jeder in unserem Land die Möglichkeit hat, ohne Rücksicht auf Herkunft und Vermögen seiner Eltern einen Beruf zu erlernen, in dem er seine Eigenschaften und Qualitäten voll entfalten kann. Darum ist ~~das~~ in der von der Kommission vorgeschlagenen Formulierung:

"Die CSU fördert eine Politik, die es den Familien ... ermöglicht, ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen ... ohne Benachteiligung gerecht zu werden."

gewählte umfassende Begriffs, ~~da~~ keine Einzellösung hervorhebt, wie sie mit dem Begriff "Familienlastenausgleich", ~~ich~~ sage sogar, falscherweise, immer wieder verbunden wird, die bessere Lösung.

Vorsitzender Hanauer: Der Vorsitzende der Grundsatzprogrammkommission und der Herr Landesvorsitzende sind nicht für die Annahme der Antragstellung des Herrn Rieger. Ich gebe es nochmals bekannt. Es soll in Ziff. 13 der zweite Satz heißen:

"Die CSU will es durch einen spürbaren Lastenausgleich den Familien - auch den unvollständigen Familien - ermöglichen, ihrer Verantwortung ... gerecht zu werden."

Wer für die Annahme dieses Abänderungsantrags ist, den bitte ich, ein Handzeichen. - Danke. Das ist die Minderheit. Wer ist dagegen? - Das ist die Überwältigende Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist Punkt 13 erledigt.

Ich rufe auf Ziffer 14, die von der Jugend handelt. Ich habe eine Wortmeldung von Siegfried Haas aus Erlangen-Stadt.

Siegfried Haas: Aus meiner Arbeit im Kreisverband Erlangen-Stadt weiß ich, daß ein Grundsatzprogramm hauptsächlich von jungen Leuten, nämlich den Abiturienten, geholt wird, die irgendwelche Aufsätze darüber schreiben müssen und es deshalb besonders gründlich lesen. Ich möchte daher die Delegierten dringend bitten, im Abschnitt 14 erster Satz folgenden Zusatz anzubringen:

"Die CSU tritt dafür ein, die Jugend früher und stärker mit Rechten und Pflichten an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen."

Das ist das erste.

Zum zweiten möchte ich bitten, den dritten Satz:

"Die Interessen der jungen Generation sollen nicht immer mit den Interessen der Erwachsenenwelt zusammen." zu streichen. Dieser Satz versteht sich von selbst. Er wird von keinem jungen Menschen angezweifelt. Er hat nach meiner Meinung in einem Grundsatzprogramm nichts zu tun.

Vorsitzender Hanauer: Ich darf das Wort dem Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission, Herrn Wachter, geben.

Wachter: Meine Damen und Herren! Ich vermag nicht einzusehen, was die Hinzunahme von Rechten und Pflichten für eine stärkere Aussagekraft hat, umsomehr, als es nicht ganz leicht vorstellbar ist, wie sich die CSU dafür einsetzen kann, daß auch die Pflichten entsprechend wahrgenommen werden.

Was den zweiten Antrag betrifft, den Satz:

"Die Interessen der jungen Generation fallen nicht immer mit den Interessen der Erwachsenenwelt zusammen."

zu streichen, so haben Sie sicher recht, wenn Sie sagen, die jungen Leute wissen das. Verzeihen Sie, daß ich für die Kommission die Feststellung treffen möchte, daß es noch nicht alle Eltern dieses Landes wissen und sich das zur Auffassung gemacht haben. Deshalb wäre es nicht verfehlt, diesen Satz stehen zu lassen. Er wird eine ganz spezifische Wirkung haben.

Vorsitzender Hanauer: Ich darf dann den Herrn fragen, ob sich seine Wortmeldung auf den Antrag Haas bezieht oder auf eine eigene Antragstellung abzielt.

(Zuruf: Eine eigene Antragstellung!)

- Dann lasse ich vorher über den Antrag Haas abstimmen, und zwar in zwei getrennten Abstimmungen.

Zunächst sollen in Ziffer 14 Satz 1 vor dem Wort "Gestaltung" die Worte "mit Rechten und Pflichten" eingefügt werden. Wer für diese Einfügung ist, den bitte ich um ein Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Wer stimmt dagegen? - Letzteres ist die Mehrheit. Das Präsidium ist sich in allen Teilen darüber einig. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf den zweiten Antrag zur Abstimmung stellen, den Satz, der ^{vom} ~~den~~ Interessengegensatz zwischen Jung und Alt ~~berück-~~ ^{berück-} ~~sichtigt~~ ^{sichtigt} will, ersatzlos zu streichen. Wer für die Streichung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Wer ist für die

Beibehaltung und damit die Ablehnung des Abänderungsantrags? - Das erste war die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? - Einige wenige Stimmen. Damit ist der Satz 3 mit Mehrheit gestrichen.

Ich habe eine weitere Wortmeldung von Herrn, Wasserburg.

., Wasserburg: Ich beantrage, daß der erste Satz des Punktes 14 abgeändert wird, und zwar schlage ich folgende Formulierung vor:

"Die CSU tritt dafür ein, die Jugend früher an der aktiven Politik und an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen."

Ich möchte die Begründung kurz fassen: Es steht zur Debatte, das wahlfähige Alter auf das 18. Lebensjahr herabzusetzen. Es steht zur Debatte, die Jugend noch mehr in die Parteien hineinzuführen. Diese beiden Dinge - um es nur bei den beiden zu belassen - werden nicht genug damit angesprochen, daß man die Jugend stärker an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen will. Ich möchte deshalb das Wort "aktive Politik" mit hineingenommen haben.

Vorsitzender Hanauer: Wenn ich Sie recht verstanden habe, dann wollen Sie die Jugend früher und stärker an der aktiven Politik und an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen.

Herr Roser hat das Wort.

Roser: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben uns bei der Formulierung des ersten Entwurfs und der verschiedenen Entwürfe zum Grundsatzprogramm von dem Gedanken leiten lassen, wirklich nur Grundsätze zu formulieren und jeweils übergreifende Begriffe zu verwenden. Ich meine, es ist ein Bestandteil der Gestaltung der Gesellschaft, wenn man auch in der aktiven Politik im Rahmen der Möglichkeiten, die einem gegeben sind, mitwirkt. Ich glaube, wir können aus diesem Grunde auf diese Anregung verzichten. Ich würde sehr dafür plädieren, bei der Entscheidung die übergreifenden Begriffe zu wählen.

Vorsitzender Hanauer: Danke schön. Wir haben keine Wortmeldung mehr.

Ich darf nur bemerken, ich habe eine unrichtige Wiedergabe gemacht. Das kommt davon her, daß Sie sich nicht der Mühe unterziehen und Ihre Formulierung zu Papier bringen.

(Ausruf: Ich wollte auf das Wort "stärker" verzichten!)

Wer ist für die Annahme des Änderungsantrags? - Wer ist für die Ablehnung? - Das ist die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? - Einige wenige Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Damit ist Ziffer 14, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, erledigt.

Ich rufe auf Ziffer 15. Keine Wortmeldung.

Ziffer 16, keine Wortmeldung.

Ziffer 17.

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Freihalter, Augsburg.

Freihalter, Augsburg: Daß dieser Personenkreis auf die Förderung angewiesen ist, dürfte ohne jeden Zweifel sein. Aus der Praxis heraus müßte man, glaube ich, etwas mehr tun. Der Hinweis allein genügt nicht.

Ich schlage deshalb die Formulierung vor:

"Körperlich und geistig Behinderte haben die besondere Hilfe und Förderung der Gesellschaft zu erfahren."

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Hanauer: Sie haben also Ihren mir schriftlich vorliegenden Antrag noch um das Wort "besondere" erweitert:

"... habe die besondere Hilfe und Förderung ..."

In Ihrem schriftlichen Antrag ist das Wort "besondere" nicht darin. Herr Aufhauser!

Aufhauser: Ich bitte, Ziffer 17 Absatz 3 wie folgt zu ergänzen:

"Kriegs- und Wehrdienststopfer sowie körperlich und geistig Behinderte ..."

Ich bin der Meinung, daß auch die Kriegs- und Wehrdienststopfer ein Bestandteil der Gesellschaft unseres Staates sind, die der besonderen Förderung und Fürsorge von Staat und Gesellschaft bedürfen und auf sie angewiesen sind.

Vorsitzender Hanauer: Ohne mich jeweils in die Debatte einzuschalten: Ich hätte furchtbare Bedenken, die geistig Behinderten mit den Kriegs- und Wehrdienststopfern in einer Zeile zu nennen.

Wortmeldungen dazu habe ich nicht. Dann darf ich letzteren Antrag zur Abstimmung stellen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Einige wenige, ungefähr 10 Stimmen. Wer ist für die Ablehnung? - Das ist die überwiegende Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? - 2 Stimmenthaltungen.

Dann komme ich zum Antrag Otto Freihalter, der den Absatz 2 von Ziffer 17 wie folgt fassen will:

"Die körperlich und geistig Behinderten haben die besondere Hilfe der Gesellschaft zu erfahren."

statt "...sind aufangewiesen". Darf ich diesen Abänderungsantrag zu Abs. 3 der Ziffer 17 zur Abstimmung stellen! Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Einige wenige. Stimmenthaltungen? - 3 Stimmenthaltungen. Damit ist die Formulierung angenommen:

"Körperlich und geistig Behinderte haben die besondere Hilfe der Gesellschaft zu erfahren."

Damit ist auch dieser Abschnitt abgeschlossen. Weitere Wortmeldungen dazu habe ich nicht.

Wir kommen zum Abschnitt

Bildung, Wissenschaft, Forschung

Präambel: Keine Wortmeldung.

Ziffer 1: Das Wort hat Herr Staatssekretär Lauerbach.

Staatssekretär Lauerbach: Es steht außer Zweifel, daß dieser umfassende Komplex Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht bis in alle Einzelheiten in wenigen Ziffern dargelegt werden kann. Ich meine aber, wenn wir von der Bildung, der Ausbildung, der Wissenschaft und Forschung reden, sollten wir wenigstens noch eine Bemerkung einfügen, die die Leibeserziehung betrifft. Wir haben zwar auf der Seite vorher in Ziffer 17 den Satz:

"Dazu gehört auch die Förderung des Sports von Jugend an."

Das bezieht sich aber auf die Gesunderhaltung im weitesten Sinne des Wortes. Ich darf die hohe Versammlung bitten, in Ziffer 1 nach dem zweiten Satz ".... die Grundlage unserer Entwicklung.", damit der Bildungs- und Erziehungsauftrag auf diesem Sektor noch einmal deutlich zum Ausdruck kommt, den Satz einzufügen:

"Die Leibeserziehung ist in ihrer Bedeutung unverrückbar.",

wonach es wie bisher weitergehen soll:

"Bildung und Ausbildung dürfen jedoch nicht allein ..."

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat Herr Wachter.

Wachter: Meine Damen und Herren, Ich darf Sie auf Punkt 17 auf Seite 8 hinweisen. Da heißt es:

"Die Anforderungen der Zukunft können nur bewältigt werden, wenn Staat und Gesellschaft ihre Aufgabe für die Gesundheit jedes einzelnen erkennen und erfüllen. Dazu gehört auch die Förderung des Sports von Jugend an.

Damit ist Ihrem Anliegen sicher Rechnung getragen.

Vorsitzender Hanauer: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Lauerbach: Ich wollte bloß zu Überlegen geben, daß es hier um einen weiteren Erziehungsauftrag geht, der in das Kapitel Bildung hineingehört. Gerade auf Grund der immer größer werdenden Bedeutung des Bereiches Sport und Leibeserziehung

sollte man hier einen Satz hineinnehmen, der auf den erzieherischen Auftrag hinweist, nicht allein auf die Förderung, die in Ziffer 17 des vorausgehenden Absatzes erwähnt ist, abgestellt ist. Ich möchte doch noch einmal bitten, aus den Gründen, die uns allen bekannt sind, die Leibeserziehung noch einmal besonders herauszuheben und den Satz einzufügen:

Die Leibeserziehung ist in ihrer Bedeutung unverrückbar."

Vorsitzender Hanauer: Herr Staatssekretär, ich darf annehmen, daß diese Formulierung als Satz 3 von Ziffer 1 hinter dem Wort "Entwicklung" einzufügen ist. Wer für die Annahme dieser Einschaltung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Darf ich das Präsidium bitten, sich der Abstimmung mit aller Aufmerksamkeit zu widmen. - Wer ist dagegen? - Das erste war die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? - Einige Stimmenthaltungen. Der Antrag ist mit ausreichender Mehrheit angenommen. Es wird also ein dritter Satz in der beantragten Formulierung eingefügt.

Ich rufe auf Ziffer 2. Keine Wortmeldung.

Ziffer 3. Keine Wortmeldung.

Ziffer 4. Keine Wortmeldung.

Ziffer 5. Keine Wortmeldung.

Ziffer 6. Keine Wortmeldung.

Ziffer 7. Keine Wortmeldung.

Damit ist der Abschnitt Bildung, Wissenschaft, Forschung abgeschlossen.

Ich rufe auf den nächsten und damit letzten Abschnitt:

Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Zur Überschrift Herr Dr. Walter Zimmermann, Augsburg!

Dr. Walter Zimmermann, Augsburg: Ich bin der Meinung, daß diese Überschrift uneben und holperig klingt und stelle den Antrag, sie durch folgende Fassung zu ersetzen:

"Soziale Verpflichtung, Wirtschaft und Finanzen"

Begründung: Diese Überschrift würde den Inhalt des Abschnitts besser zum Ausdruck bringen und vor allem die sozialen Anliegen der CSU besser in Erscheinung treten lassen.

Vorsitzender Hanauer: Danke schön. Wird dazu das Wort gewünscht? - Frau Dr. Weichner bitte!

Frau Dr. Weichner: Ich darf darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, die zum Thema soziale Ordnung gehören, schon im Kapitel "Gesellschaft und Staat" abgehandelt werden. Denken wir an den Schutz der Familie, die Jugend, die Sorge für das Alter. Das sind alles Dinge, die auch zu diesem Begriff gehören. Deshalb bin ich der Meinung, wir würden die Zusammenhänge zerreißen, wenn wir "soziale Verpflichtung" schreiben würden.

Vorsitzender Hanauer: Herr Staatsminister Dr. Pirkl!

Staatsminister Dr. Pirkl: Nach meinem Dafürhalten ist dieses Programm ein sozial verpflichtendes Programm. Die entsprechenden Punkte werden in den Abschnitten "Gesellschaft und Staat" und "Bildung, Wissenschaft, Forschung" in einer ganzen Reihe von Einzelformulierungen auch in concreto genannt. Daher bin ich der Meinung, daß wir nicht die soziale Verpflichtung für einen Abschnitt in Anspruch nehmen können. Hier geht es nicht um die soziale Verpflichtung, sondern die Sozialverpflichtetheit der Wirtschaft und Arbeit als etwas Spezifisches.

Vorsitzender Hanauer: Dazu noch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich über den Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abstimmen lassen. Der Antrag geht dahin, die Überschrift "Arbeit, Wirtschaft und Finanzen" umzuändern in "Soziale Verpflichtung, Wirtschaft und Finanzen". Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Einige wenige. Wer ist dagegen? - Die überwältigende Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? - Ich sehe 1 Stimmenthaltung. Danke schön. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen.

Wir kommen zur Präambel. Das Wort hat Herr Neuhauser, Kempten-Stadt.

Neuhauser, Kempten-Stadt: Ich bitte, folgenden Satz einzufügen:

"Ohne eine starke und gesunde Wirtschaft sind soziale Leistungen nicht möglich."

Denn wir haben in Punkt 1 auf Anregung des Herrn Arbeitsministers eingefügt:

"Das Recht auf angemessene und ein würdiges Leben sichernde Arbeit wird von der CSU als soziales Grundrecht anerkannt, ..."

Hier versprechen wir etwas, was wir nur bei einer gesunden und starken Wirtschaft halten können.

Vorsitzender Hansauer: Danke schön. Dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine Wortmeldung.

Dann darf ich den Antrag zur Abstimmung stellen. Es wird beantragt, die bisherige Fassung der Präambel zu belassen, aber einen weiteren Satz anzufügen, der da lautet:

"Ohne eine starke und gesunde Wirtschaft sind soziale Leistungen nicht möglich."

Wer für die Annahme dieses Ergänzungsantrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Wer stimmt dagegen? - Das erste war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Einige wenige Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag mit ausreichender Mehrheit angenommen. Der Satz wird angefügt.

Ich rufe auf Ziffer 1, die gestern neu eingefügt wurde.

Ziffer 2. Keine Wortmeldung.

Ziffer 3.

Herr Lachenmeyer, Nördlingen-Stadt!

Lachenmeyer, Nördlingen-Stadt: Ich beantrage, in Abs. 2 der Ziffer 3 das Wort "Mitbestimmung" zu streichen und die Formulierung aus dem Entwurf 2 zu übernehmen. Ich bin grundsätzlich nicht gegen eine sinnvolle Art der Mitbestimmung. Aber ich glaube, wir sollten das Wort "Mitbestimmung", das draußen weitgehend mit den Vorstellungen des DGB identifiziert wird, hier nicht aufnehmen, solange wir in der CSU selber keine konkreten Vorstellungen dazu haben.

Die Formulierung, die im Programmentwurf 2 enthalten war, läßt uns das hier nach allen Seiten offen. Wir sollten nicht etwas machen, was die CDU in Berlin Gott sei Dank vermieden hat, nämlich viele Leute gerade angesichts der Art, wie der DGB die Mitbestimmung formuliert und wünscht, vor den Kopf zu stoßen. Wir werden, wenn wir das Wort "Mitbestimmung" hineinbringen, eine Reihe von Leuten vor den Kopf stoßen, ohne zunächst die Arbeitnehmerschaft zu befriedigen, weil wir zunächst keine richtungweisende Aussage dazu machen.

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat der Herr Arbeitsminister a. D. Schütz.

Staatsminister a. D. Schütz: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Im Arbeitskreis hat gestern der Entwurf Nummer 2 vorgelegen. Die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft hat eine Formulierung vorgeschlagen, in der sie das Wort "Mitbestimmung" wenigstens in geeigneter Form in den Absatz 3 des Kapitels "Arbeit, Wirtschaft und Finanzen" aufgenommen wissen wollte. Darüber hat sich eine rege Aussprache entwickelt. Es wurde dann die Formulierung, wie sie Ihnen im Entwurf Nr. 3 vorliegt, aufgenommen. Hier wird wieder die Streichung verlangt mit der Begründung, daß die Aufnahme auf Mißverständnisse stoßen könnte. Niemand bestreitet, daß dieses Wort umstritten ist. Das schaffen Sie aber auch nicht dadurch aus der Welt, daß Sie das Wort nicht aufnehmen. Die Diskussion um dieses Wort steht in der Öffentlichkeit. Wir haben die Meinung, daß die Formulierung, wie wir sie hier mit respektabler Mehrheit gefunden haben, keine der möglichen Entwicklungen verbaut. Deshalb sollten wir nicht mit einem Schweigen, einem Ignorieren dokumentieren, daß die CSU einer Auseinandersetzung um den Begriff und um die möglichen Vorstellungen ausweicht.

Meine Damen und Herren, ich will es vorläufig dabei bewenden lassen. Ich bitte sehr herzlich darum, dem Formulierungsvorschlag, wie er im Entwurf Nr. 3 vor Ihnen liegt, zuzustimmen.
(Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Herr Minister Strauß!

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man könnte aus gutem Grunde der Meinung sein, daß der Begriff "Mitbestimmung", der an sich eine weite Deutung zuläßt, durch die Diskussion der letzten Jahre und besonders Monate bereits in einem prägnanten einseitigen Sinn abgestempelt ist und deshalb nicht in den Entwurf hätte aufgenommen werden sollen. Aber ich muß gleich dazu sagen, daß die gezielte Herausnahme dieses Wortes "Mitbestimmung" die Gefahr heraufbeschwört, daß wir mißverstanden werden. (Beifall) Aus dem Grunde bitte ich, es bei dem Text der Kommission zu belassen, denn der Begriff "Mitbestimmung" ist etwas definiert als Mitverantwortung und Mitgestaltung.

Ich habe mich aber deshalb zum Worte gemeldet, damit mein Ja zu dieser Formulierung nicht verstanden werden kann als eine Zustimmung zur Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts im Montanbereich auf andere Wirtschaftszweige. (Beifall) Dieses Ja kann ich nicht aussprechen, und zwar hat diese meine Position, Kollege Schütz - und wir haben uns darüber schon mehrfach unterhalten -, mit Begriffen wie sozial oder weniger sozial oder unsozial überhaupt nichts zu tun. Wenn ich diesen Vorbehalt ausspreche, dann nicht zuletzt deshalb, weil ich mich damit auch von den Vorstellungen der Sozialausschüsse der CDU mit 40 % Eigentümer, 40 % Arbeitnehmer und 20 % öffentliche Hand öffentlich erkennbar absetze. Das ginge uns gerade noch ab, daß Oberstadtdirektoren und Ministerialräte dann in Aufsichtsräten für die unternehmerische Entscheidung oder Mehrheitsbildung ausschlaggebend sind. (Beifall) Wir sind - und darüber möchte ich keinen Zweifel lassen - eine soziale Partei und für uns gibt es nicht einen klassenkämpferischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf der anderen Seite; denn die zweckmäßigste Verwendung des Kapitals ergibt den höchsten Lebensstandard für die Aktiven und die größte Sozialkraft in der Leistungsfähigkeit des Staates für die Nichtaktiven. Darüber gibt es auch keinen Zweifel. (Beifall) Wie gut bei uns die Dinge geregelt sind - was nicht heißt, daß eine Weitergestaltung damit etwa nicht notwendig oder nicht fällig wäre -, hat sich an einem Beispiel des Jahres 1968 gezeigt, auf das ich heute nachmittag in meiner Rede eingehen werde, das nämlich bei uns die unverantwortlichen Kräfte der linksextremen Richtung in dieser Minirevolution und in den Putschversuchen dieses Jahres beim deutschen Arbeiter keine Solidarisierung erreichten. (Beifall)

Ich muß sagen, wenn er auf diese Brüder hereingefallen wäre, dann hätte er notorische Faulenzer unterstützt, was sie ja meistens sind (Beifall), und dann hätte der deutsche Arbeiter gegen sich selbst und seine soziale Sicherheit gestreikt.

Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit nur abschließend auch zu sagen: Wie schwer eine Nation Unruhen und Erschütterungen im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge des eigenen Landes bezahlen muß, das sehen wir an den erst im letzten Viertel dieses Jahres zutage getretenen Folgen der Mai- und Juni-Unruhen in Frankreich. Wir wollen den sozialen Frieden, wir wollen eine ausgewogene Situation, aber wir wollen im Interesse der Millionen Arbeitnehmer in unserem Land, die die absolute Mehrheit der Bevölkerung darstellen, einen produktiven Einsatz unseres Kapitals auf dem Weg des Fortschritts in die Zukunft. Und darum Diskussion ja, aber die Tore offen halten für eine produktive Lösung und nicht für klassenkämpferische Gedanken. (Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Bevor ich zu diesem Punkt nach der Fülle der vorliegenden Meldungen weiter das Wort erteile, eine Frage an Sie, Herr Ott: Es liegt mir ein Zettel zu Punkt 2 vor. Soll das zur Mitbestimmung sein? - Ich werde Sie nachher aufrufen.

Nächste Wortmeldung Herr Neuhauser, Kempten-Stadt.

Neuhauser, Kempten-Stadt: Auf Grund der Ausführungen des Herrn Landesvorsitzenden schlage ich vor, den fraglichen Satz wie folgt zu fassen:

"Die CSU fördert eine Mitbestimmung, die verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung der Arbeitnehmer in den Bereichen und Fragen des betrieblichen Lebens ..."

Ich glaube, damit würden wir dem Gedanken des Landesvorsitzenden Rechnung tragen; denn wir haben noch keine eigene klare Formulierung. Wenn wir sagen "Mitbestimmung", würden wir sagen, wir steigen ein in die Vorschläge der Gewerkschaft oder der SPD.

Vorsitzender Hanauer: Wir haben jetzt einen Antrag auf Streichung und einen Antrag auf Umformulierung:

"Die CSU fördert eine Mitbestimmung, die verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung ..."

aber jetzt kommt das Verbum, das nicht da ist. Ich bitte, sich das ergänzend einfallen zu lassen.

Nächste Wortmeldung Imhof!

Imhof: Ich darf bitten, die Formulierung unverändert anzunehmen. Was zur sachlichen Begründung zu sagen war, hat der Herr Landesvorsitzende in vorzüglicher Weise bereits gesagt. Ich darf Sie bitten, nichts zu ändern.

Vorsitzender Hanauer: Prinz Konstantin!

Prinz Konstantin: Das Thema Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen wird uns auf lange Zeit mehr und mehr beschäftigen. Diese Forderung auf Mitbestimmung ist grundsätzlich gerechtfertigt und gehört in einem Grundsatzprogramm angesprochen. Die Definition des Begriffs ist wandelbar und muß den sich verändernden Umständen angepaßt werden, und diese Definitionen gehören in Aktionsprogramme! Ich glaube daher, den Text, den ich für wohl ausgewogen halte, zu belassen wie er steht.

Vorsitzender Hanauer: Nächste Wortmeldung Herr Diemer aus Dillingen.

Diemer: Das Wort "Mitbestimmung" wirkt schockierend auf weite Teile unseres Volkes, insbesondere des gewerblichen Mittelstandes; denn das Problem der Mitbestimmung ist, wie Sie mir doch zugeben werden, noch nicht genug erörtert worden. Insbesondere wirkt es schockierend, wenn Sie erfahren und hören, daß der DGB selbst seine Leute mit in die Betriebe hineinschicken will und so an der Mitbestimmung teilnehmen wird. Ich bitte Sie dringend, das Wort "Mitbestimmung" zu streichen, und zwar in der Form, daß es heißt:

"Die CSU fördert verantwortliche Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Bereichen und Fragen des betrieblichen Lebens ..."

Ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß bei Einführung der Mitbestimmung logischer- und gerechterweise die Mitbestimmung später

auf die Mittel- und Kleinbetriebe ausgedehnt werden muß und daß damit der Mittelstand schwersten Zeiten entgegengehen wird.

Vorsitzender Hanauer: Nächster Dr. Ulrich, Haßfurt!

Dr. Ulrich: Ich bin der Auffassung, daß wir auf das Wort "Mitbestimmung" nicht verzichten dürfen, daß aber die Gefahr besteht, daß wir, wenn wir es so übernehmen, mit den Gewerkschaften verwechselt werden, die die Überbetriebliche Mitbestimmung wollen, und die Überbetriebliche Mitbestimmung wird zumindest hier vom Überwiegenden Teil abgelehnt. Ich bin deshalb der Auffassung, daß wir die Formulierung folgendermaßen ergänzen sollten:

"Die CSU fördert die betriebliche Mitbestimmung ..."

Damit wäre die Ablehnung der Überbetrieblichen Mitbestimmung ausdrucksmäßig verankert.

Vorsitzender Hanauer: Ich darf feststellen, daß Herr Lachenmeyer seinen Antrag auf Strichung des Wortes "Mitbestimmung" zurückgezogen hat und sich nunmehr dem Antrag Neuhauser angeschlossen hat. Herr Neuhauser hat sich zum Wort gemeldet, um die Formulierung loszubringen.

Lachenmeyer: Die Formulierung soll lauten:

"Die CSU fördert eine Mitbestimmung, die verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung der Arbeitnehmer in den Bereichen und Fragen des betrieblichen Lebens ermöglicht."

Zu den Ausführungen des Landesvorsitzenden möchte ich sagen, wir haben in Kempten eine Mitbestimmungsdiskussion gehabt. Wir haben eingeladen Herrn Dr. Franz, den Sozialexperten der CSU, ein sehr guter Mann mit sehr guten Vorstellungen. Aber wir sind ganz und Gloria untergegangen, weil Gewerkschaftler dringesessen sind, die klare Vorstellungen darüber haben, was sie wollen. Und wir und Dr. Franz konnten nur sagen, wie wir die Mitbestimmung nicht wollen. Das war unser Untergang. Wir waren erschüttert, wie schlecht unsere Position gewesen ist. Deshalb bin ich der Meinung, wir

können uns nicht erlauben, die Mitbestimmung zu fordern, wenn wir selbst keine klare Formulierung haben.

Vorsitzender Hanauer: Herr Staatsminister Dr. Pirkel!

Staatsminister Dr. Pirkel: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir sollten aus einem Wort keinen Fetisch machen. Man sollte ein Wort nicht so einengen, wie es an sich auch vom Gesetzgeber im Laufe der letzten Jahre nie eingeengt wurde. Wir haben drei Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland, in denen Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in einer ganzen Reihe von Bereichen geregelt ist. Das, glaube ich, müssen wir einmal sagen. Wenn wir vom Begriff "Mitbestimmung" ausgehen, darf dieser Begriff nicht zu einem Fetisch gemacht werden, der nur etwa im Sinne einer ganz bestimmten Richtung und Meinung von Mitbestimmung verstanden werden kann. Das war das erste, was ich sagen wollte.

Ein Zweites wollte ich sagen. Daß der Gedanke der Mitbestimmung als Mitwirkung und Mitgestaltung genau so zum christlich-sozialen Gedankengut gehört, sollten wir uns auch einmal vor Augen halten. (Beifall) Für die Mitbestimmung als Mitgestaltung und Mitverantwortung sind Christlich-Soziale seit je eingetreten, und deshalb, so meinen wir, sollten wir uns auch heute als Christlich-Soziale zu diesem Wort "Mitbestimmung" bekennen, allerdings in dem Sinne, wie wir Mitbestimmung als Mitverantwortung und Mitgestaltung verstehen. Dann kann es hier keinerlei Schwierigkeiten geben.

Ein Drittes möchte ich in diesem Zusammenhang sagen. Meine lieben Freunde, sehen Sie sich einmal diesen Satz genau an! Er umschreibt sehr deutlich, was diese Mitbestimmung beinhalten soll, von der hier eine Aussage gemacht ist: einmal verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung der Arbeitnehmer, und dann - das ist das ganz Wesentliche, was hier ausgesagt ist - in den Bereichen und Fragen des betrieblichen Lebens, die gemeinsames Handeln und gemeinsame Verantwortung zulassen. Das ist doch sehr wesentlich. Und hier, glaube ich, könnte die CSU insgesamt zu einer solchen Formulierung stehen, daß wir für Mitbestimmung als Mitgestaltung und Mitverantwortung dort sind, wo es die betrieblichen Möglichkeiten und Erfordernisse der Wirtschaft zulassen, mit der klaren Umschreibung dessen, was wir unter Mitbestimmung verstehen und wollen, nämlich

soweit sie einer Verbesserung der persönlichen Stellung des Menschen im Wirtschaftsvollzug dient. Nicht nur wir, sondern viele, viele Kreise der Wirtschaft, ja, ich möchte sagen, die allermeisten bekennen sich Gott sei Dank zum Gedanken, daß der Mensch im Mittelpunkt wirtschaftlichen Lebens und Gestaltens steht. Genau das ist gemeint, wenn hier das Wort "Mitbestimmung" in dieser Art und Weise verwendet wird.

So sollten wir uns zuvor verständigt haben, um den Fetischcharakter dieses Wortes von uns zu nehmen. Dann, glaube ich, sind wir fähig zu einer guten Diskussion allüberall in unserem Land mit den Kräften, ^{die} daran am wirtschaftlichen Frieden und am sozialen Frieden und an einer gut geleiteten, aber auch sozial ausgeglichenen Wirtschaft interessiert sind. Das ist, meine ich, etwas ganz Positives, was Christlich-Soziale in ihrem Bereich, in ihrem Programm anzubieten haben. Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, diese Formulierung, die wir aufgenommen haben - die, wie Franz Josef Strauß/gestern in einer Pressekonferenz gebracht hat -, als Bestandteil dieses unseres Parteiprogramms zur offenen Diskussion auch dieser Frage im vollen Inhalt zu übernehmen.

Vorsitzender Hanauer: Herr Abgeordneter Staudacher, Bürgermeister von Tegernsee!

Staudacher, MdL: Wir haben sehr deutlich gehört, daß das Wort "Mitbestimmung" einer genauen Interpretation bedarf. Nun wird es nicht möglich sein, das Wort "Mitbestimmung", das bei uns im Programm verankert wird, jedem zu interpretieren; denn das Wort "Mitbestimmung" ist ^{ein} vom Deutschen Gewerkschafts-Bund geprägter Begriff, und nur als solcher Begriff wird er draußen verstanden. Ich beantrage deshalb, das Wort "Mitbestimmung" zu streichen und den betreffenden Satz im Übrigen in der vorgesehenen Formulierung anzunehmen; denn die verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung der Arbeitnehmer ist etwas, was wir keineswegs bestreiten. Nur der Begriff "Mitbestimmung" muß, so meine ich, herauskommen.

Vorsitzender Hanauer: Damit ist die Rednerliste zu diesem Punkt erledigt. Der ursprünglich gestellte, dann wieder zurückgezogene Antrag Lachenmeyer, der sich dem Antragsteller Neuaufhauser angeschlossen hat, hat jetzt aus dem Munde des Bürgermeisters und Abgeordneten Staudacher fröhliche Urstände erlebt. Es ist also beantragt, das Wort "Mitbestimmung" zu streichen. Ich muß über diesen

zunächst weitergehenden Antrag abstimmen lassen. Darüber besteht Klarheit.

Wer für die Streichung der Worte "Mitbestimmung als" ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Letzteres ist einseitig die Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen.

Selbstverständlich muß ich noch über den Abänderungsantrag Neuaufhäuser, den auch Lachenmeyer übernommen hat, abstimmen lassen, der die Formulierung des 3. Entwurfs: "Die CSU fördert die Mitbestimmung ..." in folgender Form ändert - nur, glaube ich, müßte sie dann noch einige andere Korrekturen bringen -:

"Die CSU fördert eine Mitbestimmung, die verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung der Arbeitnehmer in den Bereichen und Fragen der betrieblichen Mitbestimmung des betrieblichen Lebens ermöglicht, aber dann auch gemeinsames Handeln zuläßt und einer Verbesserung dient."

Es muß dann die Einzelüberlegung kommen. Das ist eine grammatikalische Folge.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Annahme dieses Abänderungsantrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Letzteres ist die Mehrheit. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich sehe 3 Stimmenthaltungen. Mit Mehrheit ist die Änderung abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang entgegen der bisherigen Gepflogenheit, um ganz klare Ergebnisse zu erzielen, nun über die im Entwurf 3 vorgeschlagene Fassung der Ziffer 3 abstimmen lassen. Wer für die unveränderte Annahme der Ziffer 3 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist gegen die Annahme der Ziffer 3? - Ersteres war die Mehrheit. Die Minderheit ist für die Ablehnung. Wer enthält sich der Stimme? - Einige wenige Enthaltungen.

Damit ist Absatz 3 abgeschlossen.

Wir kommen zurück zu Punkt 2. Herr Ott!

Ott: Der letzte Satz lautet:

"Unternehmerische Entscheidungen dürfen nicht sachfremden Gesichtspunkten unterworfen werden."

Ich frage die Satzungskommission, was damit gemeint sein soll; denn ich selber glaube feststellen zu können, daß sachfremde Gesichtspunkte bei unternehmerischen Entscheidungen gleich zur Pleite führen und ein vernünftiger Unternehmer nicht nach solchen Gesichtspunkten handelt.

Vorsitzender Hanauer: Der Befragte ist die Kommission. Es antwortet Herr Abgeordneter Wacher.

Wacher: Herr Ott, ich glaube, die Frage ist sehr eindeutig und kurz zu beantworten. Wir wollen nicht, daß die Entscheidungen der Unternehmer von sachfremden Gesichtspunkten beeinflußt werden. Aber es gibt weite Kreise, die das wollen. Man denke an die paritätischen Mitbestimmungsforderungen. Dem könnten wir klar entgegenreten. Nur sie können hier verstanden werden.

Vorsitzender Hanauer: Ist die Frage beantwortet?

Ott: Sie ist nicht ganz beantwortet, weil die Antwort nicht befriedigt; denn da handelt es sich nicht um unternehmerische Entscheidungen, sondern um Mitbestimmungsentscheidungen. Der Aufsichtsrat ist nicht unbedingt ein Entscheidungsgremium, er ist unter Umständen ein Verwaltungsorgan. Ich würde vorschlagen, den Satz zu streichen.

Vorsitzender Hanauer: Gut, es wird beantragt, in der Ziffer 2, die ich zu diesem Zweck noch einmal aufrufe, den letzten Satz zu streichen:

"Unternehmerische Entscheidungen dürfen nicht sachfremden Gesichtspunkten unterworfen werden."

Dazu hat aus der Satzungskommission das Wort Frau Dr. Weichner.

Frau Dr. Weichner: Ich kann nicht verstehen, daß dieser Antrag von Herrn Ott kommt; denn ich glaube, es wäre allgemein begrüßenswert, daß unternehmerische Entscheidungen nicht sach-

fremden, d. h. von außen kommenden Gesichtspunkten unterworfen werden. Es heißt nicht, solche Entscheidungen dürfen nicht getroffen werden. Das wäre das, was der Unternehmer tut. Wenn es heißt "... dürfen nicht ... unterworfen", soll das ein Schutz sein gegen die Einflußnahme von Gruppen, die den Unternehmer in seinen Sachgebieten beeinträchtigen könnten.

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat noch einmal Herr Ott.

Ott: Sie haben mich überzeugt. Diese Interpretation ist richtig. (Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Ich rufe auf die Ziffer 4. Hier habe ich Wortmeldungen. Zunächst Herr, Wasserburg.

....., Wasserburg: Es heißt in Absatz 4:

"Die CSU tritt für eine Einkommensverteilung ein, durch die arbeitenden Menschen am volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachs angemessen teilnehmen, ..."

Dieser Satz spricht gegen die dynamische Rente, die 1957 beschlossen wurde. Ich schlage vor, daß das Wort "arbeitende" gestrichen wird.

Staatsminister Dr. Pirkel: Wir haben über diese Frage gestern in der Antragskommission schon sehr ausführlich gesprochen. Ich meine, man muß das wohl als gültig feststellen, was gestern auch gesagt wurde: Bei der Verteilung des Vermögenszuwachses kann es sich immer nur um die aktiv in Arbeit stehenden handeln. Bei den Rentnern und anderen handelt es sich um die Verteilung des Zuwachses am Sozialprodukt; und für diesen Personenkreis stehen wir - das steht an anderer Stelle - immer in der gleichen Auffassung einer angemessenen Beteiligung an diesem, wie wir hoffen, immer wachsenden Sozialprodukt. Damit, glaube ich, müßte diese Frage erledigt sein.

Vorsitzender Hanauer: Ist mit dieser Erklärung der Streichungsantrag erledigt? (Zuruf: Ist erledigt!) - Ist erledigt. Dank. Herr Minister Dollinger zum gleichen Punkt!

Stellv. Landesvorsitzender Dr. Dollinger: Hier steht das Wort "Einkommensverteilung". Ich schlage vor, das durch das Wort "Einkommensentwicklung" zu ersetzen; denn "Verteilung" ist sehr begrenzt. Das Einkommen hängt nicht nur vom Betriebseinkommen ab, sondern auch von den Steuern und der sozialen Belastung. Deshalb ist das Wort "Einkommensentwicklung" umfassender als "Verteilung".

Vorsitzender Hanauer: Herr Dr. Dollinger hat gerade die Formulierung "Einkommensentwicklung" statt "Einkommensverteilung" vorgeschlagen.

Herr Minister Pirkel!

Staatsminister Dr. Pirkel: Ich glaube, wir sollten doch, lieber Kollege Dollinger, das Wort "Verteilung" darin lassen. Wir haben mit "Verteilung" gerade auch die von Ihnen sehr beispielhaft initiierten Maßnahmen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gemeint, die nicht eine automatische Entwicklung darstellt, sondern etwas, wo sich die öffentliche Hand tatsächlich um die Verteilung des Vermögenszuwachses bemüht, so daß der einzelne, wenn er eine Volksaktie oder sonst etwas erwirbt, durch die aktive Vermögensbeteiligungspolitik der Bundesregierung und der Bundespolitik überhaupt an den Vermögensbildungen teilnehmen kann. Das ist nicht nur eine Entwicklung, die automatisch kommt, sondern, wie Sie das beispielhaft gezeigt haben, Herr Bundesschatzminister, eine aktive Vermögenspolitik. Wir sollten daher das so stehen lassen wie es steht.

Vorsitzender Hanauer: Nächster Redner Herr Dr. Warnke!

Dr. Warnke, MdL: Ich würde bitten, daß nach den Worten "Miteigentum an Produktionsmitteln" zur Klarstellung eingefügt wird: "in den dafür geeigneten Bereichen". Ich habe in mittelständischen Kreisen wiederholt ein Mißverständnis dieser Formulierung "Miteigentum an den Produktionsmitteln" angetroffen, nämlich daß man darunter verstanden hat, es sollte möglichst jeder, auch kleine und mittlere mittelständische handwerkliche Betriebe, in Form des Miteigentums geführt werden. Das ist von uns nicht gedacht. Das ist auch nicht erwünscht. Man würde das Arbeitsplatzrisiko des Arbeitnehmers mit seinem Vermögensrisiko koppeln. Was wir in erster Linie meinen, ist Beteiligung am Intensivkapital in den dafür geeigneten Bereichen

der Anlagemöglichkeiten der Kapitalgesellschaften. Deshalb sollte man zur Vermeidung von Mißverständnissen die fünf Worte "in den dafür geeigneten Bereichen" nach dem Wort "Produktionsmitteln" einfügen.

Vorsitzender Hanauer: Herr Minister Dollinger noch einmal!

Stellv. Landesvorsitzender Dr. Dollinger: Ich danke für das Kompliment des Kollegen Pirkel. Aber ich möchte noch einmal sagen, daß mir der Begriff "Verteilung" zu eng ist. Wenn ich "Entwicklung" sage, erfasse ich damit eine Verteilung und die Möglichkeit der weiteren Entfaltung. Das Einkommen wird nicht nur von dem beeinflusst, was der Arbeitnehmer als solcher bekommt oder was der Unternehmer durch seinen Gewinn erhält. Es hängt entscheidend von dem ab, was der einzelne erwarten kann und wie die steuerliche Belastung ist. Deshalb hätte ich die umfassendere Fassung mit dem Wort "Entwicklung" vorgeschlagen.

Vorsitzender Hanauer: Danke schön! Der Antrag wurde noch einmal unterstrichen. Zum gleichen Absatz 4 Herr Dr. Walter, Fürstentfeldbruck!

Dr. Walter: Ich stelle den Antrag, die Worte "wie ^{Wohn} Miteigentum, Sparguthaben" zu streichen. Ich habe bereits gestern in der Programmkommission ausgeführt, daß es in diesem Satz um zwei Dinge geht, und zwar um die Vermögensbildung und um das individuelle Miteigentum an Produktionsmitteln. Die Einschränkung auf Wohneigentum und Sparguthaben ist geeignet, eine ganze Reihe von neuen Möglichkeiten der Vermögensbildung - ich erwähne nur Investmentsparen, Pfandbriefe und ^{ähnliches} - gewissermaßen zu discreditiieren. Gestern ist zwar ausgeführt worden, daß diese beiden Begriffe "Wohneigentum" und "Sparguthaben" als Erläuterung dienen sollen. Ich glaube aber, daß das besser im Aktionsprogramm ^{Wohn} ~~Wohn~~, während in den Grundsätzen der Ausdruck "Vermögensbildung" genügt. Ich stelle daher Antrag, die drei Worte zu streichen.

Vorsitzender Hanauer: Zu diesem Antrag von der Grundsatzprogrammkommission Frau Weichner!

Frau Dr. Weichner: Ich muß leider wiederholen, was ich gestern schon vor der Abstimmung gesagt habe. Selbstverständlich ist "Vermögensbildung" der sachgerechte Begriff, aber wir zielen mit unserem Fassus nicht allein auf die Entwicklung der Einkommen ab - dafür haben wir bestimmte sozialwirksame Gesetze -, sondern auch auf die Möglichkeit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, in der Hand des kleinen Mannes ab, und wir müssen mit einem Ausdruck kommen, den er auf sich bezieht. Wenn er hört "Vermögensbildung", meint er, das geht mit einer Million an, für mich ist nichts drin, wenn wir aber sagen "Wohneigentum" und "Sparguthaben" - das ist sicher unvollständig, aber man kann nicht alles aufzählen -, fühlt sich der angesprochen, der mit dem 312-Mark-Gesetz und sonstigen Maßnahmen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand angesprochen werden soll. Der fühlt sich mit "Vermögensbildung" nicht angesprochen.

Dr. Walter: Als Kompromiß ist gestern "wie z. B." eingefügt worden. Auf meinen Antrag hin ist überhaupt der Begriff "Vermögensbildung" hineingekommen. Dann haben Sie, Frau Weichner, wie auch jetzt nur gesagt "wie". Das ist wesentlich weniger; damit ist diese Reihe abgeschlossen. Ich bin von denen, die damit zu tun haben, seit Jahren darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir uns die Tür für alle Methoden der Vermögensbildung offenhalten sollten. Ich glaube, daß die Vermögensbildung einer der Grundsätze ist, die uns von anderen Parteien unterscheiden, und wir sollten diesen Punkt nicht so leicht nehmen.

Vorsitzender Hanauer:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle den Antrag Dr. Dollinger anstelle des Wortes "Einkommensverteilung" das Wort "Einkommensentwicklung" zu setzen zur Abstimmung. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Ich bitte um Wiederholung: Wer für die Änderung des Wortes "Verteilung" in "Entwicklung" ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt gegen diese Änderung? - Darf ich bitten, die Stimmen auszuzählen. Es ist hier nicht möglich, zu entscheiden. Ich bitte vor allem zu bedenken, daß teilweise ein toter Winkel ist, den wir nicht einsehen können. Ich möchte die Helfer und Helferinnen bitten, jetzt nicht zu promenieren, sondern auszuzählen. Darf ich zunächst einmal die rechte Seite bitten, das Handzeichen zu geben, wer für die Änderung ist. - Bitte durchzählen, wer für die Annahme des Änderungsantrags ist. Jetzt darf ich die linke Seite bitten, das Handzeichen zu geben, wer für die Annahme des Änderungsvorschlags ist. -

Jetzt darf ich in der gleichen Reihenfolge bitten, das Handzeichen zu geben, wer für die Ablehnung des Abänderungsantrags ist. Zunächst die rechte Seite Hand hoch! - Ich bitte die linke Seite um das Handzeichen, wer für die Ablehnung des Antrags ist. -

Der Antrag ist mit einer Mehrheit von 11 Stimmen angenommen worden. (Beifall) Die Tatsache, daß manche Hand erst nachher hochgegangen ist, dürfte dafür sprechen, daß wirklich nicht von hier aus mit den Augen allein zu entscheiden war.

Ich habe jetzt den weiteren Antrag, die Begriffe "Wohneigentum" und "Sparguthaben" zu streichen. Wer für die Streichung dieser beispielsweise aufgeführten Begriffe ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Das ist die Minderheit. Wer ist für die Ablehnung dieses Änderungsantrags? - Mit Mehrheit eindeutig abgelehnt. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine.

Jetzt kommt noch der Antrag Dr. Warnke, in der letzten Zeile nach dem Wort "Produktionsmitteln" einzusetzen: "in den dafür geeigneten Bereichen". Wer für die Einfügung dieser fünf Worte ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Bei der Wirtschaft haben wir die Wirtschaft. Ich möchte annehmen, das erste war die Mehrheit. Ich bitte um Wiederholung: Wer ist

gemäß Antrag Warnke für die Einfügung der fünf Worte "in den dafür geeigneten Bereichen"? Ich bitte um ein deutliches Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Das dürfte eine beachtliche, aber nicht eine ausreichende Mehrheit sein.

Damit ist Punkt 4 erledigt.

Ich rufe auf Punkt 5. Ich habe eine Wortmeldung von einem Delegierten aus Wolfratshausen.

Wolfratshausen: Der Arbeitskreis hat gestern dem Vorschlag zugestimmt, im letzten Satz dieses Absatzes hinter dem Wort "Währung" die Worte "und die Vollbeschäftigung" einzufügen. Ich hatte zunächst angenommen, daß die Programmkommission diese Stelle bei der Übertragung in den 3. Entwurf aus Versehen weggelassen habe. Ich muß aber nun annehmen, daß es mit Absicht geschehen ist, und deshalb muß ich hier den Antrag wiederholen, die Worte "und die Vollbeschäftigung" in diesen Satz aufzunehmen. Ich glaube, die Sicherung der Vollbeschäftigung verdient in unserem Grundsatzzprogramm eigens erwähnt zu werden. (Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Das Wort hat dazu der Abgeordnete Wachter.

Wacher: Es ist völlig richtig, daß wir gestern im Arbeitskreis erklärt haben, daß die Vollbeschäftigung aufgenommen werden muß. Nachdem wir aber jetzt - ich glaube, es war nach einem Antrag von Herrn Dr. Pirkl - in der Ziffer 1 auf Seite 11 die Vollbeschäftigung sehr ausführlich und ausdrücklich angesprochen haben, wäre es unzweckmäßig, sie in dem jetzt zur Rede stehenden Punkt noch einmal aufzuführen. Der Antrag scheint mir durch die Fassung der Ziffer 1 auf Seite 11 erledigt zu sein.

Vorsitzender Hanauer: Dazu noch Wortmeldungen? Bitte schön!

.....: Ich möchte darauf hinweisen, daß das Recht auf Arbeit mit dem Begriff "Vollbeschäftigung" nicht unbedingt identisch sein muß. Das sind zwei paar Stiefel. Ich hätte gerne die Vollbeschäftigung im Text.

Vorsitzender Hanauer: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, auf Seite 12 im 3. Absatz in der vorletzten Zeile hinter den Worten "Stabilität der Währung" die Worte "und die Vollbeschäftigung" einzufügen, wonach der Text weitergeht: "zu erhalten und der sozialen Gerechtigkeit zu dienen".

Wer für Einfügung dieser Worte "und die Vollbeschäftigung" ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist gegen diese Ergänzung? - Eine geringe Minderheit. 4, 5, 6 Stimmen. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist dieser Satz eingefügt. Wir sind für die Vollbeschäftigung heute auch während der Mittagsstunden.

Ich rufe auf Punkt 6. Keine Wortmeldung.

Punkt 7.

Hier liegt ein Text Höcherl, Bauer, Kröner, Soll das ein Terzett werden oder macht es Höcherl allein? (Bundesminister Höcherl: Allein!)

Bundesminister Höcherl: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Mit tiefer Ergriffenheit habe ich gelesen, was der Programmausschuß zur Landwirtschaftspolitik zu sagen hatte und ich bitte sehr um Nachsicht, wenn ich eine kleine Abänderung vorschlage, wobei ich weiß, daß unser bescheidenes Wissen die Weisheit des Programmausschusses nicht erreicht.

(Zuruf: Nicht so viel Understatement!)

Ich darf den Text verlesen, den meine bäuerlichen Freunde und ich ausgedacht haben. Zunächst müßte es in Ziffer 7 heißen:

"Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Volkswirtschaft.

Einen "Industriestaat" gibt es nicht, wie im Entwurf steht, sondern das ist eine Wortschöpfung Schiller/scher Art.

Dann soll die Formulierung weitergehen:

"Auch in der modernen Industriegesellschaft"

- das gibt es nämlich -

"ist der bäuerliche und unternehmerisch geführte Familienbetrieb der Kern der modernen Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Zu- und Nebener-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

werbsbetriebe wie Großbetriebe haben daneben eine eigenständige Bedeutung."

Das ist unser Änderungsvorschlag. Alles übrige kann bleiben und wir finden uns in tiefer Ergriffenheit damit ab.

Von welchem Satz ab kann es bleiben? - Höcherl:

Vorsitzender Hanauer: Die vorgeschlagene Formulierung betrifft die ersten Sätze. Alle anderen können bleiben, unbesehen und unkontrolliert. Ich werde von meinem Freunde darauf hingewiesen, ich darf "Großbetriebe" nicht sagen; es heißt "Vollerwerbsbetriebe". Statt "Großbetriebe" muß es also "Vollerwerbsbetriebe" heißen.

Vors. Hanauer: Ich habe ein Billetchen. Das Wort hat Herr Wachter.

Wachter: Die Programmkommission beugt sich der mit großem Charme vorgetragenen ministerlichen Weisheit, bittet aber, auf die Bezeichnung "Vollerwerbsbetrieb" vorsichtshalber zu verzichten. Das wäre bekanntlich wieder der Anlaß zu langen und unerträglichen Diskussionen darüber, wo der Vollerwerbsbetrieb beginnt und wo er noch nicht vorhanden ist.

Vorsitzender Hanauer: Ich habe nun bei mir noch eine Reihe von Wortmeldungen zu Absatz 7 registriert. Ich möchte zunächst die Diskussion nur über die Formulierung Höcherl, Bauer, Krüner, die eben vom Bundeslandwirtschaftsminister vorgetragen worden ist, durchführen und bitte, sich zu melden, wenn das Wort gewünscht wird.
- Herr Ehnes!

Ehnes, MdB: Ich muß Kollegen Wachter leider widersprechen; denn wir haben in der Auseinandersetzung um die Europäische Gemeinschaft und im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Mansholt keinen Grund, daß wir den Vollerwerbsbetrieb nicht erwähnen. Wir wünschen deshalb geschlossen und im Interesse der Erweiterung der Agrarpolitik, daß der Vollerwerbsbetrieb, der Nebenerwerbsbetrieb, der Zuerwerbsbetrieb und der Großbetrieb erwähnt werden; denn der Bestandteil unserer Gesellschaft im bäuerlichen Bereich ist für uns unverzichtbar.

Vorsitzender Hanauer: Dazu noch Wortmeldungen? - Bitte, das Wort hat Herr Abgeordneter Haisch.

Haisch, MdL: Ich möchte vorschlagen, die Sache zu vereinfachen. Da wir doch nicht ableugnen können, daß wir zum modernen Industriestaat geworden sind, möchte ich die Fassung vorschlagen:

"Auch im modernen Industriestaat ist eine leistungsfähige Landwirtschaft ein unverzichtbarer Bestandteil der Volkswirtschaft. Die CSU bekennt sich zu einer unternehmerisch betriebenen bäuerlichen Landwirtschaft."

Das wäre mein Vorschlag. Ich betone, daß wir gerade auch auf die "bäuerliche Landwirtschaft" Wert legen sollten.

Vorsitzender Hanauer: Ich habe dazu noch eine Wortmeldung des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer.

Staatsminister Dr. Dr. Hundhammer: Nachdem der Kollege Haisch den Satz 2 in die Debatte bereits hineingenommen hat, möchte ich auf folgendes verweisen, was im Prinzip auf der gleichen Linie liegt, was auch der Bundeslandwirtschaftsminister vorhin schon angesprochen hat.

Zur Zeit geht wie ein Lauffeuer die Empörung über die Mansholt-Pläne durch die deutsche Bauernschaft, aber auch durch einen großen Teil der europäischen, vielleicht am wenigsten durch die französische. Da scheint mir bei Satz 2 die Formulierung, wie sie vorliegt:

"Die CSU bekennt sich zu einer unternehmerisch betriebenen Landwirtschaft."

zu knapp. Kollege Haisch hat schon eine Ergänzung eingefügt. Ich wollte noch weiter gehen und schlage vor, fortzufahren:

"..... unternehmerisch betriebenen Landwirtschaft, welche alle Möglichkeiten des modernen technischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritts nutzbar macht und die Erhaltung eines selbständigen Bauerntums auf der angestammten Scholle zum Ziele hat."

Das ist gegen die Mansholt-Linie eine klare Front, die zu beziehen mir notwendig erscheint (Beifall)

Vorsitzender Hanauer: Ich habe eine Fülle von Formulierungen. Freund Strauß hat sich gemeldet. Auch zur Formulierung dieses Absatzes? -

Landesvorsitzender: Mein Anliegen war auch, daß der Familienbetrieb als Alternative zur Mansholt-Konzeption herausgestellt wird. Ich verzichte aber zugunsten der Formulierung Höcherl auf meinen Vorschlag.

Dr. Walter: Ich verzichte ebenfalls und möchte nachträglich die Formulierung von Haisch unterstützen, die sich inhaltlich mit meinem Änderungsvorschlag deckt.

Vorsitzender Hanauer: Keine Wortmeldung mehr? -

Ich habe zunächst eine umfangreich formulierte Änderung des Eingangssatzes durch die Antragsteller Höcherl, Bauer und Krüner.

Ich habe einen Antrag Haisch - dem Dr. Walter die Zustimmung gegeben hat -, der zwei Ergänzungen vorsieht; nämlich im ersten Satz "leistungsfähige Landwirtschaft" und im zweiten Satz "einer unternehmerisch betriebenen bäuerlichen Landwirtschaft", so daß die beiden ersten Sätze lauten würden:

"Auch im modernen Industriestaat ist eine leistungsfähige Landwirtschaft ein unverzichtbarer Bestandteil. Die CSU bekennt sich zu einer unternehmerisch betriebenen bäuerlichen Landwirtschaft."

Herr

Dr. Hundhammer will hinter dem zweiten Satz unter Ersetzung des Punktes durch ein Komma einfügen:

"welche alle Möglichkeiten des modernen technischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritts nutzbar macht und die Erhaltung eines selbständigen Bauerntums auf der angestammten Scholle zum Ziel hat."

Dann kommt der weiter gefaßte Antrag Höcherl und andere, der auf folgende Formulierung abzielt:

"Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Volkswirtschaft. Auch in der modernen Industriegesellschaft ist der bäuerliche unternehmerisch geführte Familienbetrieb der Kern moderner Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, ~~landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe~~ wie Großbetriebe haben daneben eine eigenständige Bedeutung."

Habe ich das einiögermaßen entziffern können? -

Ich darf die drei Antragsteller oder Antragstellergruppen fragen: Gibt es eine Vereinbarung? Weicht der eine dem anderen? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Anträge in der Reihenfolge des Eingangs zur Abstimmung. (Bundesminister Höcherl: Nein!) - Wir sind schon in der Abstimmung.

Wer für die Annahme des Antrags Höcherl und andere ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? - Einige wenige Gegenstimmen, etwa 10. Stimmenthaltungen? - Ich sehe drei Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

Darf ich den Abgeordneten Haisch fragen, ob damit seine Formulierung erledigt ist. (Haisch: Jawohl!)

- Sie ist erledigt. Darf ich Minister Hundhammer fragen? - Seine Formulierung ist nicht erledigt.

Ich muß einmal klarstellen, Herr Minister Höcherl: Welchen Satz des Entwurfs wollten Sie mit Ihrer Formulierung erledigt haben, wohl den ersten und den zweiten. - Gut. Dann muß aber die Formulierung Dr. Hundhammer vom Nebensatz zum Hauptsatz gemacht werden:

"Alle Möglichkeiten des modernen technischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritts sind nutzbar zu machen und die Erhaltung eines selbständigen Bauerntums auf der angestammten Scholle ist anzustreben."

Wer für diese in eine selbständige umgewandelte Formulierung von Herrn Dr. Hundhammer ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer dafür ist, den bitte ich, deutlich die Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. (Widerspruch) - Meine Herren Sie haben das Stimmenpotential von Niederbayern nicht gesehen. Aber es soll mir nicht darauf ankommen, die Stimmen auszuzählen zu lassen. Wer steht für die Auszählung zur Verfügung? - Wer macht

die rechte Abteilung? - Wer macht die linke Abteilung? - Wer für die Annahme des Ergänzungsantrags Dr. Hundhammer ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen die Annahme dieses Antrags? - Ich bitte, in allen Teilen auszuzählen. - Bei 5 Enthaltungen eine Stimmenmehrheit von 15 Stimmen zugunsten des Antrags des Herrn Dr. Hundhammer (Beifall), wobei die kleine Gruppe da drüben mit 51 Stimmen das höchste Abstimmungsergebnis macht von allen Teilen hat.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und frage, ob alle Anträge zum Punkt 7 erledigt sind. - Das ist der Fall. Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich rufe auf Punkt 8. Keine Wortmeldung.

Punkt 9. - Herr Dr. Böswald!

Dr. Böswald: Ich stelle den Antrag, den letzten Satz "Dieses Programm verpflichtet die CSU" zu streichen, weil er selbstverständlich ist und er nicht zu Punkt 9 gehört. Wir müssen nicht beschließen, daß das Programm für die Partei eine Verpflichtung bedeutet. Das bedeutet nur eine Deklaration.

Vorsitzender Hanauer: Es ist beantragt worden, den letzten Satz als nicht bedeutungsvoll zu streichen. Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich den Streichungsantrag des Herrn Dr. Böswald zur Abstimmung stellen:

"Dieses Grundsatzprogramm verpflichtet die CSU
in ihrem politischen Handeln für Bayern, Deutschland
und Europa."

Wer für die Streichung dieses Satzes ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist für die Ablehnung des Antrags und damit für die Beibehaltung des Satzes? - Der Streichungsantrag ist abgelehnt. Der Satz bleibt bestehen.

Damit bin ich am Ende der Beratungen. - Herr Abgeordneter Haisch, zu welchem Punkt wollen Sie noch das Wort? Ich habe vorhin laut und deutlich gefragt, ob sämtliche Wortmeldungen und Anträge zum Punkt 7 erledigt sind. Es kam keine Wortmeldung mehr. Ich hatte alle Anträge zur Abstimmung gestellt.

Meine Damen und Herren! Es wird jetzt gebeten, den letzten Absatz von Punkt 7 nochmals aufzurufen. Ich frage daher nach undemokratischen Spielregeln die Versammlung, ob Sie dafür eintreten wollen, daß der ^{Punkt} noch einmal aufgerufen wird. - Soll die Scholle heraus oder wo soll die Scholle hin? Herr Kollege Haisch, aber mit einem Satz!

Haisch, MdL: Mir geht es nicht darum, Punkt 7 abzuändern oder etwas anderes vorzuschlagen, sondern darum, daß die Fassung redaktionell in Ordnung gebracht wird; denn es erfolgte eine Zusammenschachtelung, die in Ordnung zu bringen wir der Kommission überlassen müssen.

Vorsitzender Hanauer: Ich hätte ohnehin diesen Antrag jetzt gestellt. Damit ist auch dieser Punkt erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Schlußabstimmung und darf Sie bitten, einem Zusatzbeschluß Ihre Zustimmung zu geben. Darf ich die Herren Delegierten bitten, sich doch an der Abstimmung zu beteiligen!

Wir kommen zur Schlußabstimmung über unser Grundsatzprogramm und darf Sie sehr herzlich einladen, sich an dieser Tätigkeit zu beteiligen und die Gespräche am Rande des Geschehens für diesen kurzen, aber bedeutungsvollen Augenblick zu unterbrechen.

Es ist notwendig, die Grundsatzprogrammkommission zu beauftragen, die Änderungen in der entsprechenden sprachlichen Form einzubauen. Besteht damit Einverständnis, daß die Satzungs- und Grundsatzprogramm-Kommission beauftragt oder ermächtigt wird, die beschlossenen Änderungen sinnvoll einzufügen und notwendige rein redaktionelle, nicht sachliche Veränderungen durchzuführen? - Das ist der Fall. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Programm. Wer für die Annahme des Grundsatzprogramms ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Wer stimmt dagegen? - Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? - 4 Stimmenthaltungen. Dann darf ich feststellen, daß das Grundsatzprogramm ohne Gegenstimmen bei 4 Stimmenthaltungen und damit einstimmig angenommen ist. (Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf mich herzlich dafür bedanken, daß Sie dazu beigetragen haben, in einer teilweise angeregten

und anregenden Debatte dieses Programm in einer relativ kurz bemessenen Zeit zum Abschluß zu bringen. Ich darf nur wünschen, daß es diesem Programm beschieden sein möge, daß es nicht nur schwarz auf weiß in den Bücherregalen und auf den Schreibtischen seinen Platz findet, sondern die politische Wirklichkeit durch Ihrer aller, durch unser aller Mitwirkung wird.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorsitzender Hanauer: Meine Damen und Herren! Da ich zwischenzeitlich feststellen konnte, daß die notwendige Rekreatiionszeit im Wechselverfahren von den einzelnen wahrgenommen worden ist, darf ich ein Wort des Herrn Landesvorsitzenden in die Tat umsetzen, daß wir ohne eine Mittagspause, die uns nur in zeitliche Schwierigkeiten bringt, weil es sehr lange Zeit beansprucht, bis wir uns wieder zusammenfinden, aufrufen die

2. Plenarsitzung

und dem Herrn Landesvorsitzenden, Bundesminister Dr. h. c. Franz Josef Strauß Mitglied des Bundestags, Mitglied der Bundesregierung, zu seinem Referat das Wort erteilen. (Lebhafter Beifall)

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Ehrengäste, liebe Parteifreunde! Der nahtlose Übergang vom Programm des Vormittags zum Programm des Nachmittags erlaubt es mir, hier gleich eines mit voller Überzeugung zu sagen, nämlich ein Wort des Dankes an die Programmkommission, an den Vorsitzenden und ihre Berichterstatter. (Beifall) Wir alle wissen aus langjähriger Erfahrung, welch mühseliges Geschäft es ist, Satzungen und Programme zu erarbeiten, alle Anregungen, Empfehlungen und Vorschläge zu berücksichtigen und zum Schluß noch etwas herauszubringen, was Aussicht hat, mit einer großen Mehrheit angenommen zu werden. (Beifall) Ich glaube, daß wir verpflichtet sind, besonders unserem Freund Staatssekretär a. D. Gerhard Wachter herzlich zu danken, (Beifall) ^{einmal} ~~mal~~ aus persönlicher und politischer Verbundenheit heraus. Und ich bitte, niemand möge es mir übel nehmen, wenn ich, ohne in die Personaldiskussion einzugreifen - schon deshalb, weil sie nicht stattfinden wird -, eines für richtig empfehle, nämlich unseren Freund Wachter in den Vorstand der Partei auf alle Fälle hineinzuwählen. (Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde! Eine zweite Bemerkung darf ich machen. Ich möchte hier mit besonderer Herzlichkeit und Dankbarkeit unseren ersten Landesvorsitzenden, Dr. Josef Müller, begrüßen (lebhafter Beifall) und ihm einmal dafür danken, daß er, knapp wieder genesen von einer schweren Krankheit, die ihn heimgesucht hat, seine Ehrenpflicht als Ehrenmitglied des Vorstands

erfüllt hat und heute hier erschienen ist. Zum Zweiten darf ich ihm sagen, daß die gültigen Grundsätze, die er bei der Grundlegung der CSU erarbeitet, vertreten und mit uns damals ganz Jungen diskutiert hat, auch in dem neuen Programm ihren Niederschlag gefunden haben, und zwar die Verbindung liberal und konservativ. Beide Ausdrücke sind, wie wir heute festgestellt haben, unzureichende Gedankengänge, aber auf alle Fälle die Elemente einer zukunftsorientierten modernen Politik, die er in der Christlich-Sozialen Union maßgebend mitbegründet und entscheidend eingeleitet hat. (Beifall)

Ich darf eine dritte Bemerkung in dieser großen Öffentlichkeit machen, damit keine Kombinationsgabe oder Spekulationsucht sich an diesem Problem mehr austobt. Wir haben heuer die zweite Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union, eine außerordentliche, wie ich heute morgen sagte. Wir haben ein Programm verabschiedet, weil wir gemäß Parteiengesetz und neuer Satzung Wahlen durchführen müssen, was wir im Juli noch nicht konnten, und wir haben deshalb einen mehr oder minder parteiinternen Parteitag, wenn auch unter voller Teilnahme der Öffentlichkeit abgehalten. Und wir haben es uns aus diesem Grunde versagt, die ohnehin ungewöhnlich stark und über physische Leistungsfähigkeit hinaus beanspruchte Arbeits- und Leistungskraft des Bundeskanzlers in Anspruch zu nehmen. Ich habe dem Bundeskanzler nicht nur die guten Wünsche und die Grüße der CSU übermittelt, ich habe dem Bundeskanzler auch die Bitte vorgetragen, bei der nächsten Landesversammlung, die der Auftakt des Wahlkampfes werden wird, als Vorsitzender der CDU, als Bundeskanzler und als Gestalter der Richtlinien der deutschen Politik eine grundsätzliche Rede zu halten. (Beifall) Wir mußten nur diesmal angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Zeit und des ungewöhnlich großen Programms auf eine Ausdehnung dieses Programms verzichten. Wir haben heute neben und nach meiner Rede dann die zweite große Aufgabe zu bewältigen, die Parteispitze, den Landesvorsitzenden, die drei Stellvertreter, den Parteivorstand zu wählen. Und wenn wir Programm und Vorstandswahlen hinter uns gebracht haben, dann können wir eigentlich mit dem beruhigenden Bewußtsein, jedenfalls unsere parteipolitische Pflicht erfüllt zu haben, in das Wochenende nach Hause fahren und dem kommenden Weihnachtsfest entgegenzusehen.

Und damit sind wir am Ende eines Jahres, am Ende des Jahres 1968, das eines Tages in die Geschichte als das Jahr bedeutender Ereignisse eingehen wird. Ich darf aus dem großen Katalog der Ereignisse dieses Jahres zwei symptomatische und exemplarische Tatsachen herausgreifen. Das eine sind die Unruhen, die im Mai und Juni dieses Jahres in Frankreich stattgefunden haben, die zunächst scheinbar ohne besondere Auswirkung abgeschlossen wurden, aber deren Spätfolgen sich im Herbst dieses Jahres in den kritischen Währungsproblemen geäußert haben.

Damit darf ich gleich ein Wort zu unserer Innenpolitik sagen. Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für den inneren Frieden und der innere Friede ist Voraussetzung für den Wohlstand und die Zukunft einer Nation. (Beifall) Beiden Zielen haben wir mit voller Hingabe unserer Person, mit voller Hingabe an die Sache im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte gedient. Das gilt für jeden von uns, gleichgültig, ob er als schlichtes Mitglied, als Ortsvorsitzender, Kreisvorsitzender oder in anderer Funktion für die CSU tätig gewesen ist; denn wir können unsere Politik für Bayern, für Deutschland und für Europa nur gestalten, wenn wir auf der Basis der Zustimmung einer großen Mehrheit unseres Volkes stehend und von dieser Basis aus unsere politische Kraft in die Waagschale der Entscheidung werfen können. Dafür wird auch der Ausgang dieses Parteitags, die einstimmig bei wenigen Enthaltungen erfolgte Annahme des Programms und auch das Kapitel der personellen Entscheidungen, die zu treffen sind, einen Wegweiser, eine Hilfe in die Zukunft hinein bieten.

Ich darf ein zweites Ereignis nennen und das ~~war~~ der Einmarsch der "verbündeten" Armeen in die Tschechoslowakei, ein Einmarsch, wo die russischen Panzerketten nicht nur freiheitliche Regelungen unterdrückt, sondern, hoffentlich, auch Illusionen bei uns und anderswo für die Zukunft zerstört oder verhindert haben, (Beifall) die Illusion, was Möglichkeit und Grenzen unserer Politik sind. Ich darf mich dazu im letzten Teil meiner Ausführungen noch äußern. Damit diese summarische Feststellung nicht mißverstanden wird: Wir haben, wie ich heute morgen in der Debatte über den Begriff "Mitbestimmung" und seine Definition gesagt habe, mit Dankbarkeit oder mit Anerkennung zu verzeichnen, daß bei uns das unverantwortliche Treiben extremistischer Kreise, vor allem der Linksintelligentia, beim deutschen Arbeiter keinen Verbrüderungseffekt erreicht hat. (Beifall) Aber es besteht kein Zweifel, daß diese Kreis-

se, auch wenn ihr Atem kurz und ihre Kraft sehr begrenzt ist, zum Frontalangriff gegen Staat und Gesellschaft geblasen haben. Verkündet wird die Utopie einer angeblich total humanitären, von allen Repressionen völlig befreiten umfunktionierten Gesellschaft. Gut, das mögen sie tun. In der Freiheit unserer Lebensweise ist für alle Kategorien, die der liebe Gott in seiner unbegreiflichen Gnade und Barmherzigkeit vorgesehen hat, Bewegungsspielraum vorhanden, auch für die. Aber das Zögern und die Schwäche der demokratischen Instanzen in der Abwehr aggressiver kollektiver Handlungen der neuen Linken verrät, daß Demokratie manchmal nicht mehr die Gewißheit zu haben scheint, im Besitz der legitimierenden Werte zu sein. Und der Zweifel an unseren Werten ist gefährlicher als das Treiben derer, die diese Werte von vornherein vernichten wollen. (Beifall) Wenn wir nicht mehr von unserem Selbstverteidigungsrecht überzeugt sind und wenn wir nicht mehr von der Verteidigungswürdigkeit unserer freiheitlichen Rechte und Grundsätze überzeugt sind, dann haben wir auf lange Sicht die Bahn für eine andere Wertordnung freigegeben. Und dagegen wird sich die Christlich-Soziale Union mit allem Aufgebot ihrer politischen Möglichkeiten zur Wehr setzen; (Beifall) denn das würde den stärksten Anreiz zu weiteren Angriffen bieten.

Weil ich schon provokativ rede, erlauben Sie mir auch noch eines zu sagen! Man spricht heute vom Kampf gegen den Faschismus. Ein sehr fortschrittliches Thema! Ich bin, ohne das Wort "Antifaschist" zu lieben, ein überzeugter Gegner aller totalitären Tendenzen, sei es von der, sei es von der anderen Seite. Aber was unterscheidet uns in Wirklichkeit? Diese Sorte von Antifaschisten, sage ich, hat sich die Kristallnacht gewissermaßen zum Dauerprogramm gemacht (Beifall), indem sie Gewalt gegen Sachen und gewalttätige Androhungen oder Aktionen gegen Personen als im höheren Interesse liegend, jedenfalls für durchaus in Frage kommend legitimiert. (Beifall) Hier, meine lieben Freunde, möchte ich, ohne ihnen allzu viel Bedeutung beimessen zu wollen, doch vor einer Unterschätzung der Gefahr warnen und ich möchte vor allen Dingen in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß es bei uns im Lande keine Exterritorialität gibt, auf deren Boden verbrecherische Handlungen ohne Zugriff der Behörden vorbereitet werden dürfen. (Beifall) Auch die für den Polizeieinsatz verantwortlichen Behörden, die zum Teil

von der Schwäche ihrer Vorgesetzten betroffen sind, haben begriffen, daß Vorbeugen im Interesse aller Beteiligten humaner ist als nachträgliches Eingreifen. Auch wenn da oder dort ein von uns gar nicht gebilligter Übergriff stattfinden kann oder stattgefunden haben mag, sehe ich mit meinem - entschuldigen Sie den Ausdruck! - konservativen Hausverstand beim besten Willen nicht ein, daß anständige Bürger unseres Staates, die als Polizeibeamte ihre Pflicht erfüllen zu Dutzenden und Hunderten ihre Freiheit und ihr Leben riskieren sollten, damit andere ein mißverstandenes Grundrecht exzessiv übertreiben können. (Lebhafter Beifall) Und hier sage ich als Bundespolitiker - ohne damit Ärger erregen oder mich in Zuständigkeiten, die mir nicht zustehen, einmischen zu wollen -, daß wir von den für Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Instanzen unserer Großstädte ein Verhalten verlangen, das Ruhe und Ordnung für den Bürger und seine Bewegungsfreiheit gewährleistet. (Beifall) Sonst könnte eines Tages in Bayern das Thema Verstaatlichung der Polizei akut werden. Es könnte akut werden. Mehr sage ich nicht, aber das sage ich auch nicht als Lapsus linguae. Die weitaus Überwiegende Mehrheit unseres Volkes ist gegen diesen ganzen Spuk und sie ist nicht zum Untergang bereit. Denn unser Volk in all seinen Gesellschaftsschichten, ob Bauer, Unternehmer, Angestellter, Beamter oder Kaufmann, leidet nicht unter Weltuntergangsversionen oder unter einer schmerzlichen Lust an Selbstzerstörung, sondern es erwartet von den von ihm legitimierten und durch die Wahl als Repräsentanten herausgestellten politischen Kräften, daß diese für Freiheit und Sicherheit in unserem Staat sorgen. (Beifall)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, geistert ein Thema durch die Landschaft, das Gegenstand ernsthafter Erörterungen sein wird. Ich bin seit 1949 im Bundestag und seit 1953 mit der vierjährigen Unterbrechung von 1963 bis 1966 Mitglied der Bundesregierung. Die erste Bundesregierung hat damals in Karlsruhe beim Verfassungsgericht einen Verbotsantrag gestellt, d. h. einen Antrag, zwei Parteien für verfassungswidrig zu erklären, - was nach der Rechtslage, die sich nicht verändert hat, mit einem Verbot identisch ist -, nämlich die Sozialistische Reichs-Partei und die Kommunistische Partei. Das Verfassungsgericht hat beide Parteien, wenn auch in großem zeitlichem Abstand der Prozeßdauer usw., für verfassungswidrig erklärt. Heute stellt sich die Frage wieder. Ich möchte nicht mißverstanden werden, als ob wir Sympathien für

gendeine Form des Rechtsradikalismus hätten. In keiner Weise. Ich habe vor diesem Forum mehrmals erklärt, daß nach unserer, nicht nur meiner, gemeinsamen politischen Überzeugung der Nationalsozialismus der Totengräber Europas ist und daß der zu zwei europäischen Mörderkriegen mit weltweiter Ausdehnung führende nationale Rivalitätenkampf endgültig abgeschlossen sein muß. Wir sind geschworene Gegner des Rechtsradikalismus, aber - ich bitte auch das sagen zu dürfen - auch des Linksradikalismus. (Beifall)

Und wenn die Rede ist: Verbot beantragen oder nicht? dann muß ich sagen, daß nach den Erfahrungen mit der KPD ein Verbot allein das Problem nicht löst. Es ist in erster Linie das Mittel des politischen Kampfes, das Mittel der politischen Argumentation und Diskussion, das angewendet werden muß, um zu verhindern, daß falsche Lehren größere Zentren von Anhängern finden - das ist unsere Aufgabe als politische Partei -, und zweitens gilt es, eine Politik zu treiben, mit der sich das deutsche Volk in seinem menschlichen Empfinden und in seiner nationalen Selbstachtung solidarisch erklären kann. (Beifall) Dann werden falschen Propheten der einen wie der anderen Seite keine Türen geöffnet. Ich sage das deshalb, weil mit diesem nicht ganz dummen Gerde, die Deutschen seien ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg, einmal Schluß gemacht werden muß. Schon Bundeskanzler Erhard hat in der Regierungserklärung 1965 erklärt: Die Vergangenheit ist vorbei. Er war, wie immer, ein Optimist. Aber er hat recht, wenn das Wort zur Forderung erhoben wird. Wir können in der Gestaltung unserer Zukunft nicht dauernd durch die Schatten der Vergangenheit belästigt und behindert werden. (Beifall) Wir sind bereit, unsere Pflichten für unsere Umwelt in dem Rahmen, in dem wir leben - das ist Europa, das kleine und das größere, der atlantische Raum und die Gemeinschaft der Völker der Welt -, solidarisch zu erfüllen. Wir haben das wahrlich auf Heller und Pfennig in den letzten Jahren bewiesen. Wir wollen dann auch als ein einwandfrei legitimes Mitglied der demokratischen Gesellschaftsordnung der Welt anerkannt werden. (Beifall)

Das schließt auch ein, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die CSU in der Frage Antrag auf Verbot einer Partei der Meinung ist - meine Kollegen in Bonn, ich darf das identisch mit Richard Stücklen erklären -, daß wir als erstes Mittel den politischen Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen verlangen, die Auseinandersetzung in offener Feldschlacht. Wo sie auftauchen, müssen sie geschlagen werden, mit der Diskussion, mit der Argumentation -

andere bitte ich mich nicht zu verstehen, weil ich in meinem Leben immer ein Feind physischer Gewaltanwendung gewesen bin -, zweitens: Wenn Verbotmaßnahmen erwogen werden, dann nur, wenn ausreichendes und stichhaltiges Material zur Verfügung steht. Denn nichts wäre schlimmer als ein Persil schein, der dann die Falschen zu Märtyrern machen würde. (Beifall) Und das Dritte, was ich in dem Zusammenhang zu sagen habe, ist: Wenn Verbotmaßnahmen erwogen werden, dann darf sich die Prüfung des Kreises, der davon betroffen wird, nicht nur auf Rechtsradikale beschränken, sondern dann muß auch die linksradikale Gruppe unter die Lupe genommen werden. (Beifall) Was wir in diesen Zeiten jetzt erleben - das ist ein Gesichtspunkt, den ich zum Abschluß dieses Punktes auch erwähnen will -, das ist nicht etwas nur eine zur Zeit im Abflauen begriffene rechtsradikale Entwicklung, sondern das ist die aus unserer Jugend her bekannte Erfahrungstatsache, daß linksradikale Wucherungen rechtsradikale Konsequenzen auslösen. Man kann die Dinge nicht so betrachten, daß die einen zwar unangenehm, aber nicht schädlich und die anderen unangenehm und schädlich sind; denn wo immer noch sich gewisse Auflösungserscheinungen zeigen, da machen sich die Falschen zu Wortführern gesunder Kräfte im Volk. Und da sage ich, daß wir als eine der großen staatstragenden Parteien die Aufgabe haben, allen Bürgern unseres Staates, die auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes stehen, allen Bürgern unseres Staates, die sich zu einer humanen Lebensordnung bekennen, allen Bürgern unseres Staates, die sich zur nationalen Selbstachtung bekennen und die sich zur europäischen Lösung bekennen, politische Heimat zu geben, damit nicht andere mit klingenden Parolen und falschen Zielsetzungen Anklang in unserem Land gewinnen, gleichgültig, ob von der oder von jener Seite.

Ich habe mich noch nicht mit der Frage befaßt, ob das, was wir in diesem Jahr in Deutschland und im Ausland erlebt haben, nur emotional bedingt ist oder eine vorübergehende Eintrübung des politischen Horizonts war. Es ist wohl etwas mehr. Es könnte eine Änderung der politischen Großwetterlage werden, wenn wir uns nicht erfolgreich damit auseinandersetzen, und zwar deshalb:

Erstens, weil zweifellos einige Fehlentwicklungen und Krankheitssymptome unserer demokratischen Ordnung und Gesellschaft als Mitursachen für diese Entwicklung anzusehen sind und abgestellt

werden müssen;

zweitens, weil in unserem Lande öffentlich zu Revolution und Gewaltanwendung aufgefordert werden kann, ohne daß daraus irgendeine Konsequenz entsteht.

Ziel und Richtung des z. B. von der SDS angeführten Linkspotes geht eindeutig nicht auf Reform, sondern auf die Zerstörung unserer heutigen Gesellschaftsordnung. (Beifall) Was hat es für einen Sinn, sich über diese oder jene Erscheinung aufzuregen, wenn man es zuläßt, daß Revolution nicht nur theoretisch propagiert, sondern in der pragmatischen Anwendungsformel systematisch sozusagen auf dem Weg der Instruktion gelehrt wird? Hier muß dieser Staat so viel Vertrauen zu sich selber haben, daß er dagegen mit seinen Ordnungskräften tritt und keinen Raum gibt.

Drittens, weil der linke Neovandalismus des SDS und Konsorten an unseren Universitäten nicht nur allmählich zu einem unerträglichen Ärgernis für unseren Staat wird, sondern weil durch dieses Randallertum die Freiheit von Forschung und Lehre ernsthaft in Frage gestellt wird. (Beifall) Bei vielen deutschen Wissenschaftlern und akademischen Lehrern wächst die Verbitterung über die vielen Schmähungen und Demütigungen, die sie über sich ergehen lassen müssen;

viertens, weil in Zukunft ähnliche Solidarisationen wie bei der Anti-Notstandskampagne, möglicherweise ^{weiter} die Beteiligung breiterer Schichten unseres Volkes nicht ausgeschlossen werden können, weil die demokratisch legitimierte Kräfte nicht so viel Vertrauen zu sich selber und zu ihrer Weltordnung haben, daß sie zu ihrer Verteidigung ernsthaft bereit sind und

fünftens, weil - wie vorhin erwähnt - viele Erscheinungen Reaktionen in Form des Protestes von rechts ausgelöst haben.

Es ist nicht damit getan, zu sagen, es seien unvermeidliche Randerscheinungen der Großen Koalition. Ich sage kein Wort gegen die große Koalition. Es ist ja heute viel zu sehr Mode geworden, sich durch Worte gegen die Große Koalition im eigenen Lager sozusagen Sympathien zu sammeln. Ich sage nur, das sind nicht Erscheinungen der Großen Koalition, sondern Folgeerscheinungen der Tatsache, daß die SPD mit ihrem eigenen Schatten von gestern mit ge-

wissen extremen Randerscheinungen konfrontiert wird. (Beifall)
Auch darin liegt etwas Gutes, eine große, ohne jeden Zweifel demokratisch legitimierte Partei mit der Wirklichkeit zu konfrontieren, daß politische Sektierer, Extremisten und Minirevolutionäre nicht in ihr glauben eine Pseudoheimat finden zu können. Darum halte ich die Mitwirkung der SPD an schwierigen Problemen auf lange Sicht für die Struktur unseres Staates für eine gute Sache. Ich sage das, auch wenn es mir so ginge wie Bundeskanzler Kiesinger, dem Vorsitzenden der CDU, der in Berlin wegen einiger ähnlicher Äußerungen ausgezischt worden ist. Aber - jetzt kommt der Angriff nach dem Lob -, wenn sich heute Kräfte aus dem gewerkschaftlichen Lager und ihrem soz. parteipolitischen Vorhang SPD so sehr für ein NPD-Verbot ereifern mit der Begründung, man müsse dieses Verbot erwirken, damit die NPD nicht in den Bundestag einziehen kann, kann ich Ihnen nur sagen, daß eine verfassungskonforme Wahlrechtsreform das einwandfreiere Mittel ist als der fragwürdige Weg eines Verbots. (Lebhafter Beifall) Wenn ich für das Minderheitswahlrecht plädiere - und dafür rufe ich meinen alten väterlichen Lehrer und Freund Dr. Josef Müller als Zeugen an -, dann nicht im Hinblick auf die FDP oder im Hinblick auf die NPD, jetzt eine Wahlrechtsreform ad hoc zu erreichen, damit eine Partei, die sich zu Unrecht als Zünglein an der Waage auführt, eliminiert wird und eine andere, außenpolitisch schädliche und innenpolitisch unangenehme eliminiert wird, sondern weil wir - und das gilt vor allem für die Angehörigen meiner Generation als lebende Jugendbeobachter des Zerfalls einer Demokratie - heute, wo wir mitgestalten und mitwirken können, immer noch glauben, daß ein Mehrheitswahlrecht mit dem eingebauten Zwang zur Mehrheitsbildung einen größeren Wert darstellt als die Legitimation für die Existenz von Splitterparteien durch ein Proportional-Wahlrecht. Ich gehöre nicht zu denen, die Richterschemle üben wollen, ich muß nur sagen, ich hoffe, daß auch viele Juristen es nicht verstehen, warum 0,5 % der Wähler ausreichend sein sollen, um Mittel der öffentlichen Hand für die parteipolitische Bildungsarbeit und Wahlkampfmittel zu bekommen. Hier scheint mir ein sehr formalistisches, atomistisches, losgelöstes Rechtsdenken fern von der politischen Wirklichkeit zu walten. (Beifall) Ich sage es nicht, weil wir neidisch sind oder das Geld gerne hätten - so schlecht geht es uns heute nicht mehr -, ich bin auch nicht neidisch, weil die an-

deren etwas kriegen. Ich werde zwar die Kassenanweisung nicht selber unterschreiben müssen, weil es hoffentlich ein Amtmann tut, aber mir würde sich die Feder sträuben, wenn ich Zuschüsse der öffentlichen Hand für gewisse Parteien in Form einer Kassenanweisung unterschreiben müßte. (Beifall) Aber das ganze Problem unerwünschter Parteien im Bundestag ließe sich durch eine Wahlrechtsreform lösen. Wenn man jedoch davon spricht, dann werden die Helden müde, senken die Köpfe und haben eine rote Hautfarbe in sich (Beifall), weil hier parteipolitisches Nützlichkeitsdenken und Mandatsarithmetik über staatspolitische Notwendigkeiten obsiegt haben. Und dieses Argument nicht zu erwähnen, kann ich mir bei einer Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union nicht erlauben.

Ich habe das Thema Große Koalition angeschnitten. Es ist eine Reihe von bedeutsamen Gesetzeswerken verabschiedet worden, und zwar in der Großen Koalition, sicherlich nicht in der Idealform, wie wir es immer wollten, aber doch in der Form, daß wir den existentiellen Gehalt unserer politischen Vorstellungen dabei mit einigen Abstrichen durchgesetzt haben. Es ist geradezu ein Witz, wenn die FDP sagt, daß die Parteivorsitzenden Kiesinger, Brandt und Strauß ihr Amt so führen müßten, daß in ihren Parteien einheitliche Meinungen zu allen Streitfragen, so zur Finanzreform, wenn auch über lange Verhandlungen, aber zum Schluß sich herauskristallisieren. Da ist die FDP genau das richtige Modell. (Heiterkeit) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mein Amt nie so verstanden, auch wenn es gelegentlich in der Interpretation von außen so gedeutet worden ist, als ob ich meine Meinung der Partei aufzwingen müßte. Ich war in meinem Leben immer bereit, zu lernen. Ich bin froh, sagen zu können, daß ich so jung bin, daß ich noch mehr lernen kann als in früheren Jahren - ein Zeichen, daß der biologische Alterungsprozeß noch nicht so weit fortgeschritten ist. Ich bin zweitens der Meinung, daß ich selbstverständlich nicht an der Spitze einer Partei bleiben könnte, wenn diese Partei politische Entscheidungen treffen würde, die mit meinen wenigen Grundsätzen, die ich habe, nicht zu vereinbaren wären. Denn die, die lauter Grundsätze haben, sind unerträglich; die, die viele haben, müssen immer Lächer finden, und die, die wenige, aber unverrückbare haben, haben Aussicht, sie durchsetzen zu können. (Beifall) In einem nicht ganz so feierlichen Rahmen hat einmal unser unvergeßlicher Michael Horlacher auf einer unvergeßlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen

Union gesagt, man solle in der Lage sein, die Grundsätze so hoch zu hängen, daß man unten durchgehen kann. (Heiterkeit) Das ist ihm von manchen "Konservativen" übelgenommen worden. Ich mache mir das Wort in der Form, wie es aus einer Laune des Augenblicks heraus gesprochen worden ist, nicht zu Eigen, aber ich sage: Wenige Grundsätze und die durchhalten und nicht alles zum Grundsatz erheben, was man dann doch zum Schluß nicht durchsetzen kann! Dasselbe gilt auch für einen Buchstaben, der oft dubios interpretiert oder dessen Wahrung mit Heftigkeit gefordert und dessen Erwähnung mit Nachdruck vertreten wird, nämlich den Buchstaben C für christlich. Wir stehen auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes, wir stehen auf dem Boden der abendländischen Tradition, auf dem Boden der europäischen Tradition. Sie ist unser Grundsatz und sie ist gleichzeitig Rahmen und Grenze für unser Handeln, und wir würden unsere christliche Überzeugung nur im Tageskampf verbrauchen und verschleiben, wenn wir für jede sachgerechte politische Entscheidung das Motiv und die Begründung "christlich" anführen würden. Die Substanz unserer Politik muß den Geist des Christlichen atmen, aber nicht die Reden unserer Politiker immer von "christlich" tropfen. Und das wird häufig mißverstanden. Wir bleiben eine Weltanschauungspartei, aber eine Weltanschauungspartei, die in dieser Welt mit pragmatischen Methoden den unverzichtbaren Gehalt ihrer weltanschaulichen Forderungen durchsetzen muß. Dazu bekennen wir uns auch. (Beifall) Aber niemand wird etwa im Ernst behaupten wollen, daß die Frage, ob man die Mehrwertsteuer oder eine kumulative Allphasen-Bruttoumsatzsteuer haben soll, etwas mit dem Begriff "christlich" zu tun hat. Das ist eine sachgerechte Entscheidung, die wir getroffen haben, mit der wir das Gemeinwohl fördern und damit fördern wir einen Auftrag, der aus dem christlichen Sittengesetz kommt, wenn er auch nicht immer unter dieser Begründung genannt zu werden braucht.

Wir haben das Kohleanpassungsgesetz verabschiedet, wir haben die mittelfristige Finanzplanung mit ihren ganzen Folgegesetzen durchgedrückt, die Notstandsgesetzgebung, wenn es auch ein Minirock geworden ist, das verkehrspolitische Problem, bei dem für mich eine ^{deu}benso, darf ich sagen, bestürzende wie erfreuliche Angelegenheit - Versuch, alle Notwendigkeiten der Praxis in Gesetzeschema zu formulieren, glanzvoll gescheitert ist, weshalb das Parlament vor der Wahl steht, entweder zu kapitulieren und überhaupt nichts

zu tun oder - das ist das andere, was man machen kann - der Regierung einen weiten Ermessensspielraum zur Anwendung des gesunden Menschenverstandes zu geben, ohne daß der Beamte durch einengende Auslegungen scharfer gesetzlicher Bestimmungen dann in der Öffentlichkeit in eine fragwürdige Rolle gerät. Ich bin überhaupt dagegen - das gilt auch für die kommende Steuerreform -, daß alle möglichen und denkbaren Tatbestände in einem Gesetzesschema erfaßt werden müssen, weil man damit den Ermessensspielraum zerstört und die Verantwortung für eine sachgerechte Entscheidung auf eine Paragrapheninterpretation reduziert (Beifall) und weil man damit unsere Gesetze immer länger, immer komplizierter und zum Schluß immer unverständlich macht. Dreimal muß man sie sowieso lesen, bis man weiß, was gemeint ist.

Damit bin ich beim leidigen Kapitel Finanzverfassungsreform. Ich habe gestern im Vorstand und Parteiausschuß, eben auch der Presse gegenüber, erklärt daß dieser Parteitag nicht das Forum ist, um die Probleme der Finanzverfassungsreform zum Zwecke kontroverser Anreicherung von Rundfunk, Fernseh- und Presseorganen etwa zu erörtern. Dazu ist er nicht das richtige Forum. Wir sind Föderalisten. Es gibt in der CSU nicht Bonner Föderalisten und Münchner Föderalisten. Wir sind alle Föderalisten. Wir sind alle überzeugte Gegner eines zentralistisch geleiteten Einheitsstaates. Ich habe gestern erwähnt, daß Freund Schäffer einmal in einer seiner lakonischen Formulierungen sagte: Wenn die Weimarer Republik kaputt gegangen ist, dann sicher nicht durch die Reichsfinanzverwaltung. Ich bin nicht Anhänger einer Bundesfinanzverwaltung. Wir kommen auch mit einer Länderverwaltung aus, wenn die Länder verfassungsgrechtlich garantiert die Steuergesetze einheitlich auslegen müssen, so daß nicht allzu große Unterschiede und Gefälle in der Rechtslage zwischen einem Land und dem anderen mit einer langwierigen Übergangsphase usw. bestehen. Ich bin zweitens der Meinung, meine lieben Freunde - und ich sage das, obwohl ich vor dem Problem meiner Wiederwahl stehe -, der Meinung, daß Föderalismus nicht verstanden werden kann als Bewahrung eines einmal erarbeiteten Systems und seiner Formen bis in alle Ewigkeit. (Beifall) Deshalb muß ich, unhöflich, wie man ist, darauf hinweisen, daß schon das Grundgesetz anders ausgesehen hätte, und zwar gerade im Kapitel Finanzverfassung, wenn nicht zwei Besatzungsmächte mit ihrer damaligen Besatzungssouveränität eingegriffen und die verfassungsmäßigen Mehrheiten

gehindert hätten, ihre Überzeugung durchzusetzen. Und was wahr ist, muß man sagen dürfen. Es ist auch nicht beleidigend; es ist eine Tatsachenfeststellung.

Warum sage ich das? Nicht um in der Geschichte der Jahre 1948/49 zu graben, sondern deshalb, weil wir alle besorgt sein müssen, unsere föderalistische Ordnung dadurch zu erhalten, daß wir sie weiterentwickeln und als ein brauchbares Instrument für die Lösung der großen Probleme von Gegenwart und Zukunft überzeugungskräftig der Öffentlichkeit präsentieren, damit nicht falsche Propheten mit gängigen Parolen bei Gutgläubigen Anklang finden. Und das erfordert, daß wir Methoden und Instrumente - Freund Goppel hat es heute morgen vielleicht ironisch gesagt - des kooperativen Föderalismus entwickeln müssen. Warum, meine Damen und Herren? Ich weiß nicht, wer in diesem Saal es noch erlebt, daß einmal ein frei gewähltes deutsches Parlament, und zwar für ganz Deutschland, sich eine Verfassung geben kann. Wir arbeiten dafür und wir müssen manchen Umweg gehen, um allen Deutschen Freiheit und Frieden auf lange Zeit sicherzustellen und wieder zu erringen, wo Freiheit verloren gegangen ist, nicht zuletzt durch Verbrechen und Fehler der deutschen Politik. Aber wenn heute ein frei gewähltes deutsches Parlament für ganz Deutschland zusammenträte und souverän dem ganzen deutschen Land eine Verfassung geben könnte, dann hätte ich Sorge um den föderativen Gehalt dieser Verfassung. Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, sollen wir niemals etwas Bestehendes für endgültig halten. Wir als Mittelgeneration - wenn man zu Beginn des Ersten Weltkriegs minus ein Jahr, 1915, geboren ist - haben schon so viel an geschichtlichen Veränderungen in unserem Land und in Europa erlebt und sind immer wieder Gefangene der Parole geworden: Das kann nie mehr vorkommen! Meine Damen und Herren, alles kann wieder vorkommen, wenn wir eine falsche Politik machen; alles, buchstäblich alles, ist wieder möglich, von der innenpolitischen Radikalisierung bis zur Zerstörung Europas bei Versagen unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Alles ist möglich. Und aus diesem Grunde wiegt unsere Verantwortung heute schwer, weil wir souverän unsere Entscheidungen zu treffen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für das Jahr 1969 bahnt sich ein Bündel von Entscheidungen an. Es wird ein Jahr großer Entscheidungen werden. Einmal ist es der Amtsantritt des neuen ameri-

kanischen Präsidenten. B dessen politische Maßnahmen auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet, aber auch auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet für uns von essentieller Bedeutung sein werden. Darum ist für uns die Notwendigkeit gegeben, frei vom Ballast, der sich hüben und drüben angesammelt hat, realistisch ohne falsche Vorstellungen und ohne Illusion wieder ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, auf deren Unterstützung wir angewiesen sind, und der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen. Warum sage ich das? Meine Damen und Herren, weil wir Europäer, auch wir Deutsche, die wir - beinahe hätte ich gesagt "leider" nach den unangenehmen Erfahrungen der mehrtägigen Währungskonferenz - die stärkste Wirtschaftskraft Europas sind, uns endgültig von dem Aberglauben lösen müssen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ein Paradies auf Erden seien, und uns illusionistische Vorstellungen über die Verhältnisse drüben zu eigen machen. Sie sind eine großartige Nation mit einer großartigen Schmelzkraft, aber diese Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre & gewaltigen, auch innenpolitischen, Probleme und ihre außenpolitische Belastbarkeit, die durch Vietnam schon beinahe ausgeschöpft ist. Sie kann nicht von uns auf ewige Dauer ungestraft strapaziert werden. Wenn diese große Ordnungsmacht der freien Welt ihre innenpolitischen Probleme lösen soll, als da sind - stichwortartig - Elendsgebiete, Rassenfrage, gleiche Lebensverhältnisse im Lande, Kampf gegen Gangstertum und ähnliche Erscheinungen, dann braucht der neue amerikanische Präsident die ganze amerikanische Wirtschaftskraft, um mit diesen Problemen in den USA fertig zu werden, und kann sich deshalb nicht als Wohltäter für Asien oder Europa gebärden.

Zum Zweiten, meine Damen und Herren, sollten wir Europäer uns endlich von unserer kleinbürgerlichen Mentalität befreien, daß wir ohne amerikanische Kontrolle und amerikanische Führung in Europa uns selbst nicht mehr verteidigen könnten. Das ist doch ein ganz billiger Vorwand; das ist die Ausrede der Feigen und Unentschlossenen. Weil wir nicht die Kraft haben, den politischen Großraum Europa nunmehr selbst zu schaffen, darum reden wir uns darauf hinaus, daß wir einen anderen Kontinent brauchen, um in unserem Kontinent ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Das ist auf die Dauer weder für die Amerikaner noch für uns erträglich und auf die Dauer auch für keinen der beiden durchzuhalten. (Beifall)

Ich nenne ein anderes Ereignis, das nicht von gleicher dramatischer Tragweite ist, die Wahl des Bundespräsidenten in Deutschland. Und ich hoffe - ich schaue hier niemanden an, auch nicht Richard Jäger in diesem Fall - (Heiterkeit), daß die Bundesversammlung an diese mehr als repräsentative Spitze - es ist keine exekutive Spitze wie in USA, aber sie ist mehr als eine repräsentative Spitze - eine Persönlichkeit wählen wird, die die integrierende Kraft hat, unsere Nation zusammenzuführen statt die Diskussion über Gegenwart und Vergangenheit mit spaltenden Elementen und Tendenzen unbegrenzt fortzusetzen. (Beifall)

Dann kommen für uns im nächsten Jahr Aufgaben, von denen wir mehr oder minder aktiv betroffen werden, nämlich die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum Deutschen Bundestag. Wofür kämpfen wir? Um Fortsetzung der großen Koalition oder Auflösung der großen Koalition? Nein, - meine Damen und Herren - Und wenn wir die absolute Mehrheit erreichen, sind für uns die Probleme auch noch lange nicht gelöst, weil dann jeweils die Diskussion der innerparteilichen Koalition auszubrechen droht. Wenn wir sie nicht erreichen, werde ich heute nicht sagen, was man dann tut, weil ich es für völlig falsch hielt, sich heute durch irgendwelche Erklärungen die Hände zu binden, um morgen entweder unter Berufung auf eine frühere Erklärung in der Entscheidung nicht mehr frei zu sein oder sagen zu müssen: Was kümmert mich mein dummes Geschick von der letzten Parteitagsspreche?

Ich halte die große Koalition für keine erstrebenswerte Dauererscheinung - das habe ich immer gesagt -, und sie sollte nicht geplant fortgesetzt werden. Wir sollen versuchen, unsere politischen Vorstellungen ohne die Notwendigkeit sachverschlechternder Kompromisse durchführen zu können, und wenn wir das nicht können, dann werden wir die Lösung treffen, bei der wir ein Optimum unserer politischen Vorstellungen durchsetzen können, was nicht etwa allein durch die quantitative Schwäche des Partners gewährleistet ist. Ich habe mich so vorsichtig ausgedrückt, daß sich jeder daraus das Rezept entnehmen oder auch nicht entnehmen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als ich vor etwas mehr als zwei Jahren von meinem langjährigen Freund und parlamentarischen Mitstreiter Kurt Georg Kiesinger aufgefordert wurde, das Finanzministerium zu übernehmen, da gab es viele Stimmen, die dafür

waren und viele Stimmen, die dagegen waren. Es gab auch einen Rat besorgter Freunde: In diesem Ministerium gehst du kaputt. Ich habe nicht meine Biographie in dieser Rede zu erwähnen, ich habe nur zu sagen - und mit Dank an meine parlamentarischen Freunde in der CSU-Landesgruppe, mit Dank vor allen Dingen für Richard Stücklen, was ich hier in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen will - (Beifall), daß die solidarische Geschlossenheit der CSU in Bonn und, nicht zuletzt dank seiner Führung des Vorsitzes, die solidarische Unterstützung durch die Fraktion der CDU/CSU und ein ausreichendes Maß an sachlicher Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner mir ermöglicht haben, die mir damals unter schwierigen Umständen übertragenen Aufgaben so zu lösen, daß ich heute mit gutem Gewissen auf das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit hinweisen kann. (Beifall) Erinnern Sie sich noch an die lähmende Landesversammlung - ich glaube, im gleichen Saal -, die wir im Sommer 1966 durchgeführt haben, als das Gespenst der wirtschaftlichen Krise, als der Schatten einer kommenden Arbeitslosigkeit, als die Malaise eines allgemeinen politischen Unbehagens durch die deutschen Lande schlich? Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht das Ergebnis unserer Politik - das wäre eine falsche und übertriebene Aussage -, es war die richtige Politik die sich aber nur deshalb segensreich auswirken konnte, weil unser Volk trotz aller verführerischen Parolen das Arbeiten als die Voraussetzung des wirtschaftlichen Erfolgs noch nicht verlernt hat. (Beifall)

Ich möchte nicht die Diskussion der Währungsdebatte hier im einzelnen wiederholen, aber ich möchte gerade unseren bäuerlichen Freunden sagen - nicht um glühende Kohlen auf ihrem Haupt zu sammeln, die würden sie nicht spüren, sondern um unsere wirklichen Motive noch einmal glaubhaft auszudrücken -: Wenn wir so nachhaltig gegen eine Aufwertung der D-Mark gekämpft haben, dann nicht, weil wir im *status quo* Zustand der *beati possidentes* für die Schwierigkeiten der anderen Länder kein Herz gehabt hätten, sondern unter anderem und nicht zuletzt deshalb, weil angesichts der Tatsache, daß der Dollar Rechnungseinheit für die Agrarpreise ist, jedes Prozent Aufwertung bei gleichbleibenden Kosten einen Einnahmeverlust für die Landwirtschaft von 250 Millionen DM bedeutet hätte, bei 5 % also 1,25 Milliarden DM und bei 8 % 2 Milliarden Einnahmeverlust entstanden wären. Es gibt eine Reihe anderer Gründe, die ich nicht nennen kann, weil die Zeit dafür nicht reicht. Aber dieser Einnahme-

verlust hätte nicht ausgeglichen werden können. Er hätte weiter zur Unsicherheit, zur Unruhe in diesem wichtigen Kreis der Bevölkerung beigetragen und hätte damit radikalen Demagogen einen Acker beschert, auf dem sie hätten säen können, um ernten zu können.

Folgt Seite 121

Hergestellt im Archiv für Christliche Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Manchmal wird, auch von Parteifreunden, gefordert; "Komm doch in diesen oder jenen Bezirksverband, wir wollen mit Dir die Probleme der Agrarpolitik diskutieren!" Mein regelmäßiges Nein bedeutet nicht Angst vor der Diskussion, persönliche Bequemheit oder Faulheit oder Vermeidung einer vielleicht unangenehmen Auseinandersetzung, sondern höchstens rationale Erwägung. Erstens langt mir der Höckerl für die Diskussion, der schließt alle Bezirksverbände ein. Und zweitens muß ich meine Zeit verwenden, um da, wo die Entscheidungen fallen, auch für die Landwirtschaft das herausholbare Mögliche zu gewährleisten. (Beifall) Ich bitte, auch Verständnis für unseren geplagten Bundeslandwirtschaftsminister zu haben, der ein hohes Maß an Sachkunde, eine unwahrscheinliche Kapazität an Steh- oder Wiederaufstehvermögen (Heiterkeit und Beifall) und dazu - in Bayern ist das kein Schimpfwort - eine höchstentwickelte Kapazität an Schlitzohrigkeit hat, (Heiterkeit und Beifall) ohne die er gegenüber dem von ihm betreuten Personenkreis und gegenüber seinen Verhandlungspartnern nicht auskommen würde.

Ich möchte zu dem von mir angeschnittenen Thema Finanzreform nur sagen, daß wir in aller Ruhe, Leidenschaftslosigkeit und Sachlichkeit die Verhandlungen im Bundesrat verfolgen und uns auf die schwierigen Auseinandersetzungen im Vermittlungsausschuß vorbereiten werden. Ich möchte aber auch gleich sagen, daß die Spekulation von legitimierten und nichtlegitimierten politischen Wetterfröschen, daß darüber die Einheit der CSU zerbrechen und sie in zwei heillos verfeindete Flügel auseinanderfallen würde, jeder Grundlage entbehrt, aber auch jeder Grundlage! Man kann sehr wohl in einer Frage, vielleicht auch milieubedingt, verschiedener Meinung sein. Ich bin kein Marxist, der behauptet, daß das Milieu den gesamten Charakter allein jforme, aber das Milieu spielt manchmal schon eine Rolle. Ich spreche nicht vom Münchner Milieu oder vom Bonner Milieu, sondern ich meine das Milieu schlechthin. Unser bayerischer Sonderbotschafter, in Bonn, Franz Heubl, hat sich ohne jeden Zweifel, wie ich aufgrund vieler Gespräche feststellen muß, ehrliche Mühe gegeben, Übertreibungen auf beiden Seiten

zu verhindern, sie auf ein unvermeidliches Mindestmaß zu beschränken und damit den Boden für den Kompromiß zu bereiten, den wir erreichen müssen und erreichen werden, soweit es an uns liegt (Beifall). Damit ist auch die Grundlage für eine wesentliche finanzielle Verbesserung unserer Gemeindefinanzen gelegt, ohne daß ich dieses reizvolle Thema bei diesem Anlaß im einzelnen behandeln könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns heute morgen eingehend und ausgiebig über ein Thema unterhalten, das die politische Landschaft der nächsten Jahre entscheidend mitanreichern wird, nämlich das Thema Mitbestimmung. Leider hat das Wort "Mitbestimmung" schon einen etwas abgestempelten Charakter bekommen. Man kann aber die Menschheit, jedenfalls bei uns nicht, nicht einteilen in Anhänger der Mitbestimmung - das sind diejenigen, die das C ernst nehmen und die das Wort "sozial" in unserem Namen noch ernst nehmen - und die anderen, bei denen es weltanschaulich hapert, die, wie man sagt, kein soziales Verantwortungsbewußtsein haben.

* Ich habe aus meiner Meinung nie ein Hehl gemacht. Diese Meinung geht dahin, daß die unternehmerische Entscheidung dem obliegen muß, der dafür Haftung und Risiko auf sich genommen hat (Beifall). Das ist eigentlich der einzige Grundsatz, den ich für mich selbst bei dieser Frage erarbeitet habe. Deshalb soll man auch nicht von vornherein die Diskussion um diese Frage, wo es um innere Ordnung, soziale Gerechtigkeit und Frieden in unserem Land geht, unter Wahlkampfaspekten führen. Wir werden in aller Ruhe den Bericht der Kommission von Professor Biedenkopf abwarten, wir werden ihn gründlich studieren und werden dann uns überlegen, welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Das damals von der Unternehmenseite zum Teil bekämpfte Betriebsverfassungsgesetz - ich rede jetzt nicht vom Mitbestimmungsgesetz im Montanbereich - hat sich als für den

inneren Frieden in den Betrieben, für den inneren Frieden in Deutschland, für Ruhe und Ordnung sehr heilsam erwiesen. Wir wollen - ich glaube, das darf ich auch für die überwältigende Mehrheit der Unternehmer sagen - keine patriarchalische, feudalistische Wirtschaftsführung. Alles andere als das! Wir wissen, daß heute der Begriff der *human relations* der im Betrieb ein Wirtschaftsfaktor ist, den man früher bei der rein sachlichen, nicht anthropologischen Betrachtungsweise immer ignoriert hat, wo man nur Kapital und Arbeit sah.

Das Klima in einem Betrieb schließt, wie wir es formuliert haben, ein Recht der Mitwirkung und Mitgestaltung in den Fragen ein, die sich dafür eignen, und das sind viele. Das schließt auch das Recht der Beauftragten der Belegschaft ein, über den Status des Betriebs und die Absichten der Betriebsführung voll informiert zu werden. Ein informierter und gebildeter Arbeitnehmer ist für radikale Parolen im Zweifelsfall nicht anfällig und für unter Umständen schwierige Maßnahmen als Mitarbeiter außerordentlich wertvoll und unentbehrlich (Beifall). Wogegen wir uns aussprechen, das ist die Trennung der Entscheidungsfunktion von der Risiko- und Eigentumsfunktion. Wogegen wir uns aussprechen, ist dies, daß nichtkontrollierbare Gewalten, die eine wirtschaftliche Machtfülle ansammeln, eine zunehmende Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ausüben könnten (Beifall). Das wollen wir nicht!

Wir als Christlichsoziale sind über die Vorstellung "Kapitalismus hier und Sozialismus dort" schon bei unserer Gründung hinaus gewesen. In unseren Gesprächen - Freund Josef Müller, Du wirst Dich erinnern - sind wir von Anfang an davon ausgegangen, daß Kapital und Arbeit Partner und nicht Feinde sind und daß der richtige, produktive Einsatz des Kapitals den besten Ertrag für den Faktor Arbeit mit sich bringt, nämlich in Gestalt der höchstmöglichen Löhne und in Gestalt der stärksten sozialen Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand wie der Privatwirtschaft.

Wer wie ich in den wenigen Urlaubstagen, die mir bleiben, im Mai und Juni ein paar Tage in Frankreich war und die Möglichkeit hatte, in Gesprächen mit beiden Seiten, mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sich ein Bild von der Lage zu machen, um dann dieses Bild der sich in Frankreich abzeichnenden Lage mit unseren Verhältnissen zu vergleichen, der muß sagen, daß Frankreich doch noch mehr ungelöste innenpolitische Probleme hat als wir. Worüber wir uns nicht freuen dürfen, sondern was uns im Gegenteil verpflichtet, unsere im Augenblick bessere Wirtschafts- und Finanzverfassung zur Unterstützung unseres französischen Partners zur Verfügung zu stellen. (Vereinzelter Beifall) Wir sitzen nämlich heute in einem Boot, und die Franzosen und die Deutschen sitzen in diesem Boot ganz nah nebeneinander, und bei uns darf kein Raum mehr für nationalistisch begründete Schadenfreude sein. Und bei uns darf kein Raum mehr für einen nationalen Alleingang sein, der nur auf den Vorstellungen einer grandiosen Vergangenheit aufbaut, die ihre Schatten noch in die Gegenwart wirft, aber eben nur noch Schatten und nicht mehr.

Wir haben uns auch heute schon über die Landwirtschaft unterhalten; ich habe dazu einiges im Zusammenhang mit dem Thema Aufwertung gesagt. Ich möchte hier - nicht weil wir eine unangenehme Diskussion vermeiden, sondern weil wir Unheil abwenden wollen - ganz energisch darum bitten, daß nicht die Öffentlichkeit und unsere Landwirtschaft durch pessimistische Untergangsprognosen in ständiger Daseinsangst, Existenzfurcht und in einer Todesstimmung gehalten wird. (Lebhafter Beifall) Es besteht dafür überhaupt kein Grund! Man kann ruhig Zukunftsstudien machen, aber man soll nicht mit solchen Zukunftsstudien Unruhe und Unheil in die Welt setzen.

Wenn jemand im Jahr 1950 eine Zukunftsstudie über die nächsten 18 Jahre deutscher Landwirtschaft gemacht hätte und damals die Zahlen hineingeschrieben hätte, die heute

eingetreten sind, dann wäre damals schon größte Angst und Unruhe entstanden. Unser Bauernstand ist nicht zum Absterben verurteilt. Aber auch unser selbständiger Bauernstand, als Teil unserer mittelständischen Schichten, kann nur im Einklang mit unserer marktwirtschaftlichen Entwicklung, durch Anpassung an die Zukunftsentwicklung, in die nächste Generation und in das nächste Jahrhundert hinüberkommen. Es ist einfach nicht wahr, daß nur der Farmindustrielle eine Lebenschance hat. Das mag für Rußland stimmen, mit den Kolchosen oder Sowchosen, das mag für die USA oder auch für Kanada stimmen, wo sie im Sommer Weizen ernten und im Winter in der Stadt wohnen. Wir haben zwar die gleichen ökonomischen Gesetze, aber wir haben eine andere Tradition, eine andere Denkweise, eine andere Verhaltensweise. Es ist noch lange nicht gesagt, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb, der zwar weitgehend, aber nicht voll mechanisiert werden kann, also immer wieder auf fremde Arbeitskräfte mit hohen Kosten angewiesen ist, als einziger eine Zukunftschance hat. Der bäuerliche Vollbetrieb, der selbstverständlich einen unternehmerisch denkenden Betriebsführer voraussetzt, wie er zum Teil vorhanden ist, zum Teil erzogen werden muß, der wird überleben. Im Sinne des Wortes unseres Ministerpräsidenten, vor einigen Jahren gesprochen, wollen wir dem eine echte Chance geben, der Haus und Hof behalten und bei richtiger Form der Zusammenarbeit und der Arbeitsteilung noch ein gutes Einkommen für seine Familie aus einer gewerblichen Tätigkeit erzielen kann, sei es durch Nebenerwerbs- oder Zuerwerbsbetrieb.

Wenn heute dieses Programm des Landwirtschaftsministers, das wir vor dem Zugriff anderer Ressorts gerettet haben - Freund Höcherl weiß, wen und was ich meine -, und das Programm des Wirtschaftsministers, das Programm für strukturschwache Gebiete, richtig koordiniert werden, dann werden wir im Lauf der nächsten zehn Jahre jedes Jahr eine Zahl

von vielen tausend Arbeitsplätzen industrieller oder gewerblicher Art auf das Land bringen und damit den Zwang zur Kooperation in der Landwirtschaft und gleichzeitig die Möglichkeit, im gewerblichen Bereich zu verdienen, verstärken. Wir können diesen Bauern der Zukunft freilich nicht die richtige Mentalität mit dem Nürnberger Trichter beibringen. Wenn er glaubt, von den gebotenen Möglichkeiten keinen Gebrauch machen zu müssen oder zu können, ist das seine Sache. Unsere Landwirtschaft ist in der Basis gesund, und wir werden sie gesunderhalten. Wir müssen unserem Landwirtschaftsminister Höcherl helfen, dieses Amt überzeugend ausüben zu können. Dann wird er sich an der Seite seines bayerischen Kollegen, des nunmehr leider aus seinem Amt scheidenden Freundes Alois Hundhammer, und seines Nachfolgers, sozusagen als gebürtiger Bundesminister behaupten können. Ich meine das selbstverständlich humorvoll (Heiterkeit). Denn ein Landwirtschaftsminister, der nicht eine gewisse Resonanz bei dem Personenkreis findet, den er zu betreuen hat, kann sein Amt auf die Dauer nicht ausüben. Auch hier wollen wir die Kirche beim Dorf lassen.

Ich möchte nicht behaupten, daß bei uns alles glänzend geregelt sei. Aber ich möchte behaupten, daß wir das Mögliche getan haben und daß die Verhältnisse bei uns auf dem Land in Deutschland immer noch besser sind als in den meisten anderen europäischen und nichteuropäischen Ländern (Beifall). So bekennen wir uns zu einer modernen Agrarpolitik nicht nur mit der Phraseologie der Reden, sondern auch in den harten Entscheidungen der Haushaltsverhandlungen.

Meine Damen und Herren! Sie glauben vielleicht nicht, wie hart auch politische Verhandlungen geführt werden, wenn es um das Geld geht, wenn eine nicht beliebig auszuwehnende, auch nicht auf dem leichten Weg des süßen Gifts des Schuldenmachens sozusagen zu erweiternde Verfügungsmasse zur Verfügung

steht, die dann verteilt werden soll. Hier muß ich sagen, daß Minister Höcherl mit Verhandlungsgeschick, mit Zähigkeit und mit einer leider mich manchmal übertreffenden Schlaueit das Optimale herausgeholt hat (Heiterkeit und Beifall). Was ich mit der letzten Bezeichnung meine, wird er am Montag oder Dienstag in einem Brief lesen, den ich ihm geschrieben habe.

Wir danken in unserem Programm und in unserer politischen Praxis an die Gesellschaft von morgen. Das ist eine gängige Phrase, die jedem mühelos über die Lippen gleitet. Denn für die Zukunft zu sein, prägt sich besser als Mode im Frühjahr. Heute gibt es nur noch Futurologen. Aber was heißt denn "die Zukunft gestalten"? Das heißt ^{vor allem} wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Weiterentwicklung unserer wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Situation zu gewinnen und unsere politischen Entscheidungen damit in Einklang zu bringen. Ich sage das im besonderen Hinblick auf seinen derzeitigen Amtsbereich. Es steht nämlich einfach der Wunsch, möglichst viele Einnahmen des Staates für Umverteilung, also für Einkommensübertragungen zu verwenden, in einem durch keine Phraseologie aufzuhebenden Widerspruch mit der Notwendigkeit, einen wachsenden Anteil unserer Haushalte für investitions- und wachstumsfördernde Ausgaben zur Verfügung zu stellen. Wir können durch parasozialistische Methoden die Knappheit der Mittel von heute scheingerecht verteilen, aber wir können damit nicht das Wachstum für morgen sicherstellen. Wir haben nicht umsonst in Bayern, durch die Bayerische Staatsregierung, und auch durch uns im Bund, die Haushalte für Wissenschaft, Forschung und technische Entwicklung mit der höchsten Zuwachsquote ausgestattet, die in der Natur der Sache möglich und in Abgleichung mit anderen Interessen durchsetzbar war, nämlich 15 bis 20 % von Jahr zu Jahr.

Nur ein Beispiel! Es ist nicht reine Selbstgefälligkeit

hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hann-Sevel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mitschriftlicher Genehmigung des ACSP

keit, wenn ich das sage: Wenn wir im Jahr 1955 unter einem weisen Entschluß des alten Kanzlers nicht angefangen hätten, mit wachsenden jährlichen Haushaltsbeträgen die zivile Kernforschung und Kerntechnik zu fördern, dann wäre unsere Industrie, unbeschadet ihrer großen Leistungsfähigkeit, heute nicht in der Lage, sich im Wettbewerb mit den nuklearen Militärmächten auf zivilem Gebiet zu behaupten. Dann wären Siemens, AEG, Brown Boveri und wie sie alle heißen, dazu nicht in der Lage. Das ist ein ideales Beispiel dafür, daß Staat und Wirtschaft mehr denn je Partner sind, nicht der eine Nachtwächter und der andere ein in splendid isolation dahinlebendes Phänomen. Der Staat muß eben heute einen wachsenden Teil seiner Mittel für den wirtschaftlichen Fortschritt von morgen einsetzen (Beifall).

Die Konsequenz heißt, manche Wünsche nach konsumorientierten Ausgaben zurückzustellen oder einzuschränken, im Interesse des Lebens von morgen. Das ist eine Frage, vor der wir als Regierung in Bund und Land gemeinlich täglich stehen, wenn der Ansturm der durchaus legitimen Interessen von allen Seiten erfolgt. Dabei hat es der Finanzminister relativ noch am einfachsten: wenn man nämlich von allen Seiten angegriffen wird, hält man sich besser im Gleichgewicht. Der Rundumangriff verleiht einem das nötige Rückgrat um so leichter (Heiterkeit).

Dazu gehört auch, daß unter die Schwerpunkte von morgen eine bundeseinheitlich - mit Zustimmung der Länder - vorgesehene Ausbildungsförderung einzureihen ist. Wir müssen das, was bei uns an Begabungsreserven vorhanden ist, auch durch staatliche Unterstützung voll ausschöpfen. Wir können deshalb nicht jedem gleich viel geben. Hier muß differenziert werden, einmal nach der wirtschaftlichen Lage des Betroffenen, zum andern nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und Begabung. Wir müssen dieses Prinzip durchhalten. In diesem Bereich sind schwierige Probleme zu lösen. Unser Kollege Huber hatte recht, wenn er gestern sagte, daß er und ich uns in einer bestimmten Funktion

sozusagen häufig ablösen. Ich habe großes Verständnis dafür, wie schwierig das Amt eines Kultusministers heute ist. Gerade das veranlaßt mich zu der Bemerkung, daß in diesem Bereich alles getan werden muß, um irrationale, emotionale, unverantwortliche und zum Teil sogar kriminelle Elemente daran zu hindern, einen Solidarisierungseffekt mit solchen zu erreichen, die an sich nur ein legitimes Anliegen vertreten, ohne mit den sonstigen Zielen der Opposition dieser Art einverstanden zu sein.

Ich möchte auch nicht behaupten, daß hier alles zum besten steht. Es gibt an den Universitäten noch eine Art Erbhof- und Privilegienprinzip unserer Rektorats- und Ordinariatsverfassung, das einmal durch ein freiheitlicheres System abgelöst werden muß (längerer Beifall). Es ist schlechterdings unwahr, wenn man mir unterstellen will, wir seien gegen die Studenten. Ich bin nur gegen einen ganz kleinen Prozentsatz von solchen, die mehr oder minder nur den Titel Student tragen, ohne es in Wirklichkeit zu sein (Beifall). Ich meine die Dauerstudiker, wie wir sie in Diskussionen immer wieder sehen. Zu mir sagte einmal einer: "Seit 1953 werden wir Studenten systematisch um unsere Rechte betrogen." Darauf sagte ich zu ihm: "Was, so lange studieren Sie schon und haben immer noch keinen Abschluß gemacht?" (Beifall) Es gibt eine Reihe von Dingen, die hoffentlich jetzt durch das Hochschulgesetz mit Einschluß der Fachhochschulen geregelt werden.

b

Wir haben eine gewisse gesellschaftsbildende Bewußtseinbildende Kraft. Deshalb sage ich: Machen wir uns frei von der Wahnvorstellung, daß man unbedingt Akademiker sein müßte, um privilegierter Zeitgenosse zu werden! (Lebhafter Beifall) Man muß zwischen verschiedenen Studienrichtungen differenzieren. Es gibt Disziplinen, wo zehnmal so viel studieren, als hernach Aussicht haben, einen adäquaten Beruf auszuüben. Aber bei der Freiheit von Lehre und Forschung

ist das Risiko nicht zu vermeiden. Ich möchte auch sagen, daß der Ingenieur der Zukunft - zahlenmäßig wird er jedenfalls in großer Mehrheit sein - der Fachhochschulingenieur und nicht der Diplomingenieur sein wird und daß dieser Fachhochschulingenieur genauso gute Aufstiegschancen hat und einen eben solchen Anspruch auf gesellschaftliche Anerkennung wie der, der ein akademisches Diplom klassischer Provenienz aufweisen kann (Beifall). Machen wir uns doch endlich frei von der noch aus uralten preußischen Zeiten stammenden abergläubischen Mentalität, man müsse Akademiker und Reserveoffizier sein, um in diesem Leben als vollwertiger Zeitgenosse anerkannt zu werden!

Man soll einen Beruf erlernen, man soll die Fähigkeit und den Antrieb haben, umzuschulen, wenn dieser Beruf keine Chance mehr bietet, oder sich weiterzubilden, damit man aufsteigen kann. Wer das nicht kann, muß mit dem bescheideneren Leben zufrieden sein, das der Mangel an Fähigkeiten oder gutem Willen eben unvermeidlicherweise mit sich bringt. Ich möchte nicht in fremden Revieren wildern und mich deshalb mit Fragen der Bildungspolitik im einzelnen nicht befassen, sondern nun noch im Abschluß meiner Rede einen wesentlichen Gedanken vortragen.

Ich möchte sagen, daß wir nicht nur schwerwiegende innenpolitische Probleme haben, sondern daß unsere wirtschaftliche Potenz, die wir erhalten, vor dem Abgleiten bewahrt und wieder gestärkt haben, uns vermehrt zu außenpolitischen Verpflichtungen heranholt. Ich habe einiges über dieses Thema über die Frage der Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Europäer, schon erwähnt. Ich darf mit wenigen Sätzen noch den Blick nach der anderen Seite wenden. Fassen Sie es nicht als billiges Lob oder Eigenlob, sei es meiner Person oder der CSU, auf, wenn ich sage: Wir waren zwar am 21. August empört, aber wir brauchten keine grundsätzliche Auffassung zu ändern, wie es bei anderen der Fall war (Beifall). Es wäre Hochstaperei,

zu behaupten, daß wir k Datum und Faktum gekannt haben. Wir wußten ziemlich genau, was im Aufbau war, was aufmarschiert war. Aber wir wußten nicht: Wird auf den Knopf gedrückt oder wird nicht gedrückt. Eines glauben wir nicht: daß der Prozeß der Liberalisierung und Demokratisierung in der Sowjetunion so weit fortgeschritten ist, daß die Krenalführung zu harten Maßnahmen nicht mehr in der Lage wäre. Da mußten andere ihr Weltbild korrigieren, weil ihre Weltanschauung falsch war, um mich noch sehr höflich auszudrücken.

Im Grunde hat sich seit dem 21. August für uns nichts geändert. Aber unsere militärische Sicherheit hat sich ohne Zweifel verschlechtert. Bis zum 21. August haben wir oft eine Parole gehört - in unseren Reihen ist sie nicht absetzbar gewesen -, nämlich die vorhin schon erwähnte Parole, eine Rückkehr zu stalinistischen Methoden - siehe gewaltsame Unterdrückung der eigenen "Bundesgenossen" - komme nicht mehr in Betracht.

Nach dem 21. August kam eine neue Parole. Sie hieß: "Ja, ja, gut, sehr peinlich, unangenehm! Aber das ist ja im eigenen Machtbereich geschehen, der durch die Demarkationslinie auf Jalta gezogen worden ist, aber dieser Machtbereich wird nie überschritten werden." Ich kann darauf nur eine einzige Antwort geben: Die zweite Parole, daß diese Linie nicht überschritten wird, hat genauso viel Glaubwürdigkeit wie die erste, daß so etwas wie die Invasion in die Tschechoslowakei nie mehr möglich sein würde (Beifall).

Und wenn diese illusionistische Prognose, daß der Machtbereich nie überschritten werden wird, einmal nicht stimmt, dann gibt es niemand, den wir im Sinne etwas eines zivilrechtlichen Schadenersatzanspruches dafür haltbar machen können.

Meine Damen und Herren, wir malen nicht den Teufel an

die Wand, wir sehen keine Gespenster, wir sind keine Schwarzmalerei, die Untergangsvisionen haben, wir sind keine Kommunismesser oder die wildesten aller kältesten Krieger. Das sind wir alles nicht - nur reiß Realisten! Und zwar deshalb, weil wir es uns als politisch Verantwortliche, die wir für die Sicherheit, die Freiheit, für Leben und Überleben der heutigen und der kommenden Generation verantwortlich sind, nicht erlauben können, kaffeefestschleudernde Außenpolitik zu treiben (Beifall). Wir können es uns nicht leisten, unsere Wunschvorstellungen in unser außenpolitisches Weltbild einzubauen, weil wir als Christen in der Politik den Begriff der Verantwortung so ernst nehmen, daß wir nicht Opfer unseres Wunschdenkens werden. Unsere Wünsche laufen gleichfalls in eine sehr ruhige und heitere Zukunft hinein. Aber wir wissen, daß wir unter Umständen auch gewittrige Regenschauer oder Hagel haben werden und daß wir auch darauf vorbereitet sein müssen. Wir wollen das schlimmste verhindern, und deshalb müssen wir wachsam sein.

Ich will niemanden in Unruhe versetzen, aber die Folgen der Ereignisse des 21. August bedeuten mindestens zweierlei. Erstens daß der Krenkommunismus, weil er zu einer echten Koexistenz weder fähig noch bereit ist, es nicht zuläßt, daß auf irgendeinem Weg, sei es auch der eigenständigen inneren Entwicklung, ein Land aus dem Zugriff seines Machtbereichs sich entfernt. Die neue These von der sozialistischen Souveränität ist eine schauerliche Ergänzung dessen, was das völkerrechtliche Lehrbuch unter Souveränität versteht.

Die zweite Konsequenz ist, daß die potentielle Möglichkeit, die technische Ausgangsbasis, für den Fall, daß die dazu "richtigen" Umstände eintreten, gegeben ist, die Europafrage im Sinne der Moskauer Vorstellungen endzulösen. Ich sage, daß die Möglichkeit gegeben ist! Ich behaupte nicht, daß die Situation dafür da ist, aber ich hielte es für verbrecherisch leichtsinnig, einfach zu leugnen, daß eine solche Möglichkeit jemals entstehen könnte.

Diese Möglichkeit wird nie in die Wirklichkeit umgesetzt werden, wenn Geist und Praxis der NATO wiederbelebt werden und wenn sich die Europäer als europäisches Element in der NATO endlich dazu entschließen, zur Verantwortung zurückzukehren, statt in ihren nationalstaatlichen Schrebergärten Illusionen der vergangenen Größe nachzuhängen (Längerer Beifall). * So sind wir in der Christlich Sozialen Union aus einem ich kann ruhig sagen ethisch und ^{oder} genauso gut christlich gegründeten Verantwortungsbewusstsein Überzeugte und leidenschaftliche Anhänger der europäischen Einigung. Wir haben Rückschläge erlitten, es gab für einige Jahre Stillstand zu verzeichnen, was kein Rückschlag ist. Aber wir dürfen niemals müde werden. Wenn die Erfahrungen, Leiden und Schicksale unserer Generation nicht ausreichen, um den politischen Durchbruch zur Einheit Europas zu erzielen, dann muß unser politisches Erbe darin bestehen, der nächsten politischen Generation dieses Vermächtnis mitzugeben, weil in diesem Jahrhundert entweder Europa zur politischen Weltgeltung zurückkehrt oder als gestaltende Kraft aus dem Weltbild des nächsten Jahrhunderts verschwinden wird (Beifall).

*k Und diese Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist viel wichtiger als das, was wir an oft so aufregenden, sensationellen innenpolitischen Streitfragen jahrelang vor uns herwälzen. Ob das die Fortsetzung der Parteienzersplitterung durch das Wahlrecht ist, ob das die Mitbestimmungsfrage oder ob das die Probleme der Finanzverfassungsreform sind. Das Mitbestimmungsrecht über Fragen außerhalb der Grenzen unserer Länder haben wir schon längst verloren. Siehe die Vorgänge im Mittelmeer im letzten Jahr und auch in diesem Jahr. Und jetzt sind wir daran, das Selbstbestimmungsrecht über uns selbst stückweise zu verlieren. In zehn Jahren wird man nicht mehr über die Frage Mitbestimmung oder nicht reden, wie heute, sondern dann wird der aus dem Computer kommende Sachzwang die Entscheidungen erzwingen, die auf den Schreibtischen nichteuropäischer Konzernherren mit Filialen in unseren Ländern getroffen werden - wenn das so weitergeht.

Man soll meinen Äußerungen alles unterstellen, nur eines nicht: einen antiamerikanischen Akzent oder ein antiamerikanisches Ressentiment. Wir haben Amerika schon für unsere Politik entdeckt, als andere noch den Gedanken, mit Amerika militärisch verbündet zu sein, aus theologischen oder metaphysischen oder höchst opportunistischen Gründen abgelehnt haben (Beifall). Wir wissen heute aber auch, daß nicht alles Heil von USA kommen kann, daß wir Partner der USA und nicht Protektorat der USA werden müssen und werden dürfen (Beifall). Es war für mich - lassen Sie mich das gerade nach diesen zwei Jahren, nach denen ich mich Ihnen als Finanzminister und Parteivorsitzender sozusagen zu präsentieren habe, sagen - in den letzten Monaten doch sehr beruhigend, zu sehen, wie wir nach einer Periode glanzvollen Aufstiegs und einer Gott sei Dank relativ kurzen Periode einer zum Schluß sich nur als Stagnation auswirkenden Rezession wieder Tritt gefaßt haben. Wir sehen, daß unsere Bundesfinanzen konsolidiert sind, wenn auch mit Opfern und Abstrichen, daß unsere Länderfinanzen und Gemeindefinanzen sich von Jahr zu Jahr wieder bessern. Wir verzeichnen die Tatsache, daß allein Bayern in diesem Jahr über 30 Millionen Mark mehr an Einkommen- und Körperschaftssteuer einnimmt als im Haushalt vorgesehen, daß die Gesamtheit der Länder in diesem Jahr 1,5 Milliarden DM mehr und die Gemeinden ⁵⁰⁰ 500 Millionen DM mehr - durch die Gewerbesteuer - einnehmen; im nächsten Jahr werden es für die Länder 2,5 Milliarden DM mehr sein, als in der Finanzplanung prognostiziert wurde. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir auch jetzt schon bei beginnendem Winter Vollbeschäftigung haben, daß die Zahl der offenen Stellen mehr als doppelt so groß ist als die zum Teil nur in der Statistik ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen; freilich ist die Statistik bei uns strenger als etwa in den USA.

Wir stehen weiter vor der Tatsache, daß die Auftragspolster steigen, daß die Investitionswelle immer noch im Gang ist und anhalten wird und daß die Konsumwelle in diesem Jahr begonnen hat; an diesem Weihnachten wird sie eine Rekordhöhe erreichen.

Die Aussicht besteht, daß die Industrieproduktion im nächsten Jahr um zehn Prozent gesteigert werden kann, daß bei der Investitionswelle 12 bis 16 % weiterhin erwartet werden können und daß die Konsumwelle auf zehn bis 12 % mindestens gehen wird.

Al das gibt uns die Gewißheit, daß wir in die politischen Auseinandersetzungen des Wahljahres 1969 auf der konsolidierten Basis einer gesunden Wirtschaft, reorganisierter und konsolidierter Finanzen, auf der Basis der Vollbeschäftigung und damit einer inneren Beruhigung und einer Freiheit vor wirtschaftlicher Sorge und sozialer Angst eintreten können. d

Ich will gar nicht den Beitrag des Koalitionspartners negieren. Nichts ist in der Politik unglaubwürdiger, als nur Licht und nur Schatten zu sehen, als schwarz/weiß zu malen, als zu sagen: alles wir und die anderen gar nichts. - Aber die Tatsache, daß unser Koalitionspartner mit uns gemeinsam, auch der Kollege Schiller, diese Politik machen konnte, verdanken die Sozialdemokraten, verdanken wir uns und unser ganzes Volk dem Umstand, daß dieser Koalitionspartner niemals seit 1949 die Mehrheit gehabt hat, um seine politischen Vorstellungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet durchzusetzen (lebhafter Beifall). Er kann sich heute mit geändertem Programm, mit geändertem Weltbild, zum Teil mit geänderter Weltanschauung auf dem Boden der von uns gewonnenen Erfahrungen und Leistungen an dem Erfolg beteiligen. Wir sollten das auch einmal klarstellen, daß die richtige Einschätzung in der Beurteilung von Ursache und Wirkung wieder etwas stärker ins allgemeine Bewußtsein gerückt wird (Beifall).

Wir werden auf Erden nie ein perfektes System der Gerechtigkeit, nie ein alle mit Glücksgefühlen erfüllendes System der irdischen Ordnung schaffen können. Aber wenn ich mir - in beinahe plastischer Erinnerung - die Sorgen unserer Konferenzpartner dieses Jahres, die Sorgen unserer Freunde

den USA, den dauernden Kampf, den die britische Regierung mit Schwächeerscheinungen im eigenen Land führt, um mich sehr vorsichtig auszudrücken, wenn ich mir die Spätfolgen der Mai/Juni-Unruhen in Frankreich vorstelle, wenn ich all diese Probleme höre, weil sie auch unsere Probleme sind, dann möchte ich nur eins wünschen: daß unser Volk weiß, daß es für seine fleißige Arbeit auch die Gegenleistung einer guten Politik durch uns gefunden hat (Beifall). Und wenn ich die Beamten oder Bauern, die Arbeiter, die Kaufleute oder die Industriellen über dieses oder jenes jammern höre, mögen sie recht oder auch nicht recht haben, dann muß ich doch sagen: das ist gewissermaßen "nur" auf der Basis der von uns erzielten Erfolge möglich. Wir sollten nicht zu ängstlich und zu zauderhaft sein, unsere Politik draußen zu verkaufen. Wir haben gar keinen Grund, uns für unsere Politik zu entschuldigen. Wir sollten jede Möglichkeit ergreifen, unsere Politik zu verfechten und zu vertreten. Das gilt vornehmlich für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, das gilt aber auch für das Gebiet, auf dem viel Verwirrung entstanden ist, nämlich für die Deutschland-, für die Ost- und sonstige Außenpolitik.

Ich möchte nachdrücklich sagen, damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich bin nach wie vor der Meinung, auch aus heutiger Sicht, nach den Erfahrungen von Ende 1968, daß es richtig war, das zu tun, was wir getan haben. Nämlich zum Beispiel diplomatische Beziehungen mit Rumänien aufzunehmen, mit Jugoslawien wiederaufzunehmen, mit Prag Handelsmissionen auszutauschen, nachdem schon mit anderen Ostländern Handelsmissionen ausgetauscht worden sind, und den Versuch zu machen, ein anderes Klima für ein Nebeneinanderleben und für eine gewisse Zusammenarbeit mit dem anderen Teil Deutschlands zu schaffen. All das war richtig. Was uns trennt, was der Unterschied zwischen unserem und dem anderen Lager ist, das ist die Erwartung, die man damit verbunden hat. Wir haben uns niemals der Erwartung hingegeben, daß wir damit die grundsätzlichen Positionen der sowjetischen Politik allmählich ändern können. Hier sind andere

Dimensionen von Bedeutung als die Frage des Austausches von diplomatischen Beziehungen, als die Hallstein-Doktrin, als die Frage der Oder/Neißelinie oder auch als die Frage der Anerkennung der Zone. Da sind Fragen kontinentalen und globalen Ausmaßes einbezogen, wenn es um die sowjetische Position gegenüber Deutschland und gegenüber dem Problem der europäischen Einigung geht. Hier werden hoffentlich die Erfahrungen der Ereignisse des Jahres 1968 heilsam sein und dazu beitragen, daß der Boden der Wirklichkeit, einer Wirklichkeitsnahen Politik, nicht verlassen wird.

Ich habe einmal in diesem Kreis und anderswo meine Meinung zur Deutschlandfrage gesagt. Sie ist mir beinahe als Landesverrat ausgelegt worden. Wir können heute der Sowjetunion alles anbieten, wir können ihr Neutralisierung anbieten, völlige Entmilitarisierung; wir können ihr anbieten, bis zum Jahr 2000 über das Thema der Wiedervereinigung überhaupt nicht mehr zu sprechen; wir können ihr internationale Kontrolle bis zum letzten Sogen und Pfeil anbieten; wir könnten 100 Milliarden Mark Investitionshilfe als Entschädigung für Kriegsschäden anbieten, aber eines dürfen wir nicht verlangen. Wenn wir nur verlangen würden, daß die Zone von heute - staatsrechtlich nach wie vor getrennt von uns -, den Status Österreichs erhalten soll, also den Status einer durch Staatsvertrag zur Neutralität verpflichteten, aber in sich autonomen und sonst souveränen Größe, dann wäre die Antwort auf diese Frage vom Kreaml her nur: "Führt alles durch, was ihr angeboten habt, dann habt ihr die Voraussetzung^{en} erzielt, unter denen man dann über den letzten Punkt leichter verhandeln kann." Das Ergebnis wäre die totale Selbstaufgabe der Bundesrepublik (Beifall). Wir haben uns darüber nie falschen Erwartungen, wir haben uns nie utopischen Illusionen in diesem Punkt hingeeben. Wir können mit gutem Bewußtsein in das neue Jahr hinübergehen, unsere Pflicht erfüllt zu haben, unsere politische Basis getärkt und unsere wirtschaftliche und finanzielle Situation wieder in Ordnung gebracht zu haben. Wir können mit guter Zuversicht den

Ereignissen des Jahres 1969 entgegensehen. Ich möchte bei diesem letzten Treffen unserer Partei in diesem Jahr allen Mitarbeitern ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich möchte dem Generalsekretär Max Streibl danken, der seine Pflicht vorbildlich erfüllt hat. (Lebhafter Beifall) Ich möchte danken allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern unserer Partei, sei es in der Landesleitung, sei es in den Bezirksverbänden, in den Kreis- und Ortsverbänden oder in den Arbeitsgemeinschaften. Ich möchte ein herzliches Wort des Dankes meinen beiden Kollegen Höcherl und Dollinger im Kabinett sagen (Beifall). Ein besonders herzliches Wort des Dankes gilt dem Landesgruppenvorsitzenden, Bundesminister a. D. Stücklen, und ich möchte vor allem auch dem bayerischen Ministerpräsidenten für seine menschlich-sympathische und sachlich-loyale Arbeit von Herzen danken (Lebhafter Beifall). Mit seiner Arbeit hilft er uns, das gemeinsame Ziel zu erreichen, und er hat im Land eine Reputation und ein Prestige gewonnen, das ihn zu dem Bild steampelt, das nicht nur die Bayern, aber gerade die Bayern so gern haben, nämlich zum Bild des Landesvaters, des guten Hausvaters (Beifall). Man kann von ihm nicht sagen, er sei von blutigem Ehrgeiz getrieben, sondern er ist ein gestandenes Mannsbild in den besten Jahren seines Lebens, der den Bayern als der personifizierte Grund ihrer staatspolitischen Selbständigkeit erscheint (Heiterkeit und Beifall).

Ich möchte den Mitgliedern des bayerischen Kabinetts, den Ministern und Staatssekretären danken, die auf ihrer Ebene und in ihrer Position, vielleicht manchmal in Kontroverse zu uns, was unvermeidbar ist, ihre Pflicht erfüllen müssen und erfüllt haben (Beifall). Ich möchte dem Vorsitzenden und den Angehörigen der Landtagsfraktion in Bayern- der CSU in Bayern danken, der die Aufgabe auferlegt ist, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß wir auch in Zukunft nicht Glanz und Elend von Koalitionsbildungen auf uns nehmen müssen (Beifall).

Herzlichen Dank möchte ich dem aufgrund eigenen Entschlusses aus den Reihen der Ministerkollegen ausscheidenden Staats-

minister Dr. Alois Hundhammer, dem Bezirksvorsitzenden von Oberbayern, sagen (Lebhafter Beifall). Ich möchte Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für das große Maß an Pflichterfüllung und an Arbeitspensum danken, aber auch an Disziplin, das Sie alle aufgebracht haben, in den schwierigen Situationen in diesem Jahr. Ich brauche nur an Voelksbegehren und Volksentscheid zu denken und mich daran zu erinnern, wie gut unser Parteiapparat funktioniert hat und wie schnell die Anhänger begriffen haben, daß man heute so und morgen auch anders sagen kann, weil es anders nichts möglich ist (Weiterkeit). Ich möchte Ihnen allen, die Sie hierher gekommen sind und uns ^{helfen} geholfen haben, eine schwierige Aufgabe zu erfüllen, danken, nämlich ein Programm zu verabschieden, das für viele Jahre, jedenfalls im Grundsätzlichen, Geltung haben soll, und noch wesentliche personelle Entscheidungen zu treffen, die eine organische Weiterentwicklung und Weiterführung unserer Partei ermöglichen.

Ich darf mit diesem sicherlich nicht in alle Einzelheiten gehenden Rechenschaftsbericht als Landesvorsitzender mein Amt, dessen Erfüllung Sie mir nicht erschwert, sondern erleichtert haben, in Ihre Hände zurückgeben. Ich darf mich bei Ihnen, bei den Mitgliedern unserer Partei, bei den Delegierten und bei unseren Anhängern dafür bedanken, daß der Geist der Union nicht in der Theorie hängengeblieben, sondern in der politischen Praxis Wirklichkeit in Bayern, Wirklichkeit in Bonn für Bayern und Deutschland und Wirklichkeit für Europa geworden ist und in Zukunft bleiben kann. Dafür darf ich Ihnen frohe Weihnachten und ein in jeder Hinsicht gutes Neues Jahr 1969 wünschen (Lebhafter Beifall).

Folgt Präsident Hanauer

Präsident Hanauer dankt dem Landesvorsitzenden für die Arbeit, die er als langjähriger Vorsitzender der Partei und in dem verantwortlichen und kräftezerwühlenden Amt des Bundesfinanzministers auf sich genommen habe. Er hebt als Eigenschaften des Landesvorsitzenden "die Schärfe seines glänzenden Verstandes, gepaart mit einer motorischen Kraft, die sich jahrgangsmäßig kaum einordnen läßt" hervor. Er hofft, daß diese Eigenschaften des Landesvorsitzenden auch dann wirksam werden, wenn es darum gehe, die Existenz und die Lebensrechte der Länder zu bewahren und damit die rechtsstaatliche, freiheitliche, föderalistische Ordnung in der Bundesrepublik. (Beifall) Die Begrüßung der Ehefrau des Landesvorsitzenden wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit Beifall wird der Bürgermeister der Landeshauptstadt München, Dr. Steinkohl, begrüßt. Ferner begrüßt Präsident Hanauer Oberfinanzpräsident Rüth. Weiterhin wird ein Telegramm des Landesvorsitzenden der JU Westfalen-Lippe verlesen, wie auch ein Telegramm des Vorsitzenden der Democrazia Cristiana.

Der Präsident stellt fest, nach der Erstattung des Rechenschaftsberichts müsse nun der Revisionsbericht gegeben werden. Gleichzeitig bittet Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger, den Vorsitz zu übernehmen. Herr-Ott

Herr Ott legt folgenden Revisionsbericht vor: "Die Buchführung der Landesgeschäftsstelle wurde geprüft durch Dipl. Volkswirt Röhrl und Wirtschaftsprüfer Ott. Es liegt der Prüfungsbericht vor. Das Ergebnis des Prüfungsberichts ist festgehalten in der Feststellung: " 'Die Buchführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, die Belege sind ordnungsgemäß vorhanden und aufbewahrt. Gegen die Richtigkeit des materiellen Ergebnisses bestehen keine Erinnerungen. Es wird empfohlen, Entlastung zu erteilen.' " (Beifall)

Vizepräsident Dr. Jaeger: "Ich darf dem Freund Ott für seinen Bericht danken und unserem Freund Lemrich das Wort erteilen."

Vorsitzender Dr. Jäger: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu dem Tagesordnungspunkt

Entlastung des Landesvorstandes

Ich erteile das Wort Herrn Ott.

Ott: Die Buchführung der Landesgeschäftsstelle wurde geprüft durch Diplom-Volkswirt Röhrl und den Wirtschaftsprüfer Ott. Es liegt ein Prüfungsbericht vor. Das Ergebnis des Prüfungsberichts ist festgehalten in der Feststellung:

Die Buchführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Belege sind ordnungsgemäß vorhanden und aufbewahrt. Gegen Berichtszeit und materielles Ergebnis besteht keine Erinnerung. Es wird empfohlen, Entlastung zu erteilen. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Ich darf Herrn Ott für seinen Revisionsbericht danken und unserem Freund Lemmrich das Wort erteilen.

Lemmrich: Meine lieben Freunde, ich beantrage, der Vorstandschaft Entlastung zu erteilen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren, wird weiterhin das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich über den Antrag des Bundestagsabgeordneten Lemmrich abstimmen lassen. Wer dem Antrag, die Entlastung zu erteilen, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Die Entlastung ist erteilt.

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zu dem mit besonderer Spannung erwarteten, aber auch sehr langwierigen Punkt der

Neuwahl des Landesvorstandes.

Hierzu darf ich Ihnen zuerst erklären: Die Mandatsprüfungskommission unter meinem Vorsitz, bestehend aus Herrn Dr. Pohle, Herrn von Feury und Werner Müller, hat einen Bericht des stellvertretenden Generalsekretärs Harlander über die Zusammensetzung des Landesparteitags entgegengenommen und geprüft. In diesem Bericht wurden vor allem die von den Kreisversammlungen und Bezirksparteitagen vorgenommenen Delegiertenwahlen erörtert und aufgeführt, welche Kreisverbände nicht stimmberechtigt sind, weil sie die fälligen Beiträge noch schulden. Es handelt sich um vier Kreisverbände von insgesamt 197. Die Kommission hat festgestellt, daß zu Beginn dieser Wahlen, heute vormittag, 604 Delegierte stimmberechtigt waren, 8 nicht stimmberechtigt. Wenn die zu Beginn der Wahlen erloschenen Stimmberechtigungen der restlichen Mitglieder des Landesvorstandes, die nicht aus einem anderen Grund stimmberechtigt sind, dazugezählt werden, so sind heute nachmittag 589 Delegierte stimmberechtigt, 23 nicht stimmberechtigt. Das ist von allen einstimmig unterschrieben.

Der Vorsitzende Dr. Jäger erläutert dann die Einzelheiten, die bei der Stimmabgabe, insbesondere auch im Hinblick auf die Auszählung zu beachten sind.

Ferner werden Werner Müller, Rupp und Bürgermeister Krämer einstimmig für die Klärung der Fragen bestimmt, die sich im Zusammenhang mit den Wahlen und der Stimmauszählung ergeben.

Vom Parteitag wird entschieden, daß die Stimmkarte, die nicht mit dem Magnetstift gekennzeichnet wurde, ungültig sind.

Vorsitzender Dr. Jäger: Wir kommen jetzt zum ersten Wahlgang:

Wahl des Landesvorsitzenden.

Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsident Dr. Goppel.

Ministerpräsident Dr. Goppel: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde und - jetzt muß ich mit "Kollegen" fortfahren. Obwohl ich Bayern vertrete und obwohl ich in Bonn mit Heubl zusammen einen heftigen Kampf in all den Fragen der Finanzen ~~diskutiere~~ mit ihm führe und obwohl wir hoffen und wünschen "Bund und Bayern!", möchte ich Sie doch bitten und vorschlagen - ich glaube, ich brauche es gar nicht zu begründen, aber ich glaube, wir sollten damit auch ausdrücken, daß wir eine lebendige Partei sind, die sich zu ihren Auffassungen bekennt, die auch demokratisch die Unterschiedlichkeit der Auffassungen kennt, aber trotzdem weiß, daß wir alle zusammengehören und die vor allem weiß, daß sich aus dem politischen Einsatz des bisherigen Landesvorsitzenden wie seiner politischen Leistung wie seiner persönlichen Hingabe an die Partei und an all die wichtigen Fragen der Welt ergibt: den bisherigen Landesvorsitzenden neu wiederum einstimmig zum Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union ^{zu} wählen! (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Der Vorschlag des Ministerpräsidenten ist die Wiederwahl unseres Parteifreundes Strauß zum Landesvorsitzenden.

Meine Damen und Herren, werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Im Übrigen ist es beim ersten Wahlgang sehr einfach. Der Minister Strauß ist so oft in diesem Gremium gewählt worden und wird auch sonst kein Unbekannter sein.

Meine Damen und Herren, wir nehmen nunmehr die Karte, die einen Einser trägt und weiß ist, darauf steht "Landesvorsitzender". Wer den Vorschlag Strauß bejaht, kreuzt das Ja an, wer ihn nicht bejaht, kreuzt das Nein an, wer keine Stimme abgeben will, stimmt mit Enthaltung. Man kann den Stimmzettel auch leer abgeben. Leere Stimmen sind Enthaltungen und Enthaltungen sind nach der Satzung ungültige Stimmen. Wer aber einen anderen wählen will, der nicht Strauß heißt, müßte beim weiteren Vorschlag den Namen hinschreiben und dort ein Kreuz beim Ja machen. Sie dürfen immer nur ein Feld ankreuzen. Sonst kann die Stimme nicht gezählt werden, dann ist die Stimme ungültig, das Kreuz muß im Kasten sein. Wenn es etwas hinausreicht, ist die Stimme nicht ungültig. Wenn es daneben ist, ist die Stimme daneben, weil sie der Computer nicht zählen kann.

Damit eröffne ich den ersten Wahlgang zur Wahl des Landesvorsitzenden. Es ist nur ein Vorschlag gemacht worden: Franz Josef Strauß. Wer ihm zustimmt, oben beim Ja ankreuzen! Im Übrigen entweder Nein oder Enthaltung oder einen eigenen Namen unten hinschreiben und ein Kreuz beim unteren Ja. Ist das klar? Haben das alle verstanden? - Ich wollte es so gründlich wie möglich machen, damit keiner die Wahl angreift.

Ich bitte, nunmehr den Wahlgang mit dem Ausfüllen der Stimmzettel und dem Einsammeln mit den Urnen zu eröffnen. -

Meine Damen und Herren, ich möchte fragen, ob jeder seine Stimmkarte abgegeben hat oder noch jemand im Saal ist, der die Stimmkarte nicht abgegeben hat? - Es meldet sich niemand. Alle Stimmkarten sind abgegeben. Ich schliesse den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle um Ihre Aufmerksamkeit. Alle Delegierten werden gebeten, sofort das Podium zu verlassen. Es besteht die Gefahr eines Einsturzes; es ist baufällig. Auf diese Weise gelingt es mir vielleicht eher, Sie vom Podium wegzubringen. Es ist auch unerträglich, daß sich bei jedem Vorgang die technisch neugierigen Zuschauer - das gilt für alle - beteiligen. Das verlängert nur den Vorgang, der sowieso, wie ich den Eindruck habe, länger dauert, als wenn wir auszählen. -

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit ich das

Ergebnis

bekanntgeben kann. - Ich zögere mit der Bekanntgabe des Ergebnisses nur, weil der Kandidat nicht da ist. - Meine Damen und Herren, ich darf das Ergebnis bekanntgeben:

Wahlberechtigt	589,
abgegebene Stimmen	531,
gültige Stimmen	525,
ungültige Stimmen	15, darunter 9 Enthaltungen,
Gegenstimmen	14.

Gewählt ist der Kandidat Franz Josef Strauß mit 501 von 525 gültigen Stimmen; das sind 95,42 %. (Lebhafter Beifall)

Lieber Franz Josef, ich darf Dir des Parteitags Glückwünsche und meine Glückwünsche aussprechen. Das Ergebnis schlägt, wenn ich es recht in Erinnerung habe, alle schon bisher großartigen Ergebnisse bei der Wiederwahl und bestätigt den Mann, mit dem wir die schwierigsten Zeiten bestanden haben, auch im Zeichen der kommenden Wahlen für Bund und für Bayern. (Erneuter lebhafter Beifall)

Ich darf nunmehr den Kandidaten fragen, ob er diese großartige Wahl annimmt.

Landesvorsitzender, Bundesminister Dr. h. c. Franz Josef Strauß:
Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Sie erwarten, daß ich eine Antwort gebe, die ich aus ehrlichem Herzen geben will: Danke schön! Ja! (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Damit ist Franz Josef Strauß wieder zum Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union gewählt.

Ich darf den Wiedergewählten bitten, sich an den Computer zu begeben, wo ihm das Ergebnis noch in besonders sinnfälliger Form ausgehändigt werden wird. - Die Form sieht so aus.

(Der Vorsitzende zeigt ein vom Computer mit Punkten gezeichnetes Bild des wiedergewählten Landesvorsitzenden.)

Für die künftigen Wahlgänge bitte ich ganz dringend, das Kreuz in das Kästchen und nicht daneben zu machen. Es kann ruhig etwas darüber hinausgehen; das macht nichts aus. Wenn das Kreuz aber daneben gemacht wird, wird es nicht aufgenommen und dann ist die Stimme ungültig. Ich möchte also dringend bitten, nicht künstlerisch, sondern bürokratisch genau zu verfahren. Dazu zwingt uns nun einmal die Technik. Wir wollen doch die Wahlen so schnell wie möglich durchführen.

Das Zweite! Wenn Sie die Karte beim Abgeben umdrehen, haben Sie eine stumpfe Ecke. Diese stumpfe Ecke muß links vorne sein. Damit beschleunigen Sie das Verfahren. Es geht auch anders. Aber wenn Sie beim Hineinschieben die stumpfe Ecke vorn haben, ist die Karte so wie man sie braucht.

Das nächste ist der Appell an Ihre Disziplin. Es soll niemand mehr das Podium betreten, sondern seine technische Neugier zähmen. Es können sowieso nicht alle hin, und wenn nicht alle Delegierten hin können, soll jeder auf seinem Platz bleiben. Es geht auch schneller.

Damit, meine Damen und Herren, darf ich zum nächsten Wahlgang kommen, und schlage Ihnen vor, unter den drei stellvertretenden Landesvorsitzenden zuerst über die zu verfügen, die traditionell evangelisch sind. Der Grund dafür ist sehr einfach: Vermutlich geht es da am schnellsten. Wir kommen also zur

Wahl eines gleichberechtigten stellvertretenden
Landesvorsitzenden

Hierzu nehmen wir die Karte 2, die weiß ist. Ich bitte um Vorschläge, und erteile hierzu das Wort unserem Parteifreund Staatssekretär Lauerbach.

Staatssekretär Lauerbach: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte als einen der gleichberechtigten Stellvertreter des Herrn Landesvorsitzenden wiederum Herrn Dr. Werner Dollinger vorschlagen. Minister Dollinger hat sich als stellvertretender Parteivorsitzender bisher hervorragend bewährt. Als Repräsentant der evangelischen Mitglieder unserer Partei besitzt er großes Ansehen in allen Kreisen, besonders wegen seines klaren Weltbildes und seines klaren Bekenntnisses sowie wegen seines Mutes, eine eigene Meinung zu vertreten, d. h. sie nicht nur zu besitzen. Minister Dollinger, zugleich das fränkische Element verkörpernd, soll deshalb das breite Vertrauen dieses obersten Gremiums unserer Partei erneut erhalten. Ich bitte, unserem Parteifreund Werner Dollinger Ihre Stimme zu geben. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge für diese Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden gemacht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Es ist also nur ein Kandidat vorgeschlagen, Herr Bundesminister Dr. Werner Dollinger, bisher schon stellvertretender Landesvorsitzender der CSU.

Meine Damen und Herren, wer ihn wählen will, soll bei Kandidat 1 sein Kreuz in das Kästchen Ja machen. Wer einen anderen Vorschlag machen will, soll das unten tun und dort sein Kreuz in das Ja-Kästchen machen. Wer absolut Nein wählen will, kann das auch tun; er braucht nur das Nein anzukreuzen. Sie können nur ein Kästchen ankreuzen, nicht deren zwei oder drei.

Noch einmal: Wer Werner Dollinger wählt, unter Kandidat 1 das Ja ankreuzen! Wer einen anderen wählen will, muß unten bei

"weiterer Vorschlag" im Kästchen das Ja ankreuzen. Wer nein wählen will, muß das Nein ankreuzen.

Ich eröffne den Wahlgang für einen der drei stellvertretenden Landesvorsitzenden. -

Sind alle Stimmen abgegeben? - Ist noch ein Delegierter im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? - Offensichtlich haben alle ihre Stimme abgegeben. Ich schließe den Wahlgang.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, sich auf die Plätze zu begeben. Ich möchte jetzt bereits mit dem nächsten Wahlgang fortfahren.

2. Wahl eines gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden

und erteile das Wort um einen Vorschlag zu machen, dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten, unserem Parteifreund Dr. Hundhammer.

Stellv. Ministerpräsident Dr. Hundhammer: Meine lieben Parteifreunde! Als dienst- und an Lebensreife Ältester der Bezirksvorsitzenden unserer Partei schlage ich von mir aus persönlich und auch persönlich im Namen der Parteifreunde Vilgertshofer, des Bezirksvorsitzenden von Niederbayern, Anton Hergenröder, des Bezirksvorsitzenden von Oberfranken, Dr. Heinrich Lades, des Bezirksvorsitzenden von Mittelfranken, Karl Schöfer, des Bezirksvorsitzenden von Nürnberg/Fürth, Reinhold Vöth, des Bezirksvorsitzenden von Unterfranken als weiteren stellvertretenden Vorsitzenden Staatsminister Dr. Huber zur Wiederwahl vor. (Beifall)

1. Parteifreund Dr. Huber hat seine Obliegenheiten als einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden bisher in einwandfreier und zu keiner Kritik Anlaß gebenden Art und Weise geführt. Einen solchen Mann wählt man nicht ab ohne einen triftigen Grund. Ein solcher Grund liegt nicht vor. Die Tatsache, daß er gleichzeitig Kultusminister und Fraktionsvorsitzender ist, war schon bei den Wahlen von 1965 und 1967 gegeben, gibt also zu keiner Änderung Anlaß.

2. Daß Dr. Huber im Parteaufbau von unten bis oben verankert ist, kann der Parteiarbeit nur förderlich sein. Er muß ja doch an allen Sitzungen der einschlägigen Parteigremien bis zur Parteispitze

teilnehmen, warum soll er dann nicht mit am Vorstandstisch und in den bei der Aktivität unserer obersten Parteispitze ohnehin nur selten eintretenden Fällen zwischenhinein auch einmal als Stellvertreter auf dem mittleren Stuhl sitzen?

3. Der schwierigste Posten, den wir im Lande zu besetzen und zu vergeben haben, ist der des Staatsministers für Unterricht und Kultus. (Beifall) Ich weiß das und habe es reichlich selber erfahren. Dr. Huber hat sich um diesen Posten seinerzeit nicht beworben; er ist gedrängt worden, ihn zu übernehmen, weil er das Zeug zu seiner Ausfüllung hat. Er hat sich auf dem Posten bewährt. Jetzt als seine Abwahl als Stellvertreter des Parteivorsitzenden mit einer Ämterhäufung zu begründen, ist unmöglich, abgesehen davon, daß seine Abwahl seine Position ganz eindeutig schwächen und nur den Gegnern unserer Partei und unserer Politik den Triumph einer höhnischen Freude verschaffen würde. (Beifall)

4. Schließlich wäre es ein unguter Vorgang, dann, wenn die eigene Partei dem Mann auf dem Kultusministerstuhl ausgerechnet dann ein Stück seines Einflusses und seines Rückhalts wegnehmen wollte, wenn er gegenüber Irmenden radikalen Demonstranten auf den Straßen und Plätzen des Landes für die von uns, von der CSU, gesteckten kulturpolitischen Ziele geradestehen muß. (Beifall)

Darum, glaube ich, ist es richtig, ihn wiederzuwählen. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Bevor ich das Wort weitergebe, muß ich noch sagen: Sie dürfen jetzt nicht ankreuzen. Die Kandidaten werden, wenn sie alle genannt sind, in der alphabetischen Reihenfolge, weil sie die einzig objektive ist, hier oben an der Tafel angeschrieben werden.

Ich erteile das Wort weiterhin Herrn Staatsminister Dr. Merk.

Staatsminister Dr. Merk: Herr Landesvorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Ich gestatte mir, im Namen des Bezirksvorstandes Schwaben Ihnen für Ihre Entscheidung einen weiteren Vorschlag zu unterbreiten. Dieser weitere Vorschlag enthält weder ein Mißtrauen noch bedeutet er einen Angriff auf den bisherigen weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Ludwig Huber. Ich darf und muß das wohl auch kurz begründen:

1. Zu den ihm bereits aufgeladenen Ämtern bedeutet ein weiteres Amt ein Übermaß an Arbeit, das die Kraft eines Übermenschen erfordern würde, wenn jedes Amt in der optimalen Weise, was im Interesse der Partei notwendig ist, ausgefüllt werden soll. (Beifall)

2. Jede politische Position, die wir zumal in der Spitze zu vergeben haben, stellt für sich ein Gewicht dar, das man in der politischen Auseinandersetzung in die Waagschale werfen oder auf das man verzichten kann. Die Vereinigung mehrerer wichtiger Ämter in der Spitze in einer Person mindert das Gewicht, das wir auszuspielen vermögen. (Beifall)

3. Jede Ämterhäufung bedeutet für eine Partei wie die Christlich-Soziale Union im Grunde genommen ein Armutszeugnis. Wir haben so viele gute, bewährte, qualifizierte Kräfte, daß wir ohne Not verantwortliche Positionen nicht im Übermaß einem aufladen dürfen. (Beifall)

4. Diese unsere Demokratie, der Parlamentarismus, steht in der Bewährungsprobe. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie nicht mehr voll glaubwürdig seien, daß sie manipuliert würden. Wir müssen auch in unseren personellen Entscheidungen den glaubwürdigen Beweis dafür antreten, daß wir innerparteiliche Demokratie bis zur letzten Konsequenz praktizieren. (Beifall)

5. In der Situation, in der unsere Partei zumal steht, kommt es entscheidend darauf an, meine lieben Freunde, daß wir die notwendige Koordinierung unserer politischen Arbeit auf allen Ebenen sicherstellen.

In dem Kandidaten Dr. Franz Heubl bietet sich diese Möglichkeit in einer mir ideal erscheinenden Form an. Er ist Mitglied der Landtagsfraktion, Mitglied der Bayerischen Staatsregierung und ist damit in Bonn dienstlich, beruflich tätig und kann so jederzeit das ständig erforderliche und notwendige Gespräch zwischen allen politischen Ebenen führen. (Zurufe)

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich bitte, doch jeden hier ausreden zu lassen.

Staatsminister Dr. Merk: Ihm läßt seine Funktion mit seinem Ressort die Kraft und die Zeit, dieser Aufgabe zu dienen.

Meine lieben Freunde! Wir werden uns weder einem Diktat der Straße beugen noch sollen wir uns durch psychologischen Zwang einer

parteiinternen Argumentation, die unzutreffende Prinzipien der Solidarität fordert, beugen und die Freiheit unserer Entscheidung nehmen lassen.

Eine Wahl von Dr. Franz Heubl bedeutet keinen Vertrauensentzug für Dr. Ludwig Huber, und ich würde anregen, für den Fall der Wahl von Dr. Franz Heubl durch diesen Parteitag einen Antrag beschließen zu lassen, daß wir unserem Kultusminister für seine Arbeit in diesem verantwortlichen und weiß Gott schwierigen Ressort unser uneingeschränktes Vertrauen aussprechen und ihm tatkräftige Unterstützung in der Verfolgung seiner Ziele zusichern. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Ich darf nun zuerst einmal das mit Spannung erwartete

Ergebnis der 1. Wahl eines gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden

bekanntgeben:

Wahlberechtigt	589,
abgegebene Stimmen	533,
gültige Stimmen	515,
ungültige Stimmen	18, davon 3 Enthaltungen,
Gegenstimmen	17.

Gewählt ist Dr. Werner Dollinger mit 498 von 515 Stimmen. Das sind 96,69 %. (Beifall)

Lieber Werner, ich darf Dir meine und des Parteitags Glückwünsche aussprechen. Ich darf Dich fragen, ob Du die Wahl annimmst.

Bundesminister Dr. Werner Dollinger: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Damit ist Bundesminister Dr. Werner Dollinger einer der drei stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Meine Damen und Herren! Bevor ich in der Auseinandersetzung um die nächste Position das Wort weitergebe, möchte ich zuerst fragen, wer noch einen weiteren Vorschlag machen will. - Wird noch ein weiterer Kandidat vorgeschlagen? - Das ist nicht der Fall. Nach dem Alphabet ist Dr. Heubl Nummer 1 und Dr. Huber Nummer 2.

(Zuruf: In der Reihenfolge der Vorschläge!)

- Es ist zweimal vor dem Parteitag verkündet worden, daß das Alphabet die Reihenfolge bestimmen soll. Es ist dann so beschlossen worden. Ich habe das dann unmittelbar, bevor ich den ersten Vorschlag ausgesagt habe, nochmals erklärt. Ich brauche es nicht noch einmal festzustellen. (Beifall)

Das Wort hat der Herr Oberbürgermeister Dr. Lades.

Bezirksvorsitzender Dr. Lades: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Parteifreund Dr. Hundhammer hat bei seinem Vorschlag erwähnt, daß auch ich für meine Person die Wahl von Herrn Dr. Huber voll unterstütze. Im Hinblick auf die Diskussion, die wir innerhalb des Bezirksverbandes Mittelfranken hatten - wir haben viel diskutiert und keineswegs eine Sache, die ein Vorsitzender vorschlägt, aufgenommen -, halte ich mich für verpflichtet, dazu ein kurzes ergänzendes Wort zu sagen.

Ich glaube, auch die große Mehrheit meiner Parteifreunde in Mittelfranken unterstützen voll und ganz die Wahl von Minister Huber, vor allem deswegen, weil er eine Leistung hinter sich hat, die, soweit ich das nach meiner bescheidenen politischen Erfahrung beurteilen kann, kein anderer erreichten hätte, eine gemeinsame Volksschule in Bayern. (Beifall)

Wir unterstützen ihn ferner - und ich persönlich ganz besonders -, weil wir ihm helfen wollen, bei dem schwierigsten Gesetz, möchte ich meinen, das je einer Bayerischen Staatsregierung seit 1945 bevorstand, dem Hochschulgesetz, mit allen Kräften aus dem jetzt vorliegenden vorläufigen Referentenentwurf eine vom Kabinett zu tragende und von einer großen Mehrheit des Landtags beschließbare Verfassung unserer neuen Universitäten zu machen, die dann auch auf das Vertrauen der Universitäten stoßen wird. Diese volle Unterstützung hat weit überwogen die Bedenken, die auch wir wie Herr Staatsminister Dr. Merk hatten in Richtung der sog. Ämterhäufung. Wir sind grundsätzlich wie Herr Staatsminister Dr. Merk der Auffassung, daß unsere Partei groß genug ist, um genügend viele Persönlichkeiten herauszustellen, die für die einzelnen Ämter einzeln verantwortlich sein können. Ich glaube aber, es ist nicht der richtige Augenblick, gerade jetzt, mitten in der Diskussion um dieses Hochschulgesetz, diese Ablösung durchzuführen.

Wenn ich also voll und ganz die Wahl von Herrn Minister Huber unterstütze, so tue ich das in der sicheren Erwartung, daß in dem Moment, der entscheidet, nämlich nach der Landtagswahl, bei der Bildung der neuen Fraktion und bei der Bildung der neuen Regierung in Herbst 1970 das, was der Herr Minister Merk als sein besonderes Anliegen herausgestellt hat, auch tatsächlich realisiert wird. Dann ist der richtige Moment und dann - davon bin ich fest überzeugt - wird Minister Huber auch von sich aus den richtigen Schritt tun. Aber jetzt in diesem Augenblick wollen wir ihm helfen, die Hochschulgesetzgebung zu realisieren und zwar so, daß sie ein Erfolg im ganzen Bunde wird. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Das Wort hat nunmehr zu einer Bemerkung zur Geschäftsordnung Herr Parteifreund Dr. Böswald, der Vorsitzende der Jungen Union.

Dr. Böswald: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich habe angenommen - ich denke, auch Sie -, daß wir uns heute vormittag einmütig gewesen sind, daß wir einen Vorschlag hören und nicht in eine Debatte eintreten. (Beifall) Ich möchte aber, wenn Unklarheiten bestehen, offiziell den Antrag einbringen, daß wir einen Vorschlag hören, er begründet wird und damit die Debatte beendet ist und in die Abstimmung eingetreten wird. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Der Vorschlag von Dr. Böswald lautet dahin, daß wir in Zukunft für einen Kandidaten jeweils nur einen reden lassen, nämlich den, der ihn vorschlägt, und sonst keinen. Aber das können Sie bei dem Punkt nicht machen; denn wenn noch jemand für Dr. Heubl reden wollte, müßten wir aus Gerechtigkeitsgründen noch jemanden für Dr. Heubl sprechen lassen. Von der nächsten Position ab, sagt Dr. Böswald, spricht immer nur einer für eine Person. Wünscht dazu jemand das Wort? - Herr Lades!

Dr. Lades: Ich möchte meine Bedenken gegen diesen Beschluß erheben; denn man kann nicht beurteilen, ob dann, wenn einer gesprochen hat, nicht noch ein Wort gesagt werden kann.

Vorsitzender Dr. Jäger: Wünscht noch jemand das Wort? - Jeder kann seine Meinung haben und äußern. Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Wer dem Vorschlag Dr. Böswald zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist nahezu einstimmig angenommen.

Bei dieser Position frage ich aber noch: Wünscht noch jemand das Wort? Das ist offenbar nicht der Fall.

Damit kommen wir zum Wahlgang für eine weitere Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden. Nummer 1 ist der Kandidat, der im Alphabet der erste ist, Staatsminister Dr. Franz Heubl, Nummer 2 ist Dr. Ludwig Huber, der bisherige Inhaber der Position. Wenn Sie Dr. Heubl Ihre Stimme geben wollen, machen Sie in das Kästchen das Kreuzchen hinein, aber nur mit dem Magnetstift, und wenn Sie Dr. Huber wählen wollen, in das Kästchen Nummer 2. Sie können auch mit Nein stimmen oder einen weiteren Namen ankreuzen.

Ich eröffne den Wahlgang. Sind alle Stimmzettel abgegeben? - Ist noch jemand im Saal, der seine Stimmkarte nicht abgegeben hat? - Das ist offenbar nicht der Fall. Der Wahlgang ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf bitten, Platz zu nehmen. Sie können Ihre Glückwünsche zu einem späteren Zeitpunkt aussprechen, damit Ruhe herrscht und wir in der Beratung weiterkommen. Wir kommen nun zur

Wahl eines weiteren gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden, der durch die neue Satzung geschaffen und einer Dame vorbehalten ist.

Hierfür wird der weiße Stimmzettel Nummer 4 verwendet. Ich möchte Sie aber wieder bitten: Kreuzen Sie noch nicht an! Es wird wieder alphabetisch zugehen und der erste Vorschlag ist möglicherweise nicht der, der im Alphabet der erste ist. Also erst dann ankreuzen, wenn die Namen auf der Tafel stehen. Wir müssen über die alphabetische Reihenfolge Bescheid wissen. Es dauert diesmal nicht so lange, weil für jeden Kandidaten nach Antrag Dr. Böswald, der angenommen worden ist, nur eine einzige oder ein einziger für einen Vorschlag sprechen darf.

Ich erteile nunmehr das Wort der Frau Landtagsabgeordneten Schleicher.

Frau Schleicher, MdL: Verehrte Freunde! Die Landesgruppenvorstandschaft der Frauenunion der CSU hat auf ihrer Sitzung am 16. Dezember beschlossen, Frau Zita Zehner als Kandidatin für das Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden der CSU zu benennen. Frau Zehner ist Abgeordnete des Bayerischen Landtags, Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen und seit 15 Jahren deren Vorsitzende, Mitglied des Parteivorstands der CSU von Anfang an. Die Stellvertreterin des Landesvorsitzenden sollte einer breiten Öffentlichkeit bekannt sein. Sie braucht ein breites Maß politischer Erfahrung, um die Ziele der CSU wirksam vertreten zu können. Durch den Auf- und Ausbau der Frauenunion mit 9482 Mitgliedern ist Frau Zehner in allen Bezirken bekannt und anerkannt. Die Frauenunion bittet Sie daher, Frau Zehner Ihre Stimme zu geben. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Das Wort hat Herr Staatssekretär Wachter.

Wachter, MdL: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Ich habe mich gefragt, ob ein männliches Mitglied einen Vorschlag für die stellvertretende Landesvorsitzende machen soll, und ich habe mir gesagt: Etwa 500 Delegierte sind hier, davon 480 männliche. Die Männer müssen also die stellvertretende Landesvorsitzende wählen, infolgedessen können wir auch einen Vorschlag machen. Ich schlage Frau Dr. Mathilde Weichner vor. (Beifall) Eine Vorstellung scheint mir fast überflüssig zu sein: 31 Jahre, Dr. jur., Landgerichtsärztin und Staatsanwältin, jetzt Regierungsdirektorin. Unionslebenslauf: Seit 1957 im Landesausschuß. Ich glaube, sie hat viel Erfahrung in der Partei. Seit 1965 Mitglied des Landesvorstands, in der Jungen Union Mitglied des Deutschlandrats und des Bundesvorstands. Ich glaube, alle, die sie kennen, wissen, sie hat sich bewährt. Sie hat eine Karriere von unten her aufgebaut, mit Plakatkleben und dann in höheren Ämtern. Sie hat sich in jeder Richtung bewährt. Ich gebe zu, viele, die mit ihr zu tun haben, haben mit ihr auch einiges erlebt; denn bequem ist sie nicht. Aber niemand wird bestreiten, daß sie tüchtig ist. Ich möchte das aus der Programmkommission und auch aus der Satzungskommission heraus bestätigen dürfen. Ich sage daher, Frau Dr. Weichner ist eine streitbare Frau und läßt sich nicht gar so leicht ins Schlepptau nehmen, aber es geht hier nicht um die Ehefrau. Meine Freunde, in der CSU haben wir, wenn ich recht unterrichtet bin, 5 % Frauen als Mitglieder. Das ist wenig, das ist zu wenig. Und ich glaube, uns

ist darin eine große Aufgabe gestellt, die wir ernst nehmen sollen. Ich sage das niemandem zuliebe und niemandem zuleide. Wir sollten hier keine Personalunion machen. Gerade die von mir genannte Aufgabe ist für die Frauenunion auf der einen Seite und für die stellvertretende Landesvorsitzende auf der anderen Seite sehr umfassend. Und wir sollten für diese zwei Persönlichkeiten haben, die ein weites Arbeitsfeld finden werden.

Ich bin von der Jungen Union ermächtigt und gebeten worden, zu erklären, daß Frau Dr. Weichner vom Landesausschuß einstimmig vorgeschlagen wird.

Ich habe mich bemüht, in der Begründung kurz zu sein, und darf um Ihre Unterstützung bitten. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sind nur möglich, wenn weitere Vorschläge gemacht werden. Werden noch weitere Vorschläge gemacht? - Bitte sehr!

(Zuruf: Es wird gewünscht, die beiden Damen vorzustellen!)

- Es wird gewünscht, die beiden Damen vorzustellen. Dieser Wunsch ist leicht zu erfüllen, aber zuerst müssen wir wissen, wer noch vorgeschlagen wird. Wird noch jemand vorgeschlagen? - Es wird niemand mehr vorgeschlagen. Nach dem Alphabet ist Frau Dr. Weichner Nummer 1, Frau Zita Zehner Nummer 2. Ich bitte entsprechend dieser Reihenfolge Frau Dr. Weichner, sich zu erheben und sich dem Volke zu zeigen. - (Beifall) Ich bitte Frau Zehner, das gleiche zu tun, obwohl ich mir nicht vorstellen kann, daß sie nicht bekannt ist. - (Beifall) Damit ist auch dieser Wunsch erfüllt. Das Wort wird nicht mehr begehrt.

Frau Dr. Weichner ist Nummer 1, Frau Zita Zehner Nummer 2, es geht nach dem Alphabet. Ich kann es von hier aus nicht sehen, ob die beiden Leinwände übereinstimmen, aber ich nehme es an. Also Frau Dr. Weichner Nummer 1, Frau Zita Zehner Nummer 2. Wer Nein wählen will, kann das tun. Wer einen weiteren Namen wählen will, bitte unten das Ja-Kästchen anstreichen. Sie können nur ein Kästchen anstreichen, sonst ist Ihre Stimme ungültig. Ich eröffne den Wahlgang. Die Karten mit der abgeschrägten Ecke vorne links in die Urne stecken und nur den magnetischen Stift verwenden!

Sind noch Damen und Herren im Saal, die ihre Stimme nicht abgegeben haben? - Hat jeder seine Stimme abgegeben? - Es ist also niemand mehr im Saal, der die Stimme nicht abgegeben hat. Ich schließe den Wahlgang.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur nächsten Position:

Wahl des Schatzmeisters

Danach kommt die Wahl der Schriftführer. Ich wollte Ihnen nun den Vorschlag machen, daß wir die beiden Schatzmeister und die beiden Schriftführer nicht in 4, sondern in 2 Wahlgängen wählen, d. h. die beiden Schatzmeister in einem und die beiden Schriftführer in einem Wahlgang wählen (Beifall). Es geht schneller. Gewählt sind dann, auch wenn 3, 4 oder 5 Kandidaten für die beiden Positionen genannt worden wären, die beiden mit der relativ höchsten Mehrheit, wie es die Satzung vorschreibt.

Ich bitte, sich nunmehr dazu zu äußern. Ist jemand anderer Meinung? Wird das Wort gewünscht? - Das Wort wird nicht gewünscht. Wer meinem Antrag, daß die beiden Schatzmeister und die beiden Schriftführer jeweils in einem Wahlgang gewählt werden, zuzustimmen wünscht, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Das scheint mir sogar einstimmig, jedenfalls mit überwältigender Mehrheit angenommen worden zu sein.

Ich bin in der Lage, Ihnen nun das Ergebnis der

2. Wahl eines gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden

bekanntzugeben:

Abgegebene Stimmen	533,
gültig	523,
ungültig	10, davon 8 Enthaltungen,
Gegenstimmen	2.

Es entfielen auf den Kandidaten Dr. Huber 273 oder 52,1 %, auf den Kandidaten Dr. Heubl 246 Stimmen oder 47,03 % Stimmen. Zwei Stimmen sind zersplittert. (Beifall)

Die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet. Sie ist mit 52,19 % auf Herrn Staatsminister Dr. Huber gefallen. Er ist damit gewählt. (Beifall)

Ich frage Herrn Dr. Huber, ob er die Wahl annimmt.

Staatsminister Dr. Huber: Ich bedanke mich und nehme die Wahl an.

Vorsitzender Dr. Jäger: Damit ist Dr. Huber zum weiteren gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Meine Damen und Herren, Sie haben soeben beschlossen, die Wahl der beiden Schatzmeister und die Wahl der beiden Schriftführer in einem Wahlgang durchzuführen. Dazu erteile ich das Wort Herrn Generalsekretär Streibl.

Generalsekretär Streibl: Meine lieben Parteifreunde! Ich erlaube mir, Ihnen zwei Vorschläge für die Schatzmeister zu unterbreiten, und zwar Herrn Dr. Bohle und Herrn Werner Müller. Meine lieben Parteifreunde, die finanzielle Lage unserer Partei, die ich beim Amtsantritt vorgefunden habe, war nicht leicht. Es war eine Reihe überkommener Probleme zu meistern. Wir haben gearbeitet, und ich glaube, die finanzielle Lage ist heute in Ordnung, und die beiden Schatzmeister haben mir ihr Bestes gegeben, der eine auf höherer Ebene, der andere mehr mit den Einzelverhandlungen, die zu führen waren. Beide Herren haben mitgeholfen, diese Phase zu meistern. Die Dinge sind heute in Ordnung. Ich möchte Sie deshalb bitten: Wählen Sie beide Herren wieder! Sie haben mehr als ihre Pflicht getan. Ich glaube, es ist gerade jetzt vor dem Wahlkampf wichtig, daß hier ein Team ist, das zusammengespielt ist.

Vorsitzender Dr. Jäger: Es werden jetzt nur die Schatzmeister gewählt, nicht die Schriftführer. Das Wort hat unser Parteifreund Hergenröder, Bezirksvorsitzender von Oberfranken.

Hergenröder, Bezirksvorsitzender: Meine lieben Parteifreunde! Ich schlage als einen der Schatzmeister unseren Parteifreund Gerhard Wacher vor. Zur Begründung darf ich auf die außerordentlichen Leistungen von Parteifreund Wacher verweisen, die er seit vielen Jahren innerhalb unserer Partei, in Sonderheit aber bei der Neugestaltung

unserer Satzung und unseres Grundsatzprogramms vollbracht hat. Diese Initiativen sind so offenkundig, daß ich sie wohl nicht besonders zu unterstreichen brauche. Wir sind der Meinung, daß ein solcher Mann auch in das Parteipräsidium gehört. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie zunächst bitten, noch ja nicht anzukreuzen, ehe ich nicht die Technik des Verfahrens erklärt habe. Dann darf ich sagen, daß nach der Satzung die beiden Schriftführer und die beiden Schatzmeister gleichberechtigt sind; es wird nicht mehr wie früher zwischen erstem und zweitem unterschieden. Man kann höchstens den Rang daraus entnehmen, wer die meisten Stimmen hat. Praktisch sind sie gleichberechtigt.

Ich bitte, nun weitere Vorschläge zu machen. - Werden keine weiteren Vorschläge gemacht? - Dann darf ich festhalten, daß vorgeschlagen sind Werner Müller, Dr. Pohle und Wachter. Das ist die alphabetische Reihenfolge. Sie soll festgehalten werden. Die Kandidaten sind bekannt.

Sie müssen die weiße Karte Nummer 5 nehmen und dürfen diesmal zwei Stimmen abgeben. Unter drei Kandidaten wählen Sie zwei. Nummer 1 ist der bisherige Schatzmeister Werner Müller, Nummer 2 ist der bisherige Schatzmeister Dr. Pohle, Nummer 3 ist neu, Parteifreund Wachter. Sie dürfen zwei Stimmen abgeben, aber nicht mehr als zwei. Wer drei Stimmen abgibt, dessen Stimme ist ungültig. Wer nur eine abgibt, dessen Stimme ist auch ungültig; denn nach der Satzung müssen 75 % der Stimmen besetzt sein; eine bedeutet nur 50 %. Also zwei Stimmen abgeben: 1 Müller, 2 Dr. Pohle, 3 Wachter! Stimmkarte Nummer 5, weiß! Bitte allein den Magnetstift verwenden! Bitte weiße Karte Nr. 6 beiseite legen, damit kein Irrtum entsteht!

Die Wahl der Schriftführer wird in einem Wahlgang durchgeführt, wie Sie beschlossen haben.

Das Wort hat der Vorsitzende der Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Herr Minister a. D. Stücklen.

Bundesminister a. D. Stücklen: Ich schlage als Schriftführer vor die bisherigen Schriftführer Baron Otto von Feury und den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Richard Jäger. Eine Be-

gründung kann ich mir ersparen. Die Persönlichkeiten sind bekannt und sprechen für sich selber. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren, für diese Wahl werde ich den Vorsitz einem anderen abgeben. Ich bitte den Bezirksvorsitzenden von München!

Vorsitzender Konstantin von Bayern: Werden weitere Vorschläge gemacht? - Weitere Vorschläge bitte? - Ich stelle fest, daß keine weiteren Vorschläge erfolgt sind.

Ich bitte, aufzumerken: Kandidat 1 Baron Feury, Kandidat 2 Vizepräsident Dr. Jäger. Stimmkarte Nummer 7! Karte 6 ist beiseite gelegt. Ich wiederhole: Stimmkarte Nummer 7; 1 Feury, 2 Jäger.

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Angesichts der Tatsache, daß der derzeitige Tagungspräsident als Kandidat eine Rolle spielt, habe ich das Mikrophon genommen, um Sie darauf hinzuweisen: Wir wählen in einem Wahlgang die zwei Schriftführer. Kreuzen Sie zweimal das Ja an, nicht mehr; sonst ist die Karte ungültig. -

Es wurde gesagt, daß einige trotz der eindringlichen Warnung die Karte 6 benützt haben. Diese Karte ist ungültig. Sie hat eine andere Lochung und wenn sie hinsingeworfen wird, wird sie unweigerlich als ungültige Stimme herausgeworfen.

Sind sämtliche Stimmen abgegeben? Hat noch jemand seine Wahlkarte Nummer 7? - Niemand mehr. Dann ist der Wahlakt geschlossen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Inzwischen kann ich das

Ergebnis der Wahl einer gleichberechtigten
stellvertretenden Landesvorsitzenden

bekanntgeben. Es wurden abgegeben

gültige Stimmen	512
ungültige Stimmen	12, davon 7 Enthaltungen,
Gegenstimmen	7.

Es entfielen auf Frau Weichner 299 Stimmen, das sind 58,39 %, auf Frau Zehner 196 Stimmen, das sind 38,28 %. 12 Stimmen sind zersplittert auf 4 Kandidaten. Gewählt ist damit Frau Dr. Weichner zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union.
(Beifall)

Ich frage Frau Dr. Weichner, ob sie die Wahl annimmt.

Frau Dr. Weichner: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben noch viele Wahlen vor uns, und ich will mich deshalb ganz kurz fassen. Gestatten Sie mir doch einige Worte!

Zunächst darf ich formell erklären, daß ich die Wahl annehme. Ich danke all denen, die diese Wahl in den letzten Wochen erst vorbereitet und ermöglicht haben.

Meine lieben Freunde! Ich trete heute ein Amt an, das es bisher in unserer Partei nicht gab. Es gibt daher kein Vorbild, an dem ich mich messen kann und an dem Sie mich messen können. Ich bin mir des Vorschusses an Vertrauen, den Sie mir heute gegeben haben, wohl voll bewußt. Ich werde nicht immer bequem sein, aber ich glaube, daß Sie das mit meiner Wahl in Kauf nehmen wollen. Politik ist eben Auseinandersetzung um die Meinungsbildung innerhalb der Partei und deren Durchsetzung nach außen. Ich verspreche Ihnen, in diesem Rahmen aufs beste für unsere gemeinsamen Ziele zu arbeiten. Meine lieben Freunde, wir haben zwei Wahljahre vor uns. Lassen Sie uns vergessen, wenn heute irgendwelche Wunden aufgerissen sein sollten. Lassen Sie uns wieder gemeinsam antreten, um diese Wahlen zu gewinnen. Eine große Partei mit einem modernen Programm und tüchtigen Männern und Frauen in ihren Reihen wird auch weiterhin ihre Ziele erreichen. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich darf Frau Dr. Weichner zur Wahl als stellvertretende Landesvorsitzende beglückwünschen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie nun, die Karte 8 wegzulegen. Sie wird aller Voraussicht nach ebenso wie vorher die Karte 6 nicht benötigt werden.

Da im Augenblick zwei Wahlen laufen, müssen wir eine kleine Pause einlegen, aber nicht länger als höchstens 5 Minuten.

Meine Damen und Herren, ich darf die Pause benützen, um Generalsekretär Streibl das Wort zu einer persönlichen Erklärung zu geben.

Generalsekretär Streibl: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe hier ausgeführt, daß ich bei meinem Amtsantritt eine schwierige Finanzlage vorgefunden habe. Das ist offensichtlich mißverstanden worden. Mein Vorgänger Generalsekretär Jaumann hat geglaubt, das sei eine Kritik an ihm. Ich möchte ganz klarstellen, daß das nicht eine Kritik an Generalsekretär Jaumann, meinem Vorgänger, sein soll. Damals war das Parteiengesetz noch nicht da. Es war die schwierige Zeit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, und wir haben uns deshalb auch finanziell sehr hart getan. Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Das haben meine Worte bedeutet, wenn ich gesagt habe, ich habe eine schwierige Finanzlage vorgefunden.

Vorsitzender Dr. Jäger: Im Übrigen glaube ich, daß es nicht einen Generalsekretär geben wird, der nicht eine schwierige Finanzlage vorfindet.

Meine Damen und Herren, ich darf nun das

Ergebnis der Wahl der beiden Schatzmeister

bekanntgeben:

Abgegebene Stimmen	1005,
Gültige Stimmen	996,
ungültige Stimmen	9,
Gegenstimmen	2.

Es entfielen

auf Bundestagsabgeordneten Dr. Pohle 414 Stimmen, das sind 41,56 %;

auf den Landtagsabgeordneten Müller 325 Stimmen, das sind 32,63 %;

auf den Staatssekretär und Landtagsabgeordneten Wacher 254 Stimmen oder 25,50 %.

1 Stimme ist zersplittert.

Gewählt sind also die Herren Dr. Pohle und Werner Müller.

Ist Herr Dr. Pohle im Saal? - Dann darf ich fragen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Pohle: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Dr. Jäger: Herr Dr. Pohle hat die Wahl angenommen.

Ich frage Herrn Müller, ob er die Wahl annimmt.

Werner Müller: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Dr. Jäger: Herr Müller nimmt die Wahl auch an. Ich stelle fest, daß Dr. Pohle und Müller zu Schatzmeistern der CSU gewählt sind.

Meine Damen und Herren! Zu den nächsten Wahlen kommen jetzt in Zukunft die grünen Karten. Ich bitte, alle weißen Karten, die noch übrig sind, wegzulegen. Wir haben noch die

Wahl von 25 weiteren Mitgliedern des Landesvorstands

durchzuführen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir diese in zwei Raten tun, nämlich zuerst 10 und dann 15 wählen. Das hat den Vorteil, daß wir für jeden Bezirksverband, ob groß oder klein, einen, einen, in der Regel den Bezirksvorsitzenden, in den Vorstand wählen können, was der Struktur unserer Partei und dem Gewicht der Bezirksverbände entspricht. Früher war das automatisch, heute ist das so nicht mehr möglich. Aber wir könnten auf diesem Wege in ganz demokratischer Weise den alten Zustand wieder herstellen. Ich bitte Sie also darum, zu beschließen, im nächsten Wahlgang nur 10 SKK zu wählen. Ich lasse darüber formell abstimmen, aber ich werde ein Verfahren einleiten, nach dem jeder Bezirksverband die Möglichkeit hat, einen, in der Regel den Bezirksvorsitzenden vorzuschlagen. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich fragen: Erhebt sich Widerspruch dagegen, daß wir im nächsten Wahlgang nur 10 wählen? - Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen.

Wir kommen also zunächst zur

Wahl von 10 weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes.

Ich darf vorschlagen, daß für jeden Bezirksverband einer an das Mikrofon tritt. Es ist nicht mehr möglich, das alphabetisch zu machen, sondern in der Reihenfolge der Benennung werden die Kandidaten aufgeschrieben werden.

Herr Abgeordneter Stücklen ans Mikrophon!

Stücklen, MdB: Für Mittelfranken schlage ich den Bezirksvorsitzenden von Mittelfranken, Herrn Oberbürgermeister Dr. Lades, vor.

Vorsitzender Dr. Jäger: Wer wünscht weiter das Wort? - Herr Landtagsabgeordneter Haisch!

Haisch, MdL: Für Schwaben möchte ich Leo Wagner vorschlagen, den bisherigen Vorsitzenden, der zugleich parlamentarischer Geschäftsführer der Landesgruppe in Bonn ist. Er ist seit 8 Jahren Bezirksvorsitzender.

Schmidhuber, MdB: Für den Bezirksverband München schlage ich Prinz Konstantin von Bayern vor.

Staatsminister Dr. Pirkel: Für den Bezirksverband Nürnberg/Fürth schlage ich den Bezirksvorsitzenden Karl Schäfer vor.

Dick, MdL: Für den Bezirksverband Niederbayern schlage ich Herrn Staatssekretär Vilgertshofer, den Bezirksvorsitzenden von Niederbayern, vor.

Staatssekretär Lauerbach: Ich schlage für den Bezirksverband Unterfranken den Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Reinhold Vöth vor.

Josef Bauer, MdB: Liebe Freunde! Für den Bezirksverband Oberbayern bitte ich den wiedergewählten Bezirksvorsitzenden Staatsminister Dr. Hundhammer vorschlagen zu dürfen.

.....: Für den Bezirksverband Oberpfalz schlage ich den Bezirksvorsitzenden Staatsminister Dr. Otto Schedl vor.

.....: Für den Bezirksverband Augsburg wird vorgeschlagen der Bezirksvorsitzende Anton Ott.

.....: Für den Bezirksverband Oberfranken schlage ich Herrn Bezirksvorsitzenden Hergenröder vor.

Vorsitzender Dr. Jäger: Jetzt muß ich wiederholen: Dr. Lades, Wagner, von Bayern, Schäfer, Vilgertshofer, Vöth, Dr. Hundhammer, Dr. Schedl, Ott, Hergenröder. Das sind 10 und jeder Bezirksverband ist berücksichtigt. Ich darf Sie jedoch, da Sie sich an meinen

Vorschlag, von jedem Bezirksverband einen zu nehmen, nicht zu halten brauchen, fragen, ob weitere Kandidaten vorgeschlagen werden. - Das ist nicht der Fall. Damit darf ich bekanntgeben: Nr. 1 Dr. La-
bes, Nr. 2 Wagner, Nr. 3 von Bayern, Nr. 4 Schäfer, Nr. 5 Vilgerts-
hofer, Nr. 6 Vöth, Nr. 7 Dr. Hundhammer, Nr. 8 Dr. Schedl, Nr. 9
Ott, Nr. 10 Hergenröder.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Karte 9 zu nehmen, die grünlich ist, und können, da Sie 10 Stimmen haben und nur 10 Kan-
didaten vorgeschlagen sind, von 1 bis 10 mit dem magnetischen Stift
Ihre Stimmen in das Kästchen hinein abgeben. Wer mehr als 10 Namen
ankreuzt, dessen Stimme ist ungültig, wer weniger als 8 Namen an-
kreuzt, dessen Stimme ist nach unserer Satzung auch ungültig.

Ich wiederhole: 10 Kandidaten, die an der Tafel stehen. Da es
10 Kandidaten sind und 10 gewählt werden, ist es das beste, alle
anzukreuzen. Sie dürfen nicht mehr als 10 ankreuzen und nicht weni-
ger als 8. Mit dem magnetischen Stift in die Kästchen! Ich darf
dann mit dem Wahlgang beginnen. -

Vorsitzender Hanauer: Dann darf ich das noch offene

Ergebnis der Wahl der beiden Schriftführer

bekanntgeben. Ich bitte, mir einige Augenblicke Ihre Aufmerksam-
keit zu schenken.

Abgegebene Stimmen	957,
gültig	923,
ungültig	34, davon 16 Enthaltungen,
Gegenstimmen	24

Es entfielen

auf den Kandidaten Dr. Jäger 450 Stimmen, das sind 48,75 %,
auf den Kandidaten von Feury 437 Stimmen, das sind 47,34
Stimmen.

12 Stimmen sind zersplittert.

Damit sind gewählt die Herren Dr. Jäger und von Feury zu
Schriftführern.

Ich darf den Herrn Parteitagspräsidenten und Bundestagsvize-
präsidenten Dr. Jäger fragen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Jäger: Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

Vorsitzender Hanauer: Ich darf Baron von Feury fragen, ob er die Wahl annimmt.

Baron von Feury: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Hanauer: Ich gratuliere den beiden Herren im eigenen Namen und im Namen des Parteitags zu dem hohen Erfolg.

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich danke dem Herrn Landtagspräsidenten für seine Amtshandlung.

Wir kommen nun zum nächsten Wahlgang. Es ist der technisch schwierigste und umfangreichste. Sie müssen jetzt für die

Wahl von 15 weiteren Mitgliedern des Landesvorstands

die drei Karten in die Hand nehmen, die Sie haben. Die drei Karten, die Sie haben, sind grün und auf allen dreien steht die Ziffer 10. Ganz gleich, wie viele Kandidaten vorgeschlagen werden, Sie werden alle drei Karten abgeben müssen. Es sind noch 15 Mitglieder des Landesvorstands zu wählen. Ich lasse sie jetzt vorschlagen.

Als erstem erteile ich das Wort dem Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß.

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Ich wollte nicht Position beziehen in der Frage Landesschatzmeister, weil zwei meinem Herzen sehr nahestehende Freunde hier in Konkurrenz zueinander geraten waren, nämlich Werner Müller und Gerd Wachter. Aber eines glaube ich doch, jetzt ausdrücken zu müssen: daß der Mitarbeiter von uns, der seit Jahren an vorderster politischer Front kämpft und der als Initiator und Formulator unseres heute mit so großer Mehrheit angenommenen Programms hervorgetreten ist, Gerd Wachter, Mitglied des Landesvorstands sein soll. Darum möchte ich mir erlauben, ihn im Kreise der 15 zu Wählenden in Vorschlag zu bringen.

Zweitens geht es mir um die für die Zukunft schwierige Frage der Aufnahme der beiden Repräsentanten der Kirchen in den Vorstand. Sie wissen, daß wir von der evangelischen Seite einen Mann haben, den ich persönlich hoch schätze, Prof. Künneth, und daß wir von katholischer Seite zwei Persönlichkeiten gehabt haben, Domkapitular

Hans Sommer, der sich als wertvoller Ratgeber und guter Helfer in schwierigen Situationen erwiesen hat, und Prof. Fleischmann, für den das gleiche gilt. Da man sie nicht bezirksmäßig sozusagen domiciliieren kann, möchte ich mir erlauben, diese drei Persönlichkeiten in Vorschlag zu bringen.

Herr Prof. Künneht hat mir geschrieben, daß er nicht kandidiert, und zwar weil es die Satzung nicht erlaubt, weil es keinen geschäftsführenden Vorstand mehr gibt. Ich habe den Brief nicht so verstanden, daß er auf keinen Fall mehr kandidiert. Er hat mir geschrieben, er wolle nicht kandidieren, aber mit der Begründung: Da es keinen geschäftsführenden Vorstand mehr gebe und demgemäß die Funktion, die auf der anderen Seite Hans Sommer ausübt, nicht bestehe, nehme er nicht leichten Herzens Abschied von der Mitarbeit in der Partei.

Ich habe keinen Grund, diesen Vorschlag zu ändern. Sollte er oder einer nicht gewählt werden, dann mache ich von meinem Recht Gebrauch - was Sie in dem Fall sicherlich nicht beanstanden werden -, nämlich Vertreter der beiden Konfessionen zu kooptieren, damit sie an unseren Vorstandsberatungen teilnehmen können.

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Sie haben in den Unterlagen einen rosa Zettel, auf dem Sie die Kandidaten aufmerken können.

Vom Landesvorsitzenden sind vorgeschlagen worden: als erster Wachter, dann Künneht, 2, Fleischmann, 2, und Sommer, 4.

Als nächster Redner der Herr Ministerpräsident!

Ministerpräsident Dr. Goppel: Meine lieben Freunde! Ich möchte unseren Landtagspräsidenten Rudolf Hanauer als nächsten Kandidaten vorschlagen. Ich brauche ihn nicht zu würdigen und darzustellen.

Ich möchte auch noch Staatsminister Dr. Heubl vorschlagen. Die Würdigung kann man mir in diesem Fall auch erlassen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 5 Hanauer, Nummer 6 Dr. Heubl.

Als nächster Redner Bundestagsabgeordneter Dr. Zimmermann!
Die Wortmeldung schriftlich abgeben!

Dr. Zimmermann, MdB: Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Ich erlaube mir, Herrn Staatssekretär Erwin Lauerbach vorzuschlagen. Er ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Wehr- und Verteidigungspolitik der CSU. Seine weiteren großen Arbeitsgebiete sind Sport und Luftfahrt, zwei Dinge von großer Bedeutung und Breite. Ich halte es für notwendig, daß diese Arbeitsgebiete durch Erwin Lauerbach im Vorstand vertreten sind.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 7 Lauerbach, Herr Vöth!

Vöth, MdL: Ich erlaube mir, für den Bezirksverband Unterfranken Ihnen vorzuschlagen den Bundestagsabgeordneten Erich Ziegler^{hier}, zugleich in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landesobmann der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft. Im Übrigen unterstützen wir Unterfranken den Vorschlag Lauerbach, den Kollege Dr. Zimmermann soeben begründet hat.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 8 Ziegler; Frau Dr. Weichner!

Frau Dr. Weichner: Meine lieben Parteifreunde! Bisher waren in unserem Landesvorstand 5 Frauen. Wir werden mit verteilten Rollen heute noch einige Vorschläge machen. Ich möchte aber von mir aus und im Namen der Frauenunion bitten, Frau Zita Zehner in den Vorstand zu wählen. Sie ist Vorsitzende der Frauenunion und hat damit diese Organisation zu leiten, die uns den Nachschub an weiblichen Mitgliedern - ich komme auch von da her - in die Partei bringt. Es wäre sehr gut, wenn sie weiterhin dem Vorstand angehört. Daher bitte ich, Frau Zehner zu wählen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 9 Frau Zehner.

Das Wort hat Herr Dr. Hundhammer.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Der Bezirksverband Oberbayern ist zwar nicht gewohnt, daß seine Leute von anderen Bezirksverbänden vorgeschlagen werden, aber unser Vorschlag war ich wage das ganz offen zu sagen; denn die schriftliche Meinungsäußerung ist erfolgt - an erster Stelle Landtagspräsident Hanauer. Er ist vorgeschlagen. Wir unterstützen ihn und nehmen ihn gewissermaßen als Oberfranken auf.

Dann halten wir es für richtig, unseren stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe und zugleich stellvertretenden Bezirksvorsitzenden von Oberbayern, Bundestagsabgeordneten Josef

Bauer, in Vorschlag zu bringen.

Neu schlagen wir den Schatzmeister von Oberfranken, März, vor.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 10 Bundestagsabgeordneter Bauer, Nr. 11 Herr März! (Zurufe) - Ob an 114. Stelle oder an 10. Stelle, wird bei einem denkenden Menschen nichts ausmachen; denn er entscheidet nach seinem Wissen und Gewissen.

Herr Landesvorsitzender!

Landesvorsitzender: Ich erlaube mir, für die Liste der 15 den seit Jahren in jeder Hinsicht um die Sache der Union verdienten Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirats der Union, Dr. Georg Haindl, vorzuschlagen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 12 ist Dr. Haindl.

Als nächster Bundestagsabgeordneter Leo Wagner!

Leo Wagner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zur Wahl Herrn Innenminister Dr. Merk vorschlagen. Ich glaube, daß es gut ist, den Mann, der seit Jahren das Innenressort leitet, im Vorstand zu haben. Dann ist es günstig, den ehemaligen Generalsekretär Jaumann in den Vorstand zu nehmen. Wir unterstützen selbstverständlich den Vorschlag Dr. Heubl.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 13 Innenminister Dr. Merk, Nr. 14 Staatssekretär Jaumann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Lades!

Dr. Lades: Liebe Parteifreunde! Für Mittelfranken schlagen wir vor den Bundestagsabgeordneten Ehnes, Vorsitzender des Bauernverbandes von Mittelfranken, und den Bezirkstagspräsidenten von Mittelfranken, Dr. Greiner. Außerdem unterstützen wir von Mittelfranken den Vorschlag von Schwaben: Dr. Merk, Dr. Heubl, Jaumann.

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich würde, da wir ohnehin beschlossen haben, daß für einen Vorschlag nur ein einziger spricht, vorschlagen, keine Unterstützungserklärungen abzugeben. Dadurch entsteht nur Verwirrung.

Neu benannt sind: Nr. 15 Ehnes, Mitglied des Bundestags, und Nr. 16 Dr. Greiner.

Herr Landtagsabgeordneter Dick!

Dick: Meine lieben Freunde! Ich darf für den Bezirksverband Niederbayern noch zwei Vorschläge machen, und da möchte ich auf eine interessante Tatsache hinweisen. Meine Freunde und Ihre Freunde sitzen sehr bescheiden sozusagen mit dem Licht unter der Decke. Ich möchte aber betonen, daß wir Niederbayern weder im engeren Vorstand vertreten sind - gut, das stellen wir fest - noch in den weiteren Positionen, die unter a bis h zu besetzen sind. Auch in Ordnung. Deshalb bitte ich Sie in aller Herzlichkeit, uns Niederbayern Sie sehen uns vorne rechts, vom Präsidium aus links, zu dem wir auch nicht gehören - behilflich zu sein und den zwei Leuten, die ich vorschlagen will, die Unterstützung zu geben. Ich schlage als ersten Niederbayern vor Herrn Staatssekretär Josef Bauer und als zweiten Niederbayern Herrn Bundestagsabgeordneten Franz Xaver Unertl.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 17 der Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, Josef Bauer, Nr. 18 Bundestagsabgeordneter Franz Xaver Unertl.

Herr Bürgermeister Dr. Steinkohl!

Bürgermeister Dr. Steinkohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CSU hat es in zweifacher Hinsicht schwierig, auf kommunalpolitischem Gebiet und auf allgemein-politischem Gebiet. Zum kommunalpolitischen Gebiet darf ich Sie daran erinnern, daß wir in München die Mehrheit der SPD mit einem zweifellos sehr starken Oberbürgermeister haben. Auf allgemein-politischem Gebiet bitte ich zu überlegen, daß wir im letzten Bundestagswahlkampf ein einziges Direktmandat eroberten und beim Landtagswahlkampf sämtliche Stimmkreise in München verloren. Da wir in der Vergangenheit im besonderen der Anreicherung dieser Kandidaten Rechnung getragen haben, indem wir den Bürgermeister in den Vorstand hineingewählt haben - angesichts der Tatsache, daß wir vor ernststen Schwierigkeiten stehen, weil die Landesvorstandschafft verkleinert wird -, sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß wir von München her einen Mann vorschlagen sollten, der sowohl die allgemein-politischen wie die kommunalpolitischen Akzente zu setzen vermag. Wer schlagen daher Franz Josef Delonge vor, der sowohl stellvertretender Parteivorsitzender wie Stadtrat ist und sich gerade als solcher großes Ansehen erworben hat. Sie dürfen mir glauben, daß es für mich nicht leicht fällt, auf die Nachfolge von Brauchle zu verzichten;

denn selbstverständlich könnte ich auch eine politische Anreicherung in München brauchen. Aber wir schlagen Delonge vor. Ich bitte, meinen Verzicht dafür zu honorieren, indem Sie ^{ihm} Ihre Stimme geben.

Vorsitzender Dr. Jäger: Vorschlag unter Nr. 19 Rechtsanwalt Delonge.

Ich darf darauf aufmerksam machen, unter Nr. 10 kandidiert Bundestagsabgeordneter Bauer, unter Nr. 17 Staatssekretär Bauer.

Dr. Böswald: Wir haben eine ganze Reihe von guten Namen mit gutem Klang vorgeschlagen bekommen, die an verantwortlichen Stellen der Politik in Bayern arbeiten. Das ist gut so. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Daneben sollten wir nicht vergessen, daß es Bereiche gibt, die noch nicht genannt worden sind. Wir dürfen für Schwaben Dr. Georg Waigl vorschlagen, der die Bereiche vertritt, auf die es etwaankommt. Er hat erstens für die Landwirtschaft gearbeitet und darin die Doktorarbeit gemacht, die in der Landwirtschaft mit großem Widerhall angenommen worden ist. Er ist weiter Leiter eines Studentenheims in München und hat von da her den Kontakt zu den Leuten, von denen wir gesprochen haben und die wir in der politischen Arbeit brauchen, und ist drittens ein Kommunalpolitiker, der von sich behauptet und das glaube ich, und das wissen die, die ihn kennen - Kommunalpolitiker zu sein und zu bleiben zu wollen. Er ist Kreisrat und Mitglied des Kreisausschusses. Ich würde sagen: Vergessen Sie bei Ihrer Wahl neben so viel hochgewachsenen Bäumen, die Sie dann wählen, das keine nachwachsende Bäumchen nicht und geben Sie Dr. Waigl Ihre Stimme!

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 20 Dr. Waigl. - Dann von Feury!

Baron Feury: Ich freue mich, Ihnen Dr. Franz vorschlagen zu können. Sie kennen ihn alle. Er ist ein anerkannter Sozialpolitiker, der das ganze Jahr über außerordentlich fleißig in allen Versammlungen draußen ist. Er hat bis jetzt schon der Verstandenschaft angehört, und ich würde mich freuen, wenn Sie ihn wählen würden.

Vorsitzender Dr. Jäger: Auf Nr. 21 Bundestagsabgeordneter Dr. Franz.

Dann Hermann Höcherl!

Bundesminister Höcherl: Es ist etwas außergewöhnlich, wenn man das Präsidium kritisiert. Ich muß es trotzdem tun. In unserer Satzung steht, daß bei diesen Vorstandswahlen eine gewisse harmonische Ausgewogenheit Platz greifen muß. In dieser Art kann sie niemals zustande kommen. Es wäre viel besser gewesen, wenn wir heute anders verfahren hätten.

Ich darf einige Vorschläge für die Oberpfalz machen, die immerhin die Ehre hat, die größte Mitgliederzahl und die besten Wahlziffern vorlegen zu können. (Beifall) Es ist interessant, daß einige, die sehr lautstark sind, noch einen gewissen Nachholbedarf hätten.

Ich schlage vor Herrn Staatssekretär Sackmann als einzigen Oberpfälzer. Ich schlage weiter vor den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, unseren großen Freund Wild. (Beifall) Wenn er nicht schon vorgeschlagen worden wäre - das macht die Oberpfalz zugunsten anderer Kreise -, dann würde ich unseren Freund Ehnes vorschlagen, der, nachdem Kollege Bauer aus dem Bundestag ausscheiden will, der aktivste landwirtschaftliche Abgeordnete ist.

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich muß Sie bitten, keinen Namen zu wiederholen. Es ist ein Beschluß da, daß für einen nur einmal gesprochen werden darf.

Bundesminister Höcherl: Ich halte kein Plädoyer. Wir haben beschlossen, nicht zu plädieren. Ich schlage noch vor Herrn Baron von Guttenberg.

Vorsitzender Dr. Jäger: Wenn wir im Deutschen Bundestag wären, hätte Höcherl einen Ordnungsruf bekommen, weil er das Präsidium wegen seines parlamentarischen Unvermögens kritisiert hat. Seien wir großzügig!

Nr. 22 Staatssekretär Sackmann, Nr. 23 Präsident Wild, Nr. 24 Staatssekretär von Guttenberg.

Im Übrigen ist nicht das Präsidium schuld, wenn die Vorschläge einseitig sind - was ich nicht behaupten und nicht beurteilen kann -, sondern hier kann vorschlagen wer will; denn die 15 dürfen so wenig wie vorher die anderen manipuliert werden. Es muß demokratisch zugehen. Wenn aus einem Bezirksverband mehr vorgeschlagen werden als aus einem anderen, wird es kein Unglück sein. Sie sind

souverän, vorzuschlagen und zu wählen, wen Sie wollen.

Herr Bundestagsabgeordneter Ziegler!

Ziegler, MdB: Von den vielen Gesichtspunkten, die wir bei der Zusammensetzung des Landesvorstandes berücksichtigen müssen, ist sicher einer der wichtigsten, daß große Bevölkerungsgruppen in entsprechender Form gebührend berücksichtigt werden. Namens der CSA schlage ich vor, in die Liste den früheren Landesobmann Staatsminister Schütz aufzunehmen, und von München den Bundestagsabgeordneten Franz Geisenhofer, der auch bisher dem Landesvorstand angehörte. Es handelt sich um bewährte Sozial- und Gesellschaftspolitiker, die darüber hinaus bewiesen haben, daß sie echte Unionspolitiker sind und in den entscheidenden Punkten jederzeit das Gemeinwohl über das Gruppeninteresse stellen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Wir haben also zwei weitere Kandidaten: unter Nr. 25 Minister Schütz, unter Nr. 26 den Bundestagsabgeordneten Geisenhofer.

Als nächster Redner Herrgenröder!

Herrgenröder: Ich schlage für Oberfranken den Herrn Landtagsvizepräsidenten Simon Nüssel vor. Ich glaube, es handelt sich um einen so bekannten, profilierten und verdienstvollen Parteifreund, daß ich eine besondere Propaganda nicht für notwendig halte.

Ich möchte zum Vorschlag von Höcherl sagen, daß Staatssekretär von Guttenberg unsere vollste Unterstützung findet.

Vorsitzender Dr. Jäger: Neu vorgeschlagen ist Nr. 27, Nüssel, Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Ich muß wiederholen, es soll nicht wiederholt werden. Es liegt ein Beschluß dieses Gremiums vor, den ich zu vollziehen habe.

Es spricht Herr Egler von Eichstätt-Land.

Egler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um nicht Wiederholungen vorbringen zu müssen, möchte ich sagen, meine Wortmeldung hat sich erledigt. Herr Professor Fleischmann ist bereits vorgeschlagen. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Das Wort hat Frau Krone.

Frau Krone: Ich schlage Frau Kuchtner und Frau Geisendörfer vor. Frau Kuchtner ist besonders bekannt als Rechtsexpertin und allgemein geschätzt und geachtet. Frau Geisendörfer ist im Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 28 Frau Kuchtner, Nr. 29 Frau Bundestagsabgeordnete Geisendörfer.

Nächster Redner Herr Lucke!

Lucke: Liebe Parteifreunde! Da nach der neuen Satzung die Arbeitsgemeinschaften, die wichtige Aufgaben innerhalb der Partei haben, nicht automatisch dem Parteivorstand angehören, bitte ich, über alle Bezirksverbände hinweg die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften zu berücksichtigen. Ich schlage für die Union der Vertriebenen Dr. Fritz Arnold vor.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nr. 30 Landtagsabgeordneter Dr. Arnold.

Nächster Redner Herr Dr. Schneider, Nürnberg!

Dr. Schneider: Nunmehr auf Position 31 darf ich für den Bezirksverband Nürnberg/Fürth Herrn Staatsminister Dr. Fritz Pirkel vorschlagen. Ich bitte, dafür Verständnis zu haben, wenn ich aus der Fülle der Gründe, die für diesen Vorschlag sprachen, nur wenige herausgreife. Herr Dr. Pirkel ist sicher allen Mitgliedern dieses Hauses bekannt und nicht nur seit der Zeit, seit er bayerischer Staatsminister für Arbeit ist, sondern aus seiner jahrelangen Tätigkeit als Landesvorsitzender der Jungen Union.

Aber es gibt einen weiteren wesentlichen Grund: Herr Dr. Pirkel ist der erste Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, die er aufgebaut hat und die nunmehr seit zwei Jahren arbeitet und, wie wir aus seinem gestrigen Bericht erfahren haben, sehr erfolgreich arbeitet.

Es gibt einen weiteren Grund für ihn: Er ist Vorsitzender des CSU-Arbeitskreises für Deutschland- und Ostpolitik. Er hat in dieser schwierigen politischen Arbeit bisher sehr erfolgreich geschafft,

und auch aus diesem Grunde bitte ich, ihn bei der Wahlentscheidung zu berücksichtigen. Es sind Vertreter aus dem sozialen Bereich vorgeschlagen worden. Ich glaube, ich finde die Zustimmung des ganzen Hauses, wenn ich betone, daß selbst Fach- und Sachsprecher in dieser Frage, nämlich für Sozialpolitik, Herrn Dr. Pirkl in den Landesvorstand gewählt wissen wollen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Herr Staatsminister Dr. Pirkl unter Nr. 31.

Herr Oberbürgermeister Betz von Neumarkt!

Betz: Ich habe den Eindruck, daß inzwischen fast sämtliche Bundestags- und Landtagsabgeordneten auf die Liste genommen sind. Ich schlage nun vor, einen hervorragenden Kommunalpolitiker zu wählen, Dr. Oscar Schneider. Er ist in einer Reihe von kommunalpolitischen Gremien in Bayern und außerhalb Bayerns tätig. Er ist Fraktionsvorsitzender der CSU in Nürnberg. Er hat über ganz Bayern hinaus eine bedeutende Stellung inne, und ich glaube, es wäre notwendig, daß er unter allen Umständen wieder in den Vorstand gewählt wird.

Vorsitzender Dr. Jäger: Nummer 32 Dr. Oscar Schneider.

Bei 49 Bundestags- und über 100 Landtagsabgeordneten sind noch nicht alle vorgeschlagen. Ich hoffe auch, daß nicht alle vorgeschlagen werden. Sonst würde die Wahl zu umfangreich werden.

Herr Suttner!

Suttner, MdL: Ich kann auf mein Wort verzichten, da Herr Wild bereits von Herrn Ott vorgeschlagen wurde. Ich bitte nur, Herrn Wild zu wählen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Herr Landtagsabgeordneter Haisch, Schwaben.

Haisch: Ich möchte einen Agrarpolitiker vorschlagen, und zwar Hans-August Lücker. Sie wissen, er ist im europäischen Parlament, er ist Bundestagsabgeordneter und er hat eine wichtige Aufgabe für die Landwirtschaft, für die Ernährungswirtschaft zu erfüllen. Infolgedessen bitte ich Sie, ihm Ihre Stimme zu geben.

Vorsitzender Dr. Jäger: Vorgeschlagen ist Bundestagsabgeordneter Hans-August Lücker auf Nr. 33.

Herr Ministerpräsident Goppel!

Ministerpräsident Dr. Goppel: Ich möchte im Hinblick auf die Kommunalpolitik doch darauf hinweisen, daß es notwendig erscheint, den zweiten Bürgermeister von München bei seiner Stellung gegenüber dem Oberbürgermeister und dessen Stellung in seiner Partei in den Landesvorstand zu wählen. Angesichts der Schwierigkeiten der Landeshauptstadt und all der Anliegen, die wir bei ihm haben, bitte ich Sie sehr herzlich, den zweiten Bürgermeister hineinzuwählen und ihm auf diese Weise seine Position insgesamt zu stärken.

Vorsitzender Dr. Jäger: Vorschlag unter Nr. 34 der Bürgermeister der Landeshauptstadt München, Dr. Steinkohl.

Frau Bundestagsabgeordnete Geisendörfer!

Frau Geisendörfer: Ich schlage den evangelischen Landjugendpfarrer Roser vor. Er hat maßgeblich am CSU-Grundsatzprogramm mitgearbeitet und kandidiert für den Vorsitz des evangelischen Arbeitskreises.

Vorsitzender Dr. Jäger: Pfarrer Roser unter Nr. 35. -

Bundestagsabgeordneter Memmel!

Memmel: Ich möchte die große Zahl der Kandidaten nicht vermehren. Ich möchte lediglich darauf aufmerksam machen, daß wir zwei Bauer mit dem gleichen Vornamen auf der Liste haben, so daß man sie kenntlich machen muß, um die Wahl zu erleichtern.

Vorsitzender Dr. Jäger: Es ist schon gesagt worden, der mit der niedrigeren Zahl ist MdB und der andere Staatssekretär.

Als nächste und vorläufig letzte Frau Fruth, Bad Tölz.

Frau Fruth: Aus Gründen der Optik möchte ich eine Frau vorschlagen, die langjährige Stadträtin und Bezirksvorsitzende der Jungen Union München, Frau Centa Haas.

Vorsitzender Dr. Jäger: Frau Centa Haas Nr. 36.

Meine Damen und Herren, werden noch weitere Vorschläge gemacht?
- Ich frage nochmals, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich die Aussprache dazu schließen und feststellen, daß 36 Vorschläge gemacht worden sind. Trotzdem werden Sie gebeten, alle drei Karten mit Nr. 10 abzugeben. Das hat einen technischen Grund. Der Computer ist auf 114 Kandidaten eingestellt. Infolgedessen müssen alle drei Karten hineingegeben werden; sonst klappt die Geschichte nicht. Ich gebe Ihnen jetzt etwas Zeit, daß Sie 15 Kandidaten aufschreiben können. Wer mehr als 15 Namen daraufschreibt, dessen Stimme ist ungültig, wer weniger als 12 daraufschreibt, dessen Stimme ist nach der Satzung ungültig. Also mindestens 12, höchstens 15! Für die Ausfüllung der 15 Positionen, die Sie aus 36 auswählen müssen, wird nur die erste Karte verwendet, weil 36 Nummern daraufstehen. Die Nummer ist jeweils ersichtlich. Sie müssen die drei Karten abgeben. Nur die erste Karte wird ausgefüllt, und bitte mit magnetischem Stift anschreiben! Sollen die Namen nochmals verlesen werden? - Herr Harlander bitte!

- Harlander:
1. Wachter
 2. Prof. Kenneth,
 3. Prof. Fleischmann,
 4. Sommer,
 5. Hanauer,
 6. Dr. Heubl,
 7. Lauerbach,
 8. Ziegler,
 9. Frau Zehner,
 10. Bauer MdB,
 11. März,
 12. Dr. Haindl.
 13. Dr. Merk
 14. Jaumann,
 15. Ehnes,
 16. Dr. Grainer,
 17. Staatssekretär Bauer,
 18. Unertl,
 19. Delonge,
 20. Dr. Waigl,
 21. Dr. Franz,
 22. Sackmann,
 23. Wild,

24. von Guttenberg,
25. Schütz,
26. Geisenhofer,
27. Nüssel,
28. Frau Dr. Kuchtner,
29. Frau Geisendürfer,
30. Dr. Arnold,
31. Dr. Pirkl,
32. Dr. Schneider,
33. Lücker,
34. Dr. Steinkohl,
35. Roser,
36. Frau Haas.

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich wiederhole: Mindestens 12 und höchstens 15! Ausgefüllt wird nur die erste Karte. Aber alle drei Karten sind abzugeben, und zwar so, daß die stumpfe Ecke links vorne ist.

Das

Ergebnis des Wahlgangs mit 10 Kandidaten als Vertreter eines jeden Bezirksverbands

ist, da mehr als 10 Kandidaten aufgestellt wurden, so aufgefallen, wie zu erwarten war. Alle 10 Kandidaten wurden gewählt, also Dr. Lades, Wagner, von Bayern, Schäfer, Vilgertshofer, Voth, Dr. Hundhammer, Dr. Schedl, Ott, Hergenröder.

Ich kann mir ersparen, die Prozentsätze bekanntzugeben. Ich nehme an, daß alle 10 Kandidaten annehmen. Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich, das dem Präsidium zu sagen. Ich gratuliere allen 10 zu ihrer Wahl.

Wir haben nunmehr noch die

Wahl des Revisors und der zwei Kassenprüfer

durchzuführen. Das Wort hat der Herr Bundestagsabgeordnete Ott.

Ott: Wir haben jetzt zwei Kassenprüfer und einen Revisor zu wählen. Der Landesvorstand schlägt Ihnen als Kassenprüfer Diplomvolkswirt Röhrl, München, und Landtagsabgeordneten Hempfling, Kronach, vor. Als Revisor wird, da ich in den Landesvorstand gewählt worden bin und auch als Bezirksvorsitzender das Amt nicht mehr

übernehmen kann, Wirtschaftsprüfer Dr. Berlin, Augsburg, vorschlagen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Werden weitere Vorschläge für den Revisor und die zwei Kassenprüfer gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir, wenn nicht widersprochen wird, per Akklamation abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir alle drei in einem Wahlgang wählen, da niemand dagegen kandidiert?

Wer der Wahl dieser drei Herren - Dr. Berlin als Revisor und Röhrli und Hempfling als Kassenprüfer - zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Eine Enthaltung. Die drei Herren sind einstimmig gewählt.

Herr Dr. Berlin nimmt die Wahl an. - Herr Röhrli nimmt auch an. Herr Hempfling ist offenbar nicht da. Ich nehme an, er nimmt die Wahl an. Ich gratuliere den Herren zu einer schwierigen, aber vertrauensvollen Arbeit.

Dann komme ich zum Punkt

Verschiedenes.

Zuerst hat das Wort Herr Maiberger.

Maiberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich habe für den Parteitag drei Anträge mitgebracht. Sie konnten nicht mehr rechtzeitig in den Geschäftsgang kommen. Ich stelle sie deshalb bis zur nächsten Landesversammlung zurück. Das heißt nicht, daß ich sie zurückziehe, sehen Sie darin keine Manipulation. Mir scheint, es ist sogar ein Vorteil. Warum? Die Anträge liegen für diejenigen, die sie noch nicht in Händen haben, an den beiden Ecktischen auf. Sie können sie mit nach Hause nehmen, und das kann zu einer Diskussion in den Kreisverbänden und Bezirksverbänden führen. Auf diese Weise kämen wir endlich einmal zu Anträgen, die von unten nach oben kommen.

Von den Anträgen kenne ich jeden mit einem Satz.

Der erste Antrag zielt auf den automatischen Parteiausschluß von Mitgliedern, die auf die wahnwitzige Idee kämen, mit rechts- oder linksradikalen Partei zu paktieren.

Der zweite Antrag zielt auf die Belebung unserer Parteitage dadurch, daß weniger glanzvolle Referate gehalten werden und mehr Diskussion stattfindet.

Der dritte Antrag möchte einen kulturpolitischen Arbeitskreis der Partei, der unsere Meinung zur Kulturpolitik von unten nach oben formuliert.

Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Jäger: Herr Maiberger hat einen sehr praktischen Vorschlag gemacht. Wir könnten die drei Anträge bis zum nächsten Parteitag zurückstellen und dort dann behandeln. Bis dahin hat sich jeder damit befaßt. Wird das Wort dazu gewünscht? - Dann darf ich feststellen, daß die Zurückstellung bis zum nächsten Parteitag gemäß dem Wunsche von Maiberger beschlossen ist.

Wünscht noch jemand unter dem Punkt "Verschiedenes" das Wort? - Ich frage ein zweites Mal - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich den Punkt "Verschiedenes" abschließen.

Wir machen jetzt eine kleine Pause, bis wir das Ergebnis der Wahlen haben; denn wir müssen wissen, ob wir noch eine Stichwahl brauchen oder nicht.

(Pause von 19.00 bis 19.38 Uhr)

Vorsitzender Dr. Jäger: Meine Damen und Herren! Ich darf das Ergebnis der Wahl von 15 weiteren Mitgliedern des Landesvorstands

bekanntgeben:

Abgegebene Stimmen	6832,
gültig	6672,
ungültig	160

Die Reihenfolge ist folgende:

1. An der Spitze liegt Staatsminister Dr. Heubl mit 344 Stimmen - mit Prozenten zu rechnen, hat wahrscheinlich wenig Sinn; denn sie betragen alle nicht mehr als 5 %. - (Beifall)
2. Staatsminister Dr. Merk, 311 Stimmen,
3. Staatssekretär Wachter, 311 Stimmen,
4. Staatssekretär Sackmann 309 Stimmen,
5. von Guttenberg 296 Stimmen,
6. Staatsminister Dr. Pirkl 281 Stimmen
7. Landtagspräsident Hanauer 273 Stimmen,

8. Staatssekretär Jaumann	269 Stimmen,
9. Domkapitular Sommer	244 Stimmen,
10. Staatssekretär Lauerbach	239 Stimmen,
11. Bundestagsabgeordneter Ehnes	222 Stimmen,
12. Josef Bauer	215 Stimmen,
13. Prof. Fleischmann	213 Stimmen,
14. Dr. Steinkohl	211 Stimmen,
15. Präsident Wild	211 Stimmen.

Das sind die 15 Gewählten, die anderen, die Sie alle kennen, brauche ich nicht aufzuführen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können es uns schenken, die 15 Gewählten zu befragen. Ich nehme an, sie nehmen die Wahl an. Wenn einer nicht annimmt, rückt einer der Nachgewählten nach. Ich gratuliere allen Herren, die gewählt sind. (Zurufe)
- Wollen Sie unbedingt wissen, wer am wenigsten Stimmen erhalten hat?

Prof. Künne	197 Stimmen,
Frau Zehner u. und Herr Ziegler	195 Stimmen,
MdB Bauer	193 Stimmen,
Unertl	179 Stimmen,
Dr. Franz	178 Stimmen,
Nüssel	163 Stimmen.

Mehr Ersatzmänner kommen nicht in Frage.

Damit ist der Wahlgang beendet. Ich erteile das Schlußwort unserem Herrn Landesvorsitzenden.

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich habe nur ein Wort des Dankes und ein Wort des Wunsches zu sagen, des Dankes dafür, daß Sie, die Anwesenden, bis zum Schluß geblieben sind, und ich möchte nicht sagen, bis zum bitteren Ende, sondern bis zum guten Ende ausgehalten haben, und ein Wort des Wunsches, nämlich für uns, die das Vertrauen von Ihnen bekommen haben, daß wir von Ihnen weiterhin in unseren schwierigen politischen Aufgaben unterstützt werden und des Wunsches für ~~Sie~~ ^{Sie}: Ein frohes Weihnachtsfest, viel Glück im Neuen Jahr, alles Gute und auf Wiedersehen! Ich wünsche Ihnen eine gute Heimkehr, und ich darf mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß unsere Partei einen zweiten Landesparteitag mit immerhin schwerwiegenden Entscheidungen sachlicher und personeller Art mit vorbildlicher

Organisation und mit einer beispielhaften Disziplin abgelegt hat.
Und dafür nochmals Dank!

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Jäger: Ich danke dem Herrn Landesvorsitzen-
den und Ihnen allen, die Sie bis zum Schluß ausgehalten haben.

Ich darf Ihnen ein frohes Fest und ein gutes Neues Jahr wün-
schen, wo an erster Stelle der Wunschliste ein Wahlsieg bei der
Bundestagswahl steht.

Ich schliesse den Parteitag.

(Schluß des Parteitags: 19 Uhr 45 Minuten)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP